



# AIB

2V 20889 E

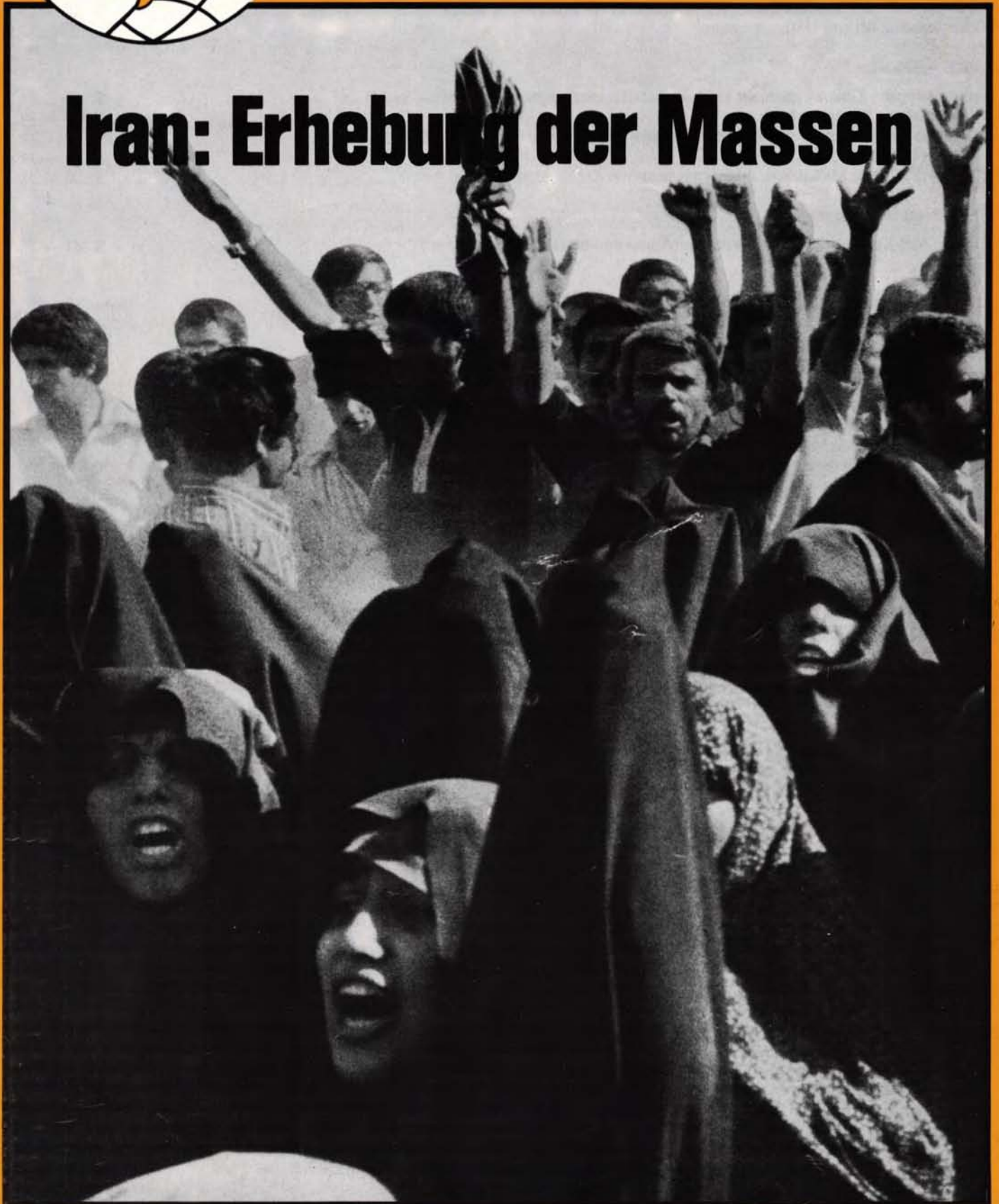
2,- DM

Januar  
Nr. 1 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Iran: Erhebung der Massen



# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Nur noch „ein Schritt“ zum Krieg?	S. 3
<b>Iran</b>	
Askari Danesch: Sprengkraft der Arbeiterstreiks	S. 4 — 5
Wolfgang Ritter: Wirtschaftliche Krisenursachen	S. 6 — 8
Askari Danesch: Opposition wider den Schah	S. 9 — 12
Dokumente von Khomeini, Sandjabi, Nationaler Front und Tudeh-Partei	S. 10 — 12
Einstimmung auf eine US-Intervention?	S. 13
<b>BRD—Südafrika</b>	
Internationaler Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika	S. 14
Wolff Geisler: Kongreßreferat	S. 14 — 18
ANC-Liste von in militärisch-atomare Geschäfte mit Südafrika verwickelten BRD-Konzernen	S. 17
Abschlußerklärung	S. 18 — 19
Gespräch mit Neo Mnumzana: Ablenkungsmanöver der Bundesregierung	S. 20 — 22
<b>BRD-Neokolonialismus</b>	
IMSF/AIB-Kolloquium: BRD-Neokolonialismus und Befreiungskampf	S. 23 — 26
<b>Chile</b>	
Akte von Madrid	S. 28
<b>Nikaragua</b>	
Sandinistische Front: Regierungs-Programm	S. 29 — 30
<b>Frontstaaten Afrikas</b>	
Jürgen Ostrowsky: „Ungeheurer Wandel“ in Moçambique	S. 31 — 34
Samora Machel: Mißbrauchte Loyalität der Frontstaaten	S. 33
<b>Naher Osten</b>	
9. Arabische Gipfelkonferenz: Deklaration von Bagdad	S. 35 — 36
<b>Rezensionen:</b> Bundesdeutsche Entwicklungspolitik	S. 38
<b>Kurzinformationen:</b> Zimbabwe, Uganda-Tansania, Korea, Argentinien—Chile, Bolivien, Kuba—USA	S. 39
<b>Kommentar:</b> UNESCO: Bonn wider Medien-„Dekolonisierung“	S. 40



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.  
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. (06421) 24672  
Konto: Weltkreis Verlags-GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff  
Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Wolfgang Ritter  
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund  
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 8. Dezember 1978  
Es arbeiteten mit: D. Busch, G. Eckart, G. Faust, M. Hellmann, M. Meyn-Rodriguez, B. Pflug, U. Rupp, B. und K. Weiß, B. Weng, W. Zank

**Anzeigen:**  
— UNIDOC  
— ASK-Solidaritätskarten  
— Service Civil International (SCI)

## An alle AIB- Abonnenten und -Leser!

Das AIB erschien seit 1970 zum selben Preis: 1,50 DM das Einzelheft, 15,— DM das Jahresabonnement. Wir haben solange wie nur möglich diesen — verglichen auch mit anderen fortschrittlichen Zeitschriften — niedrigen Preis gehalten. Wir taten dies trotz der unaufhörlichen Preissteigerungen für Papier, Druck, Porto usw.

Nun ist der Preis leider wirklich nicht mehr zu halten. **Ab 1. Januar 1979** müssen wir das Einzelheft auf 2,— DM, die Doppelnummer auf 3,50 DM und das Jahresabonnement auf 20,— DM inklusive Porto erhöhen.

Wir bitten Sie um Verständnis und um Ihre weitere Unterstützung. Wir vertrauen darauf, daß Sie uns trotz dieser notwendig gewordenen Erhöhung auch in Zukunft die Treue halten werden.





# AIB-Aktuell: Nur noch „ein Schritt“ zum Krieg?

Die 2517 vietnamesischen Flüchtlinge der Hai Hong, die vor Mälaysia in eine lebensgefährliche Situation gerieten, wurden nicht nur Opfer skrupelloser Hongkonger Geschäftemacher (die Fluchthelfer kassierten 10 Mio DM). Vornehmlich der enteigneten Bourgeoisie und gehobenen Mittelschicht Vietnams, teils chinesischer Abstammung (Hoas), zugehörig, wurden sie wie zehntausende anderer Vietnamesen Opfer jener Kampagne Pekings und der „Stimme Amerikas“ (Manila), die zum Massenexodus aus Vietnam riefen. Ihr Flüchtlingsschicksal wurde schließlich ausgerechnet von jenen westlichen Ignoranten, die jahrelang den Vietnamkrieg der USA deckten, dazu mißbraucht — so eine Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD—SRV vom 4.12.1978 —, „eine antikommunistische, die SRV diffamierende Propaganda-Kampagne zurechtzuzimmern. Diese Verleumdungskampagne ist nichts anderes als der Versuch, von der Schuld der US-Regierungen und der Verstrickung verantwortlicher Politiker der BRD in den Vernichtungskrieg, der Millionen Tode forderte, abzulenken.“

## Mißbrauch des Flüchtlingseleuds

Allen voran tat sich der niedersächsische Ministerpräsident und CDU-Chef Albrecht mit der „sporadischen“ Aufnahme eines großen Flüchtlingkontingents und der Anschuldigung der SRV-Regierung hervor, der „Druck“ ihrer „harten Diktatur“ (Spiegel, 4.12.1978) sei die Ursache des Flüchtlingseleuds. Insbesondere bot diese Kampagne den Herrschenden die Möglichkeit, die Vorenthaltung der versprochenen Wiederaufbauhilfe für Vietnam zu rechtfertigen.

Immerhin sind die imperialistischen Kriegszerstörungen maßgeblich dafür verantwortlich, daß die kürzliche Flutkatastrophe in Vietnam derartig verheerende Auswirkungen zeitigen konn-

te. Und schließlich assistieren die Westmächte der chinesisch-kampucheanischen Aggressionspolitik, die gewaltige Kräfte Vietnams verschleißt (siehe AIB 4, 10 und 11—12/1978).

Wie Erich Wulff, der 1. Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD—SRV, auf ihrer Mitgliederversammlung Ende November 1978 betonte, kann man angesichts der antivietnamesischen „friedensfeindlichen Politik der chinesischen und kampucheanischen Führungen“ nicht „neutral“ bleiben. Das umso weniger als die Drohung der chinesischen Regierung vom Juni 1978 nicht auf die leichte Schulter genommen werden kann, bis zum Krieg mit Vietnam seien es nur noch „drei Schritte“. Nachdem Peking eine Verhandlungslösung abgeblockt hat, wertete es die vietnamesische Schutzmaßnahme des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion am 3. November 1978 als „zweiten Schritt“.

Ein zielstrebiges Zusteuern Pekings auf den „dritten Schritt“ bedeutet nicht nur seine Aufrüstung Kampuchéas, sondern auch die Enthüllungen geflohener Khmer, Angehörige der in Kampuchea stationierten Armee hätten „direkt an Kampfhandlungen gegen Vietnam teilgenommen“ (Stimme Vietnams, 1.11.1978). Und darauf verweisen die Fortdauer chinesischer bewaffneter Provokationen und Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Vietnam.

Ein solcher Zwischenfall ereignete sich beispielsweise am 1. November, als eine starke Armeeabteilung der VR China vietnamesisches Gebiet in Dinh Phong erstürmte, das Feuer auf vietnamesische Milizangehörige eröffnete und dort befestigte Stellungen zu bauen begann. Da bei diesen Kämpfen auch sechs chinesische Soldaten getötet wurden, stieß Peking neue Drohungen aus, es werde „seine bisherige Zurückhaltung“ aufgeben. Tatsächlich müssen die chinesische Führung und ihre imperialistischen Getreuen vor dem geplanten „dritten Schritt“ zurückgehalten werden.

## Freundschaftsgesellschaft BRD—SRV: Appell zur Vietnam-Solidarität

Das vietnamesische Volk hat nach seinem historischen Sieg über die US-Aggressoren und deren einheimische Handlanger im Frühjahr 1975 begonnen, mit Ideenreichtum und Tatkraft seine im Krieg zerstörte Heimat wiederaufzubauen. Im 3. Jahr nach der Beendigung des US-Krieges ist das wiedervereinigte Vietnam eine riesige Baustelle. Wo Millionen Bombentrichter die imperialistische Barbarei bezeugten, entstanden neue Reisfelder, Fabriken, Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen.

Doch ebenso wie die Wunden an Körper und Seele der Menschen in Vietnam noch lange schmerzen werden, so brennen auch die Wunden, die die US—Herrschaft dem Land gebracht hat: die Zerstörung von Landwirtschaft und Industrie, die Vergiftung der Natur durch Chemikalien, die Vernichtung sozialer Strukturen und kultureller Bindungen sind Hypotheken, die die vietnamesische Gesellschaft noch lange abzutragen haben wird. Die jüngste schwere Naturkatastrophe hat das Land nur deshalb in einem solchen Ausmaß verwüsten können, weil Dämme, Deiche und Bewässerungsanlagen von US-Bomben zerstört worden waren. Doch während das vietnamesische Volk die Hinterlassenschaft des Krieges und die Auswirkungen der Unwetterkatastrophe zu überwinden sucht, ist es zugleich neuen großen Schwierigkeiten und Belastungen ausgesetzt.

Chinesische Politiker betreiben eine offen feindselige Politik gegenüber der jungen Sozialistischen Republik Vietnam. Sie unterstützen die Angriffe der gegenwärtigen Machthaber in Kampuchea gegen Vietnam. Sie mischen sich in die inneren Angelegenheiten Vietnams ein und mißachten die Unabhängigkeit und Souveränität des vietnamesischen Volkes. Sie verstärken in jüngster Zeit die tätlichen Übergriffe auf vietnamesisches Territorium und schließen sogar einen großen Krieg in Südostasien nicht aus. Das vietnamesische Volk, das alle seine Kraft auf den Aufbau seines Landes konzentrieren möchte, das wie kein anderes Volk den Frieden braucht und die Freundschaft zu seinen Nachbarvölkern sucht, wird zu erneuten Verteidigungsmaßnahmen gezwungen. In dieser ersten Situation ruft die Freundschaftsgesellschaft die Freunde des vietnamesischen Volkes in der Bundesrepublik Deutschland auf, alle Kräfte einzubringen, um der Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk neue Impulse zu geben. Wir müssen gerade heute dem leidgeprüften vietnamesischen Volk konsequent zur Seite stehen,

- weil die Bundesregierung ihre Versprechungen, Vietnam beim Wiederaufbau im Frieden umfangreiche und großzügige Hilfe zu leisten (Willy Brandt) — im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern — nicht eingehalten hat;
- weil die Regierung der USA sich hartnäckig weigert, die von Präsident Nixon schriftlich gegebene Zusage über 3 Mrd Dollar Aufbauhilfe einzulösen;
- weil der friedliche Aufbau und die Unabhängigkeit des Landes durch die aggressive Politik der chinesischen und kampucheanischen Führung gegenüber Vietnam bedroht sind.

Deshalb gilt es, in einer großen Kampagne mit vielfältigen Aktionen und Initiativen, dem vietnamesischen Volk die uneingeschränkte und tiefe Sympathie zu bezeugen.

Wir appellieren an die Öffentlichkeit unseres Landes, vor allem an die demokratischen Jugend- und Studentenverbände, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen, wir appellieren an jeden Einzelnen:

**Vietnam braucht unsere Hilfe! Solidarität mit Vietnam — jetzt erst recht!**

Spenden zur Unterstützung der Vietnam-Solidaritätsarbeit an:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD—SRV, Duisburgerstr. 46, 4000 Düsseldorf 30

Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Nr. 1027 580 000



Das Schah-Regime, von westlichen Repräsentanten als Hort der Stabilität im arabisch-asiatischen Raum gebucht, bietet zur Jahreswende 1978/79 ein Trümmerfeld. Armee-Einsatz, Verschleiß von Ministerpräsidenten (Howeida, Amouzegar, Emami) und eine regelrechte Massakerpolitik gegen die Volksbewegung vermochten bislang den Ansturm der antidiktatorischen Massenaktionen nicht abzuwenden. Die Ausdauer, Breite und Wucht dieses Widerstandes haben das politische Herrschaftsgebäude der Schah-Diktatur dem Zerfall zugetrieben. Die Stärke der iranischen Massenerhebung aber hat ihre Ursache in einer tiefen ökonomisch-sozialen Krise und einer organisierten politischen Opposition. Die Erhellung dieser beiden Aspekte erst macht die aktuelle Situation im Iran verständlich. Wie unsere Beiträge und Dokumente ausweisen, ist dies eine revolutionäre Situation, die nicht aus religiösem Wahn, „wirren Programmen“ oder aus „einer Aversion gegen Fremde“ geboren wurde, wie die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 11. und 5. 12. 1978 weismachen möchte. Eine explosionsartige Zuspitzung sozialer Widersprüche fiel mit der Unerträglichkeit der politischen Unterdrückung zusammen. Und das Aufbegehren der Massen wurde vorangetrieben eben durch die klare Sprache der Oppositionsgruppierungen; sie ist demokratisch und antiimperialistisch. Und sie hat ungewöhnliche Ausdauer bewiesen.

## Askari Danesch Sprengkraft der Arbeiterstreiks



Die Weltöffentlichkeit wird zur Zeit Zeuge einer Massenbewegung im Iran. Seitdem sich der Protest dort nicht mehr als das Machwerk einzelner isolierter Individuen und Gruppen darstellen läßt, wird im Ausland versucht, diese Bewegung als religiös und fortschrittsfeindlich hinzustellen. Man nimmt dabei Bezug auf die Teilnahme eines Großteils der schiitischen Geistlichkeit in dieser Bewegung und die Verwendung bestimmter religiöser Formen zum Ausdruck des Protestes. Jedoch schon die allgemeinen Forderungen der Volksbewegung — demokratische Freiheiten, nationale Unabhängigkeit des Landes und sozialer Fortschritt — weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um spezifisch islamische Ziele handelt, sondern daß wir es mit einer antiimperialistisch-demokratischen Bewegung zu tun haben.

Von der westlichen Presse wird immer wieder betont, daß der Iran ein islamisches Land ist. Diese Feststellung sagt jedoch über die Sozialstruktur des Landes noch nichts aus. Um den Charakter und die Perspektive der jetzigen Kämpfe einschätzen zu können, ist es notwendig, die klassenmäßige Zusammensetzung der jetzigen Volksbewegung zu beachten.

Die rasche kapitalistische Entwicklung des Iran hat dazu geführt, daß heute ca. 14 % der 35 Mio Iraner zur Arbeiterklasse zählen. Zum Kern des Industrieproletariats gehören 1,8 Mio. Die iranische Arbeiterklasse hat es selbst zu Zeiten der schwärzesten Diktatur verstanden, sich als Vorhut der Werktätigen und wichtigster gesellschaftlicher Faktor im Kampf um die Erlangung politischer Freiheiten zu profilieren. Schon Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre kam es zu schweren Klassenkämpfen im Iran. Zum Verständnis der heutigen Kämpfe ist es wichtig zu wissen, daß die Streiks seit 1973 nicht mehr abrissen.

Im Sommer 1973 erhoben sich die Arbeiter und Angestellten der städtischen Verkehrsmittel in Täbriz zur Erlangung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten. Obwohl dieser Streik niedergeschlagen wurde — der Streikführer Majzid Yscharch-Tschi verstarb einen Monat später in einem Krankenhaus an einer „Vergiftung“ —, bildete er den Auftakt einer ganzen Serie von Streiks in verschiedenen Betrieben und Institutionen. Höhepunkt dieser Streikwelle waren der blutig niedergeschlagene Protestmarsch der Textilarbeiter von Karadj und der kämpferische Streik der Textilarbeiter von Schahi im Sommer 1975. Auch er wurde von der Armee brutal zusammengeschossen. Mit dieser Streikwelle begann eine neue neue Etappe der Entwick-

lung und ein Aufschwung der Streikbewegung der Arbeiter des Iran“.

Während des Jahres 1976 kam es im ganzen Land zu Massenstreiks. Allein im Juli 1976 fanden in mehr als 50 Fabriken in Teheran gleichzeitig Arbeitsniederlegungen statt. Als Beispiel sei hier der große Streik der Textilarbeiter von Teheran genannt, der mit seinem heldenhaften Widerstand gegen Armeeeinheiten und von anschließendem Erfolg gekrönt, beispielgebend für den Widerstand gegen die Diktatur war. Praktisch hat die Streikbewegung der Arbeiter in den Jahren 1974 bis 1976 eine Veränderung des politischen Klimas gebracht.

Nach diesen Aktionen der Arbeiterklasse traten im Jahre 1977 weitere Schichten und Klassen des Volkes in den Kampf für die politischen Freiheiten ein. Zunächst waren es nur Studenten, dann auch andere Vertreter der Intelligenz, die staatlichen Beamten und Angestellten, die Lehrerschaft und schließlich die Klein- und Mittelbourgeoisie. Seit Ende 1977 wird der Kampf für die demokratischen Freiheiten, der sich in Massendemonstrationen und Kundgebungen manifestiert hat, vom gesamten Volk getragen (vgl. Artikel von K. Kiauri in AIB 3/1978).

### Millionen trotzen dem Kriegsrecht

Als das Schah-Regime nicht mehr in der Lage war, diese Massenbewegung mit Hilfe der Polizei und SAVAK-Schlägertruppen zu unterdrücken, wurde die Armee zur machterhaltenden Stütze. Sie wurde seit Beginn 1978 — zuerst am 9. Januar 1978 in Ghom — punktuell ständig und mit aller Brutalität eingesetzt. Die Eskalation der Gewalt durch das Schah-Regime, das lediglich zu einigen demokratischen Lippenbekenntnissen bereit war, bewirkte Solidaritätsgefühl, Opferbereitschaft und Kampfgeist in der gesamten Bevölkerung. Dieser Kampfgeist, der in der Geschichte des Landes bisher beispiellos ist, verbreitete sich über das ganze Land bis in die entferntesten Ortschaften.

Den Höhepunkt dieser Etappe der Massenaktionen Protestmärsche in der Zeit vom 2.—9. September 1978, an denen mehr als 8 Mio Menschen teilnahmen. Die Demonstranten forderten dabei die Abschaffung der Monarchie, die Herstellung der Republik zur Beseitigung der politischen, gesellschaftlichen und öko-



nomischen Krise zusammensetzen müßte. Angesichts der sich jetzt auch auf die Armee ausweitenden Proteste wurde die Lage für das Schah-Regime und seine imperialistischen Gehilfen zunehmend bedrohlicher, und diese Gefahr erkennend, verhängte der Schah am 7. September 1978 das Kriegsrecht über 12 Städte des Landes. Nach dem Massaker vom 8. September, bei dem ca. 3000 Menschen eines Demonstrationzuges niedergeschossen wurde, traten die Werktätigen in Aktion, um das Kriegsrecht zu durchbrechen.

Navid, die illegal im Lande erscheinende Zeitung der Tudeh-Partei, die selbst laut bürgerlichen Politikern weitestverbreitete oppositionelle Zeitung ist und mittlerweile auch den westlichen Presseorganen ein Begriff wurde (siehe Frankfurter Allgemeine, 30. 11. 1978), und andere illegal erscheinende Zeitungen der Opposition riefen einhellig zum Generalstreik auf, um das Kriegsrecht zu durchbrechen. Die Werktätigen folgten diesem Aufruf. Zunächst begannen die 3600 Arbeiter der Stahlindustrie Isfahans und die 12000 der Kupferwerke in Kirman. Es folgte der Generalstreik der Arbeiter und Angestellten des Post- und Fernmeldewesens, der Streik der Arbeiter und Angestellten im Bereich des Öffentlichen Dienstes, der Versorgung, der Banken und Versicherungen. Es streikten auch die Lehrer. Insgesamt beteiligten sich an diesen Streiks über 3 Mio. Werktätige. Gleichzeitig wurden neben diesen Streiks, die rein politischen Charakter hatten, trotz des Standrechts, das jede Demonstration mit Waffengewalt beantwortet, auf der Straße Massenaktionen organisiert. Der Höhepunkt der Aktionen in dieser Kampfperiode war der Streik der 37000 Arbeiter der Erdölindustrie, zunächst in Teheran und dann auch in Abadan. Die politischen Parolen, unter denen dieser Streik geführt wurde, setzten neue Akzente im antiimperialistischen Kampf. Neben der Beseitigung des Kriegsrechts, der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, verlangten die Erdölarbeiter die Ausweisung aller amerikanischen Berater aus diesem Industriezweig und damit praktisch die Verwirklichung der Gesetze zur Nationalisierung der Erdölindustrie.

### **Bedeutung der Ölarbeiterkämpfe**

Dieser Streik — seine Organisatoren waren laut Neuer Zürcher Zeitung vom 9. 11. 1978 Anhänger der Tudeh-Partei — war ein empfindlicher Schlag sowohl für das Schah-Regime, das 70 % seiner Haushaltseinnahmen aus den Erdöleinkünften bezieht, als auch für die imperialistischen Ölkonzerne, die 90 % der iranischen Erdölförderung kontrollieren. Außerdem hat die Arbeiterklasse des Iran mit diesem Kampf den nichtproletarischen Führern des Befreiungskampfes bewiesen, welche wichtige Rolle sie spielt.

Imam Khomeini, der noch im Oktober 1978 vor allem von Studenten und Soldaten den Sturz des Regimes zu erhoffen schien, wandte sich im November — nach Installation der Militärjunta — mit einem Appell ausdrücklich an die Erdölarbeiter mit der Aufforderung den Streik fortzusetzen. Die Bedeutung der Kämpfe in der Erdölindustrie wurde nicht nur von Khomeini, sondern darüber hinaus von breiten Bevölkerungskreisen erkannt. In allen Teilen des Landes wurden zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter Streikkassen eingerichtet. Dieser Maßnahme kommt besonders große Bedeutung zu, weil im Iran jegliche legale oder halblegale Gewerkschaftsorganisation fehlt. Die Arbeiter sind voll auf die materielle Unterstützung der Bevölkerung angewiesen.

Diese Unterstützung machte es den Streikenden möglich, dem Versuch der Regierung Emami zu widerstehen, sie mit den Versprechen höherer Löhne, der Freilassung politischer Gefangener und der Abschaffung des Geheimdienstes SAVAK zu ködern. Die Erdölarbeiter bestanden weiterhin auf der Ausweisung aller amerikanischen Berater aus diesem Industriezweig. In ihrer konsequenten Haltung wurden sie durch große Solidaritätsdemonstrationen in Isfahan und Teheran unterstützt, an denen sich Tausende beteiligten.

Alle illegal erscheinenden Zeitungen leisteten einen großen Beitrag bei der Organisation der Solidaritätsaktionen. Auch international fand der Kampf der Erdölarbeiter große Beachtung. In einer Solidaritätserklärung des Weltgewerkschaftsbundes vom 14. 10. 1978 heißt es: „Dieser Streik ist von außerordentlicher Bedeutung, da er nicht nur zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen, sondern darüber hinaus für die Beendigung der durch den Schah und seine verbrecherische Bande ausgeübten Unterdrückung geführt wird. Der Weltgewerkschaftsbund fordert alle Gewerkschaften und alle Werktätigen der Welt auf, Solidarität mit den Streikenden im Iran zu üben“. (Mardom, Nr. 215/Oktober 1978)

### **Militärjunta Azhari — eine Kreatur der USA**

Die Standhaftigkeit der Erdölarbeiter und die machtvolle Solidaritätswelle im Lande setzte faktisch das Kriegsrecht außer Kraft. Damit hatte die Regierung Sherif Emami bei der Wahrung der politischen, ökonomischen und strategischen Interessen des Imperialismus versagt. In Washington schmiedete man Pläne für eine politische Konstruktion im Iran, die in der Lage sein würde, einen härteren Kurs durchzusetzen (New York Times, 14. 11. 1978). Nach einem Telefonat des amerikanischen Sicherheitsbeauftragten Z. Brzezinski mit dem Schah wurde am 6. 11. 1978 im Iran eine Militärjunta unter der Leitung von General Azhari installiert. Nach Agenturberichten war für die Wahl Azharis ausschlaggebend, daß er über ausgezeichnete Beziehungen zu den USA verfügt.

Die ersten Maßnahmen der Militärjunta Azhari waren:

- Besetzung der Zeitungsredaktionen sowie der Rundfunk- und Fernsehanstalten des Landes;
- „gnadenloser“ Gebrauch von der Schußwaffe bei Menschenversammlungen und Streikkämpfen;
- Einführung des Kriegsrechts für alle Situationen, in denen die Sicherheitsbelange des Landes gefährdet sind.

Die Einsetzung der Militärjunta wurde von einer Verhaftungswelle begleitet, die größere Ausmaße erreichte, als vergleichbare Aktionen der Kriegsrechtsregierung von Sherif Emami (Nachfolger des am 25. 8. 1978 abservierten Ministerpräsidenten Amouzegar; d. Red.). Jedoch die Ereignisse in Iran nach dem 6. 11. 1978, seit der Einsetzung der Militärjunta zeigen, daß es auch dieser Regierung bis jetzt nicht gelungen ist, den Kampfgeist der Bevölkerung zu brechen.

Der Streik der Erdölarbeiter dauert teilweise noch an. Obwohl 2000 ausländische Facharbeiter (möglicherweise Amerikaner oder Engländer) eingesetzt wurden, beträgt die Erdölförderung bis jetzt nur 50 % der vor dem Streik geförderten Menge.

Aus Protest gegen die Zensur haben von den 14 hauptstädtischen Zeitungen 13 ihr Erscheinen eingestellt. Die Schulen und Universitäten des ganzen Landes sind nach wie vor geschlossen. Die Stromversorgung der Hauptstadt wird aus Protest gegen die Militärjunta zeitweise abgeschaltet. In allen Ministerien des Landes befinden sich die Beamten und Angestellten im Bummelstreik. Im ganzen Land streiken die Zollbeamten und die Beamten und Angestellten der Zentralbank.

Neben diesen Streiks werden von der Bevölkerung ständig Protestmärsche organisiert, wie z. B. am 18. 11. 1978 in Schiraz, wo nach Junta-Angaben 46 Menschen den Tod fanden. Weitere Protestmärsche fanden statt in Isfahan, Meshed, Teheran, Sari, Gorgan, Täbriz, also praktisch im gesamten Land. Diese Demonstrationswelle ließ sich nicht aufhalten, obwohl jeder Protestmarsch vom Militär zusammengeschossen wurde. Der vorläufige Höhepunkt der derzeitigen Aktionen war der Generalstreik, der zum Gedenken der ermordeten Demonstranten von Schiraz vom 18. 11. 1978 durch die Opposition ausgerufen worden war. Laut übereinstimmenden Meldungen westlicher Presseagenturen wurde der Streikaufruf landesweit befolgt. Alles spricht dafür, daß auch die Militärjunta nicht in der Lage sein wird, die Volksbewegung für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu zerschlagen.



# Wolfgang Ritter

## Wirtschaftliche Krisenursachen

Vor noch nicht all zu langer Zeit galt der Iran bei führenden imperialistischen Politikern und Militärs als das „Entwicklungsmuster par excellence“,<sup>1</sup> als — so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion A. Dregger im April 1977 — „eines der stabilsten Länder der freien Welt“.<sup>2</sup> Die Ereignisse der letzten Monate haben jedoch das Iran-Bild einer „Insel der Stabilität“ ad absurdum geführt. Die Massenerhebung wie die Krise des Regimes reichen so weit, daß man von einer revolutionären Situation sprechen kann. Worin liegen aber die Ursachen dieser Krise?

### Die „Weiße Revolution“ des Schah . . .

Anfang der 60er Jahre ergriff das proimperialistische Regime des Schah einen Komplex von Reformmaßnahmen unter der Bezeichnung „Weiße Revolution“, die insbesondere vermittels einer Agrarreform die beschleunigte Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Inhalt hatten.

Um jedoch eine kapitalistische Industrieproduktion im Iran überhaupt zu ermöglichen, mußte der Staat die materiellen Voraussetzungen erst schaffen, wobei der Ausbau der iranischen Staatsfinanzen zu einem Regulierungsinstrument die wichtigste Rolle spielte. Der Staat schuf Einrichtungen der Infrastruktur, die dem Privatsektor unentgeltlich oder zu sehr günstigen Konditionen überlassen wurden, gewährte finanzielle Unterstützungen und Anleihen, tätigte selbst Investitionen in Bereichen, die eine hohe Kapitalakkumulation erfordern und nicht sofort Profit abwerfen, übernahm profitschmälernde Kosten wie Tran-



Schah-Pomp, Militärs

sport und Verkehr, Ausbildung von Kadern, Verwaltung, Energieerzeugung usw. Und er orientierte die Staatsausgaben immer mehr an den konkreten Verwertungsbedürfnissen des einheimischen und ausländischen Privatkapitals.

Dabei ging das monarchistische Regime von dem Grundsatz aus, dem Auslandskapital Tür und Tor in der Wirtschaft zu öffnen und möglichst zu einer Integration zwischen einheimischem und Monopolkapital aus den imperialistischen Ländern zu gelangen. Dieser Grundsatz korrespondiert auf der politischen Ebene mit dem Ziel des Schah zur Erhaltung seines Diktatur-Regimes: „Je mehr ausländisches Kapital hier investiert wird, um so mehr werden diese Länder an der Sicherheit und Selbständigkeit unseres Landes interessiert sein.“<sup>3</sup> Infolge dieser Wirtschaftspolitik bemächtigte sich das Auslandskapital der rentabelsten und für die Zukunft des Landes entscheidenden Industriezweige (z. B. Öl, Rüstung, Petrochemie, Banken usw.), so daß für die Entwicklung des Iran letztlich die internationalen Monopole ausschlaggebend sind.

Die oben erwähnten Maßnahmen verliehen der iranischen Wirtschaft tatsächlich eine gewisse Dynamik. So stieg z. B. das Bruttosozialprodukt von 1968 bis 1973 um 107%.<sup>4</sup> Die jährliche Zunahme der Industrieproduktion betrug von 1960—1968 jährlich durchschnittlich 12,6%, in der verarbeitenden Industrie lag sie bei 11,1%. Dennoch dürfen diese Zahlen nicht hinwegtäuschen über die Struktur eines Wachstumsprozesses, der grundlegend ungleichmäßig ist und sogar zur Verschärfung bereits bestehender Gegensätze führt.

Denn obwohl die Zuwachsrate in der Industrie von 1968—1975 sogar jährlich 15% ausmachte, betrug sie in der Landwirtschaft zur gleichen Zeit nur 2,5%, was bei einem ebenso hohen Bevölkerungswachstum Stagnation und de facto sogar eine verschlechterte Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten bedeutete. Um den Bedarf überhaupt einigermaßen decken zu können, sind umfangreiche Importe notwendig. Im Rechnungsjahr 1974/75 stiegen die Gesamteinfuhren an Nahrungsmitteln um das Dreifache und hatten damit die höchsten Zuwachsraten unter den wichtigsten Exportwarengruppen.

Die Situation in der Landwirtschaft ist insgesamt gesehen katastrophal. Während einige wenige Großbetriebe, an denen Auslandskapital beteiligt ist, den besten Boden zur Verfügung gestellt bekommen und jegliche Hilfe erhalten, bleiben die übrigen 3 Mio einzelbäuerlichen Wirtschaften sich selbst überlassen und werden noch mit einer seit Jahrhunderten üblichen Technik bearbeitet. Aus diesen Umständen erklärt sich, warum der Agrarsektor, in dem noch fast 40% der iranischen Bevölkerung beschäftigt sind und über 50% wohnen, nur mit etwa 16% am Bruttosozialprodukt beteiligt ist.<sup>5</sup>

### ... ein extrem ungleichmäßiger, abhängiger Kapitalismus

Die Zunahme des Bruttosozialproduktes gründete sich überhaupt weitgehend auf das schnelle Anwachsen der Erdölförderung und des tertiären Sektors (Handel und Dienstleistung). Das heißt zum einen Konzentration und nahezu völlige Abhängigkeit vom Erdöllexport, der sich wiederum unter Kontrolle internationaler Konzerne befindet: Von 295 Mio t exportierten Öls verkauft die Nationale Iranische Ölgesellschaft nur 55 Mio t direkt, der Rest wird von der Oil Service Company of Iran (OSCO) abgesetzt, die bis 1973 — dem Jahr der dekretierten Verstaatlichung des Ölsektors — als Internationales Erdölkonsor-



tium des Iran fungierte. Die Bedeutung der Öl und Gasexporte zeigen folgende Zahlen von 1974/75: Anteil am Bruttoinlandsprodukt 51 %, an den gesamten Staatseinnahme 86,4 %, und an den Deviseneinnahmen aus dem gesamten Warenexport 96,4 %.<sup>6</sup>

Da die OSCO zudem gar nicht daran denkt, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, sind aufgrund der Abhängigkeit vom „guten Willen der Erdölmonopole“ beispielsweise die Finanzkrisen und die Steigerung der Auslandsschulden gewissermaßen vorprogrammiert. Die gesamte Wirtschaft des Iran ist daher äußerst labil und krisenanfällig.

Eine weitere grundlegende Disproportion findet sich in der Aufblähung des tertiären Sektors, auf den allein 40 % des Bruttosozialprodukts entfielen, auf die verarbeitende Industrie dagegen weniger als 11 %. Aufgrund der relativen Schwäche der Schwer- und Grundstoffindustrie müssen ferner in zunehmendem Maße Produktionsmittel, auf die heute 25 % der Investitionen entfallen, importiert werden. In großem Stil entstanden mit Hilfe des Auslandskapitals Montagebetriebe, die eingeführte Einzelteile zusammensetzen. Der enorme Anteil der Importe am Endprodukt beträgt im Schnitt 50—90 %.<sup>7</sup>

Die Handelsbilanz in diesem Bereich ist folglich stark defizitär, denn 1971/72 standen Ausfuhren im Wert von 344,5 Mio Dollar (ohne Erdöl und Gas)-Einfuhren im Wert von 2060,9 Mio Dollar gegenüber. Dazu kommt, daß die Ausfuhren nur zu 1 % aus wirklich hochmodernen Industrieerzeugnissen bestehen. Dies ist um so bedenklicher, als das Erdöl nur noch eine begrenzte Zeit fließen wird und die Importe, die 1974 auf einen Wert von 10 Mrd Dollar stiegen, nach den Worten des Schah schon 1980 80 Mrd Dollar betragen sollen.

Ob die iranische Wirtschaft ein derartiges Importvolumen verkraften kann, ist mehr als fraglich. Zudem betragen die Preissteigerungen für die aus den kapitalistischen Industrieländern eingeführten Produkte teilweise 300 %, so daß dadurch die Inflation im Iran selbst empfindlich nach oben schnellte. Dabei stagniert die iranische Produktion gegenwärtig, die Ausfuhren außerhalb des Erdölsektors gingen 1976 mengenmäßig sogar um 25 % zurück.<sup>8</sup>

## Ölrausch am Golf

Mit den Ölpreiserhöhungen des Jahres 1973 erweiterten sich die finanziellen Möglichkeiten des Regimes ganz erheblich. Während die Deviseneinnahmen aus dem Ölexport noch 1972 nur 5 Mrd Dollar jährlich betragen, stiegen sie nach 1973 um das vierfache auf über 20 Mrd Dollar pro Jahr.

Das löste nahezu einen Ölrausch der imperialistischen Monopole aus, die es darauf abgesehen hatten, die iranischen Petrodollars in ihre Taschen fließen zu lassen; die Wirtschaftspolitik des Schah-Regimes kam ihnen dabei sehr entgegen. Der Schah versprach, daß der Iran in 10—20 Jahren unter die fünf größten Industrienationen der Erde eingereiht werden solle, daß der allgemeine Wohlstand gesichert werde und eine Gleichstellung mit den am weitesten entwickelten Gesellschaften „in bezug auf soziale Fragen entsprechend den fortschrittlichsten Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und individueller Rechte“ erfolgen werde. In Wahrheit aber konzentrierte er die Finanzausgaben im wesentlichen auf drei Bereiche:

1. Durch Investitionen in kapitalistischen Ländern (Krupp, PANAM, Babcock & Wilcox AG, französische Atomkonzerne Eurodif und Coredif), Anleihen für das bankrotte Italien und für Großbritannien, Kredite an Internationale Wirtschaftsinstitute und andere Formen des Kapitalexports wurden 1974 6,5 Mrd DM und 1975 9 Mrd DM verausgabt.<sup>10</sup>

2. Der Schah plante den Bau von 25 Kernkraftwerken, wovon für den Bau der ersten 20 schon 70 Mrd DM veranschlagt waren. Angesichts dieser Kosten wäre eine bessere Ausnutzung der eigenen Energiequellen und vor allem des Gases wirtschaftlich wesentlich sinnvoller gewesen.

3. Nachdem der Iran Anfang der 70er Jahre entsprechend der



Slums am Rande Teherans

Nixon-Doktrin die Rolle eines Gendarmen am Golf übernommen hatte, setzte eine beispiellose Aufrüstung ein. Die Waffen Ausgaben vervierfachten sich von 1973—1975, allein in den USA wurden von 1972—1976 für 18 Mrd Dollar Rüstungsgüter gekauft, womit der Iran zum größten Waffenkäufer der Erde aufstieg. Insgesamt verwendet das Regime rund 50 % aller Staatsausgaben für den Militärhaushalt.

Allgemein machten der Charakter des Regimes und der kapitalistische Profit als Kriterium der wirtschaftlichen und sozialen Regulierung jede effiziente Planung unmöglich. Fehlende Kapazitäten insbesondere der Häfen und mangelnde Voraussetzungen führten dazu, daß fast 1/3 aller in den Iran gelieferten Waren entweder schon verrottet oder völlig unbrauchbar waren. Aufgesetzte Projekte wie die Lieferung von 26 hochmodernen Turbozügen, obwohl es keine einzige Strecke mit dem erforderlichen Gleisunterbau gibt, wurden in Hülle und Fülle ins Leben gerufen.

Dagegen wurde der Ausbau der Energieversorgung vernachlässigt, so daß der Strom im Raum Teheran stundenweise ganz abgeschaltet werden muß. Auf diese Weise verlieren die Fabriken 1/3 ihrer Kapazitäten. Die Industrieproduktion fiel im Sommer 1977 sogar auf die Hälfte, die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes sank von 41,6 % im Boomjahr 1974 auf 2,6 % im Jahr darauf.<sup>11</sup>

## Mrd-Provisionen der Oberschicht . . .

Zusammen mit dem Strömen der Ölmilliarden festigte und erweiterte sich die Stellung einer extrem parasitären iranischen Großbourgeoisie, die vom Auslandskapital in gemischten Gesellschaften am Profit beteiligt wurde oder als bürokratische Bourgeoisie durch Vergabe von Lizenzen, Korruption, Verschwendung staatlicher Gelder große Gewinne macht. Das verdeutlicht die Verteilung der Einkommen: Während 80 % der Bevölkerung nur 32 % des Gesamteinkommens erhielten, entfielen auf die oberen 5 % der Bevölkerung allein 34 %.<sup>12</sup> Nicht weniger als 1/10 des iranischen Nationaleinkommens, das sind rund 15 Mrd DM, wird von reichen Persern Jahr für Jahr ins





Durch Streik stillgelegte Raffinerie in Abadan

Ausland transferiert.

An der Spitze dieser Klasse steht der Schah, der außerdem der größte Großgrundbesitzer im Iran ist. Der Schah dürfte alleine an Provisionen für seine Rüstungsgeschäfte mehrere Mrd DM kassiert haben. Seine Schwester Ashraf wird im Volksmund „Madame 5 %“ genannt, weil sie an so gut wie allen iranischen Firmen beteiligt ist. Ein Sohn Ashrafs verdiente allein am Aufbau eines elektronischen Überwachungssystems 20 Mio Dollar Schmiergelder. Kein einheimischer oder ausländischer Unternehmer kann im Iran ein Geschäft abschließen, ohne sich mit der Schah-Familie verständigt zu haben.

Für die zerrüttete Landwirtschaft blieb von den Ölgeldern aber nichts übrig. Über 60 % der Landbevölkerung leben unter dem Existenzminimum, die Analphabetenquote liegt immer noch bei 74 %. Vielfach können die Bauern auf dem Land nicht von ihrer kleinen Parzelle leben und wandern in die Städte. Da es sich meistens um Analphabeten handelt, finden sie aber auch in der Industrie keine Arbeit und müssen dann in den Slums der großen Städte hausen.

Erschreckend hoch ist auch die Arbeitslosigkeit. Obwohl ausgebildete Facharbeiter dringend benötigt werden, suchen fast 1/3 aller Iraner einen Job oder sind unterbeschäftigt. Daß dieser Zustand nicht von ungefähr kommt, zeigt die Tatsache, daß bei gleichzeitiger enormer Steigerung der Rüstungsausgaben 1976 die Etats für Landwirtschaft, Wissenschaft und soziale Versorgung von 740 Mrd Rial auf 384 Mrd Rial, also um fast 50 %, gekürzt wurden.

Die Spekulationen mit Immobilien und die grassierende Inflation besorgten ein übriges. Selbst ein relativ gut verdienender Industriearbeiter muß von seinem Monatsverdienst in Höhe von 574 DM alleine 253 DM Miete für zwei Zimmer in der Umgebung von Teheran bezahlen. Unter diesen Umständen wirkte das vom Ministerpräsidenten Amouzegar 1977 verkündete „freiwillige Einfrieren der Löhne“ wie ein Hohn.

### ... kontrastieren mit dem Elend der Massen

Die vom Schah versprochenen „goldenen Zeiten“ sind also für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht angebrochen. Im Gegenteil, das Elend der Volksmassen und die immer ungleichmäßigere Entwicklung des Iran sind nicht Folge bestimmter konjunktureller Schwierigkeiten, sondern sie sind struktureller Natur und entspringen direkt der vom Schah-Regime betriebenen Politik. Die anachronistische Herrschaftsstruktur der Monarcho-Diktatur, die sich in der Unterdrückung und Unmündighaltung eines ganzen Volkes äußert, macht auch für die Bevölkerung den Zusammenhang zwischen den antina-

tionalen Profitinteressen der imperialistischen Monopole wie der einheimischen Oberschicht und dem politischen System deutlich.

Die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Kämpfe liegt in der extremen und durch die Petrodollars noch verstärkten Zuspitzung der sozialen Widersprüche, die inzwischen so weit gediehen ist, daß von der gesamten antidiktatorischen Opposition die Notwendigkeit radikaler Veränderungen betont wird. Dieser Massenbewegung ist sehr wohl bewußt, daß nur der Sturz des Schah-Regimes und die Ausschaltung der es tragenden imperialistischen Monopole einen Ausweg aus der jetzigen Krise bahnen kann.

### Anmerkungen

- 1) So S. H. Roschmann in: Wehrkunde, Nr. 5/1973, S. 22
- 2) Nach einer dpa-Meldung vom 17. 4. 1977
- 3) Zit. nach: Niknafs, G., Konzeptionen zur Überwindung der Unterentwicklung im Iran, Hamburg 1974, S. 77
- 4) Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen aus: I. Iskenderi, Illusionen des bürgerlichen Reformismus in den Entwicklungsländern, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 5/1977, S. 608—617
- 5) Vgl. die Beiträge einzelner Wirtschaftsbereiche zum Bruttosozialprodukt gegen Ende des 4. Fünfjahrplans (1968—73), in: Iran, Länderbericht 1975/76, S. 23
- 6) Ebenda, S. 37
- 7) Vgl. M. Avramovic, Industrialisation of Iran, in: Tahqiqat é Eqtesadi, Teheran, Nr. 18/1970, S. 19
- 8) Süddeutsche Zeitung, 4. 11. 1975; Handelsblatt, 18. 10. 1976
- 9) M. R. Pahlawi, Die soziale Revolution Irans, Köln 1967, S. 5
- 10) Nach Angaben von M. R. Amin, Generaldirektor der staatlichen Stahlindustrie, in: Süddeutsche Zeitung, 5./6. 1. 1977
- 11) Der Spiegel, Nr. 34/1978
- 12) Angaben nach: B. Wolf, Entwicklungsstrategie und Einkommensver- und -umverteilung in Entwicklungsländern, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 1/1974, S. 82

# Im VERLEIH KATALOG

VON UNIDOC FINDEN SIE FILME AUS ALLEN UND OBER ALLE BRENNPUNKTE DER WELT.

Zu jedem unserer 250 Filmtitel bieten wir Ihnen eine Flugblatt- bzw. Plakatvorlage und eine ausführliche Inhaltsangabe. Praktische Tips helfen die technischen Probleme der Filmveranstaltung lösen.

Wenn Sie DM 10,-- auf unser Postscheckkonto Nr. 284 58-803 beim PSchA München - Stichwort 'Katalog', Absender deutlich angeben - einzahlen, erhalten Sie postwendend unseren umfangreichen Katalog.

**UNIDOC**  
Film für  
den Fortschritt

Postfach 45  
Dantestr. 29  
8000 München 19  
Tel.: 089/15 60 61





**Askari Danesch**

# Opposition wider den Schah

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges, als der Imperialismus sich in einer relativ geschwächten Position befand, konnte sich im Iran eine demokratische Massenbewegung entfalten, welche die Interessen des Imperialismus und auch des Hofes massiv gefährdete. Dieser Entwicklung wurde 1953 durch einen CIA-Putsch, der den Schah wieder an die Macht brachte, ein Ende gesetzt. In der Folge dieses Putsches wurden die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften zerschlagen, das nationalisierte Erdöl wurde ausländischen Monopolen zur Verfügung gestellt, der Iran gab seine traditionelle Neutralitätspolitik auf und trat dem CENTO-Pakt (dem asiatischen Pendant zur NATO) bei, schloß ein bilaterales Militärabkommen mit den USA und öffnete den Binnenmarkt für ausländisches Monopolkapital (genauere Angaben vgl. Iran-Sondernummer des AIB, Juli 1975).

Um all diese Maßnahmen abzusichern, änderte der Schah im Jahre 1956 die Verfassung des Landes in der Art, daß er sich von nun an diktatorische Machtvollkommenheit garantieren ließ. Um diese Herrschaftsform durchführen zu können, gründete er ebenfalls 1956 die berüchtigte Geheimpolizei SAVAK, die als Unterdrückungsmittel die seit 1953 fast für alles zuständigen Militärgerichte unterstützte.

Ende der 50er Jahre, nachdem sich das Regime einigermaßen konsolidiert hatte, meinte man sich Parteien leisten zu können. Man ließ jedoch nicht einfach die Bildung von Parteien zu, sondern der Schah gründete seinerseits drei Parteien: Iran Novin, Mardom und die faschistische Paniranistische Partei. Zwei davon, Iran Novin als Mehrheitspartei und Mardom als Minderheitspartei, hatten zusammen ein Parlament zu bilden, dessen einzige Aufgabe darin bestand, die Entscheidungen des Diktators zu bejubeln.

Als die unzufriedene Bevölkerung jedoch trotz der schwierigen Bedingungen begann, die Minderheitspartei Mardom als Plattform für die Artikulation ihres Unmuts zu benutzen, schaffte der Schah alle drei Parteien 1973 kurzerhand wieder ab. Stattdessen gründete er nach faschistischem Muster die Einheitspar-

tei Rastachiz, in der jeder Iraner vom 18. Lebensjahr an Zwangsmitglied wurde. Die Grundsätze dieser Partei waren: Treuepflicht gegenüber dem Schah; Ergebenheit zur „Revolution des Schah und des Volkes“; Bekenntnis zur Verfassung (so wie der Schah sie interpretiert).

Hatte sich der Schah mit dem SAVAK die Organisation für den physischen Terror geschaffen, so besaß er jetzt mit der Rastachiz das adäquate Instrument für die politische und ideologische Unterdrückung. Daher ist es verständlich, daß sich in den derzeitigen Kämpfen der Zorn der Volksmassen außer gegen die ausländischen Berater besonders gegen die Rastachiz- und SAVAK-Häuser richtete.

Bis zum Herbst 1978 versuchte der Schah diese Partei — zuletzt durch die Bildung einer neuen Fraktion — am Leben zu erhalten. Nach den machtvollen Demonstrationen vom 3.—7. September 1978, bei denen im ganzen Land 8 Mio Menschen ihrer Ablehnung des Regimes Ausdruck verliehen, wurde die Rastachiz stillschweigend — keiner weiß genau wann und wie — aufgelöst.

Noch 3 Wochen vorher, als die Kriegsrechtsregierung Sherif Emami ihre Geschäfte aufnahm, waren zur Beschwichtigung der aufgebrachten Bevölkerung 17 neue Parteien gegründet worden, die mit der Rastachiz „konkurrieren“ sollten. Nach dem 7. September wurden sie mit ihr zusammen aufgelöst. Neben der Installierung politischer Parteien hat das Schah-Regime in den 60er Jahren Pseudogewerkschaften für die Arbeiter und Angestellten gegründet, deren Spitzen durchweg von Militärs und/oder SAVAK-Agenten besetzt wurden.

Ihre Aufgabe war es, einmal auftretende Spannungen in einer Art konzertierter Aktion mit den Kapitalisten zu bereinigen und außerdem die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Sinne des Regimes zu kanalisieren. Die Tatsache, daß diese gelben Gewerkschaften es nie schafften über ihre Büroräume in den Betrieben hinaus irgendeine Art von Masseneinfluß zu erlangen, war einer der größten politischen Mißerfolge des Regimes.



## Ajatollah Khomeini



FRAGE: Ajatollah, seit Beginn dieses Jahres sind in Ihrem Namen Hunderttausende empörter Bürger gegen den Schah auf die Straße gegangen. Tausende von Menschen verloren im Kampf gegen Armee und Polizei ihre Leben. Haben Sie diesen Volksaufstand organisiert? KHOMEINI: Die Hauptursache des Volksaufstandes ist der Schah persönlich und sein Regime. Seit 55 Jahren haben der Schah und sein Vater den Islam, den Bürgen für Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, systematisch und rachsüchtig bekämpft. Alle wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Grundlagen, die dieses Volk im Laufe der Jahrhunderte für sein unabhängiges Dasein gesammelt hatte, wurden durch dieses Regime zerstört.

FRAGE: Sie meinen: durch die Verbindungen des Schah mit dem Ausland?

KHOMEINI: Die Wirtschaftsprogramme, die die Amerikaner mit Hilfe dieses Regimes und mit einer Korruption ohnegleichen durchgeführt haben, führten dazu, daß der Wirtschaftsapparat des Landes vernichtet wurde. Heute sichern diese Leute ihre Existenz mit Ölexport und Warenimport.

FRAGE: Glauben Sie, daß Sie, seit Jahren im Exil, die Volksmeinung kennen?

KHOMEINI: Das Volk ist nun aufgewacht. Ich sage die Meinung des Volkes. Wir sind alle einer Meinung. Wir wollen die Wiederherstellung unserer Freiheit und Unabhängigkeit, deshalb muß der Schah weg.

FRAGE: Wenn wir Sie richtig verstanden haben, ist Ihr Ziel nicht nur der Sturz von Reza Pahlawi, sondern auch die Abschaffung der iranischen Monarchie. Was aber soll nach Ihrer Meinung an deren Stelle treten? Eine parlamentarische Demokratie, eine Volksdemokratie nach marxistischem Muster oder ein Staat mit religiösen Gesetzen, die der Koran vorschreibt?

KHOMEINI: Die Wahl des politischen Systems wird durch den Willen des Volkes bestimmt. Wir werden den Entwurf für das Grundgesetz einer islamischen Republik zum Volksentscheid stellen. Augenblicklich steht das Land im Zwiespalt zwischen Tod und Leben, Freiheit und Unterdrückung, Unabhängigkeit und Abhängigkeit, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Ausbeutung. Die kommende Regierung muß die nationale Existenz retten. Sie muß dem Volk die Freiheit, dem Land die Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gerechtigkeit wiedergeben.

FRAGE: Wer soll denn im Iran, einem Entwicklungsland mit den Ambitionen eines Industriestaates, den Willen des Volkes in politische Macht umsetzen? Und wie würde es unter einer schiitischen Mehrheit den im Land vorhandenen Minderheiten ergehen?

KHOMEINI: Der Wille des Volkes wird durch die von ihm gewählten Vertreter in politische Macht und in eine von Korruption befreite Führung umgesetzt. Die Minderheiten werden auf beste Art und Weise ihre vollen Rechte erhalten.

FRAGE: Worin, von der kleinen Gruppe der politischen Führer und deren Nutznießern einmal abgesehen, würde sich ein iranischer Staat Ihrer Vorstellung von dem heutigen unterscheiden?

KHOMEINI: Die politische Führung wird von der Abhängigkeit zum Ausland befreit und von wirtschaftlicher wie politischer Korruption gesäubert. Die Wirtschaft des Landes wird gleichfalls von der Abhängigkeit zum Ausland befreit, die wirtschaftlichen Pläne werden nicht mehr mit den Interessen der internationalen Konzerne im Iran übereinstimmen. Die Gesellschaft wird frei sein, alle Ursachen von Repression und Unterdrückung werden wegfallen. Der Mensch, der heute durch ein Polizeisystem von jeder politischen Tätigkeit unter Androhung der Tortur gehindert wird, soll alle Mittel zu seiner Entfaltung erhalten.

(Quelle: Spiegel, Hamburg, 13. 11. 1978; Auszug)

## Palette der Opposition

### A. Die religiöse Opposition

Unter den Bedingungen der 25jährigen Diktatur, die jede oppositionelle Regung in die tiefste Illegalität zwang, entwickelten sich die Moscheen zu den einzigen legalen Versammlungsorten. Daß die absolute Mehrheit des schiitischen Klerus von progressiven Geistlichen gestellt wird, spiegelt in dieser Situation die Gefühle der Bevölkerung wider. Klassenmäßig vertreten diese religiösen Führer die Interessen der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Das drückt sich in ihrer konsequenten antiimperialistischen und antidiktatorischen Haltung aus. Die herausragende Persönlichkeit dieser Bewegung ist der Ayatollah Khomeini, der wegen seiner Standhaftigkeit gegenüber der Diktatur des Landes verwiesen wurde. Auf Betreiben des Schah mußte er auch sein erstes Exil, den Irak, verlassen und lebt heute in Paris. Bedeutende Führer dieser Bewegung im Iran sind: Ayatollah Talefani, der kürzlich durch den Druck der Volksbewegung nach 14jähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen werden mußte; Ayatollah Nuri aus Teheran, der sich zur Zeit noch in Haft befindet; und Ayatollah Schariat-Madari aus Ghom. Diese Bewegung hat keine festgefügte Organisation, verfügt jedoch durch die Moscheen über eine ausgezeichnete Kommunikationsmöglichkeit sowohl zwischen den einzelnen Geistlichen, als auch innerhalb der Bevölkerung. Ihre programmatische Stoßrichtung ist antidiktatorisch und antimonarchistisch. Ihr Ziel ist ein auf dem Volkswillen basierender islamischer Staat. Die Frage nach der Staatsform wird von Khomeini eindeutig als die der Republik beantwortet, während die Inlandsführung aus Rücksichtnahme auf die Bedingungen der Diktatur die Forderung erhebt, diese Frage durch ein Referendum klären zu lassen.

### B. Die Nationale Front

Die Nationale Front ist ein Parteienbündnis, das den Premier der 1953 vom CIA gestürzten Regierung Mohammed Mossadegh gestellt hat. In diesem Bündnis sind vor allem drei Parteien erwähnenswert:

- a) Die **Freiheitliche Bewegung des Iran** unter der Führung von Mahdi Bezergeran. Diese Partei wünscht eine konstitutionelle Monarchie und hat eine antidiktatorische und antiimperialistische Programmatik.
- b) Die **Radikale Bewegung des Iran** unter Führung von Dariusch Fruhar. Diese Partei stellt den radikalsten Flügel der Nationalen Front. Fruhar befindet sich seit dem 7. 9. 1978 erneut in Haft.
- c) Eine mittlere Position wird in diesem Bündnis von der durch Dr. Karim Sandjabi geführten **Bewegung für den Iran** vertreten. Dies ist die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in der Nationalen Front.

Bei seinem Treffen mit Khomeini Anfang November in Paris konkretisierte Sandjabi den nationalen, islamischen, demokratischen Charakter der Bewegung. Er kam mit Khomeini überein, die künftige Staatsform nicht jetzt, sondern nach einer all-

## Erklärung Karim Sandjabis

1. Die gegenwärtige Monarchie im Iran hat ihre Legitimität und Legitimation durch ständige Verletzung des Grundgesetzes — Unterdrückungsmaßnahmen, Verbreitung von Korruption und Ergebnislosigkeit gegenüber der Politik fremder Mächte — verloren.
2. Die National-islamische Bewegung Irans ist bei Beibehaltung der illegalen monarchistischen Ordnung mit keiner Regierung, egal in welcher Zusammensetzung, einverstanden.
3. Die nationale Staatsform Irans wird auf der Grundlage des Islams, der Demokratie und der Unabhängigkeit, durch freie allgemeine Wahlen bestimmt.

(Quelle: Erklärung von Dr. Karim Sandjabi nach seinem Besuch bei Imam Khomeini, Paris, 5. 11. 1978)



gemeinen Volksbefragung zu stellen. Nach seiner Rückkehr aus Paris wurde Sandjabi von der inzwischen an der Macht befindlichen Militärjunta am 6. 11. 1978 verhaftet (zu seiner Programmatik siehe Kasten).

Die Nationale Front ist der parteienmäßige Ausdruck der Interessen der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Sie arbeitet seit Mitte August 1978 halblegal im Land und legte Ende August ein 12-Punkte-Programm vor (siehe Kasten).

Für die Nationale Front, wie für alle Parteien des Iran gilt, daß die durch Bedingungen der 25jährigen Diktatur ihre Organisationsgröße wesentlich geringer ist als ihr Einfluß.

## Karim Sandjabi



Die Ereignisse der letzten zwei Monate haben die Meinung der Nationalen Front bestätigt, daß die Krise der iranischen Gesellschaft umfassend, tiefgreifend und dauerhaft ist. Sie ist die Folge von 25 Jahren Politik der Unterdrückung, des Despotismus und der Korruption. Die iranische nationale Bewegung ist eine Bewegung gegen das korrupte und autokratisch herrschende Regime und seine wirklich Verantwortlichen. Sie ist eine gewaltige, tiefe, einige und beständige Bewegung. Sie ist eine Bewegung, die aus der Tiefe unserer nationalen, kulturellen und religiösen Identität wie auch aus der Tiefe unserer Gesellschaft kommt.

Dies ist es, was der Schah anerkennen muß. Die islamische und nationale Bewegung ist keine zufällige und zeitlich begrenzte Bewegung, die auf Übergangsregelungen abzielt, wie Regierungswechsel oder den Austausch von Personen. Sie kann nicht durch örtliche Maßnahmen oder persönliche Einschüchterung bekämpft werden. Die Bewegung ist einzigartig, wenn man sie mit dem Blick auf die alte Geschichte Irans, aber auch anderer Nationen sieht.

Der Schah in seinem despotischen Regierungsstil geht mit seinem eigenen Land nicht anders um als ein Ausländer und nimmt keine Rücksicht auf nationale Belange; wo es gilt, diese Bewegung zu unterdrücken, ist ihm jedes Mittel recht. Nun, nach der Niederlage seiner Politik der formalistischen Maßnahmen und Camouflagen, hat er eine neue, schlichte und ominöse Politik begonnen.

Zum ersten Mal habe er die Botschaft der iranischen nationalen Revolution gehört, sagt er in seiner Rede. Das kann er folglich nicht unberücksichtigt lassen. Aber er hat die Botschaft nicht verstanden. So hat er eine Militärregierung gebildet und ihr das Massaker am Volk aufgetragen. Die Botschaft der iranischen nationalen Revolution lautet: Befreiung des Volkes von der autokratischen Monarchie. Diese Botschaft wird er wieder und wieder hören.

25 Jahre Verletzung der Verfassung und Verschleuderung des Wohlstands und Ausbreitung der Korruption haben die Institutionen des Landes zerstört. Wie können wir die Garantien des Staates annehmen, wenn sie nicht begleitet werden von der Bildung einer nationalen Regierung? Unserer Ansicht nach ist die einzige Garantie dieses Staates die Unterordnung unter den allgemeinen Willen der iranischen Nation, wie er eindrucksvoll und klar dargelegt und vorgetragen ist in massiven Demonstrationen von historischer Bedeutung:

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 11. 1978)

## Programm der Nationalen Front

Die Nationale Front hat nach der Wiederaufnahme der halblegalen Tätigkeit im Lande Mitte August 1978 ihre Forderungen in einem 12 Punkte umfassenden Programm veröffentlicht.

1. Auflösung des SAVAK
2. Aufhebung der Zuständigkeit der Militärgerichte für alle gegen zivile Personen aufgestellten Anklagen.
3. Zustandekommen der Unabhängigkeit der Justiz im wahren Sinne des Wortes.
4. Freilassung aller politischer Gefangenen — gleich welcher Ideologie sie angehören und unabhängig von der Art und dem Zeitpunkt der Verurteilung.
5. Rückkehr aller ins Ausland und im Inland politisch Verbannten in ihre Heimatstätte.
6. Es muß allen politischen Emigranten ohne jegliche Hindernisse erlaubt werden, in ihre Heimat zurückzukehren.
7. Vollständige Gewährleistung der freien Meinung und Meinungsäußerung, der freien Schrift und der Versammlungsfreiheit.
8. Freie Betätigung für alle politischen Parteien und Institutionen ohne jegliche Monopolstellung.
9. Freie Herausgabe der Zeitungen und Zeitschriften, deren Lizenz in jüngster oder ferner Vergangenheit entzogen wurde.
10. Eine freie Betätigung der gewerkschaftlichen Zünfte und der Arbeitergewerkschaften muß gewährt werden. Aufgezwungene Institutionen wie die „Innungskammer“ oder diverse „Arbeiterorganisationen“ müssen verschwinden.
11. Die Drahtzieher und Ausführenden des „kollektiven Mordes“ an wehrlosen Bürgern, gleich welches Amt sie bekleiden, müssen sofort verfolgt und bestraft werden.
12. Offizielle und gesetzliche Rehabilitierung aller von Militärgerichten Verurteilten.

(Quelle: Keyhan, Teheran, 20. 8. 1978)

### C. Die Partei der Demokratischen Volkunion

Diese Partei wurde Ende Oktober 1978 von dem bekannten Schriftsteller M. A. Beh-Azin gegründet. Sie hat eine allgemeindemokratische, antidiktatorische und konsequent antiimperialistische Zielsetzung. Eine Woche nach Veröffentlichung des Parteiprogramms in der Regierungszeitung wurde Beh-Azin, noch zur Zeit der Kriegsrechtsregierung Sherif Emami, verhaftet und soll wegen öffentlichen Aufruhrs vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

## Tudeh-Partei

Wir haben in Bezug auf die unsere Gesellschaft betreffenden Probleme des öfteren unsere Meinung geäußert und sind unsererseits zur Aufnahme von Kontakten und Gesprächen mit allen Kräften der Opposition bereit. Wir warnen jene Personen und Kräfte, die glauben durch die Übernahme von antikommunistischen und gegen die Tudeh-Partei gerichteten Methoden Vorteile für sich herausholen zu können, vor den gefährlichen Folgen solcher Illusionen. Man darf nicht vergessen, daß die Reaktion und der Imperialismus mit eben diesen Vorwänden der „Gefahr des Kommunismus“ die nationale Regierung von Dr. Mossadegh stürzten. Und das derzeitige Regime hat zur Rechtfertigung des Verbrechens vom 8. September (17. Schahriwar) wiederum diese „Gefahr des Kommunismus“ durch den Mund der Regierung Scharif Emami beschworen.

Wir haben unsererseits unsere Kampfmethodik auf der Grundlage der Einheit aller Kräfte entwickelt und werden auch in Zukunft im Sinne dieser Einheit und gegen die Versuche des Regimes und seiner Handlanger Spaltung und Zwietracht herbeizuführen, kämpfen. Wir sind bereit und fordern alle gegen das despotische Regime eingestellten Oppositionellen auf, auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zusammenzuarbeiten. Wir sind der Meinung, daß in der jetzigen Situation der Widerstand gegen das Regime und seine verschiedenen Manöver mit unerschütterlichem Willen weitergehen und der Kampf ausgeweitet und verstärkt werden muß.

(Quelle: Erklärung des Exekutivkomitees des Zentralkomitees der Tudeh-Partei des Iran, o. O., September 1978; Auszug)





Demonstranten umarmen Elitesoldaten des Schah: "Kommt auf unsere Seite!"

#### D. Die Tudeh-Partei

Die bestorganisierte Kraft im Rahmen der Opposition ist die Tudeh-Partei (gegründet 1941), die Partei der Arbeiterklasse des Iran. Sie bringt die Erfahrung eines 30 Jahre lang ohne Unterbrechung in der Illegalität geführten Kampfes in die Bewegung ein.

Die Tudeh-Partei verfügt als einzige oppositionelle Kraft über eine ausgearbeitete Analyse der Situation und über ein detailliertes Programm für die nähere und fernere Zukunft. Sie fordert seit Jahren den Sturz des Schah-Regimes als erste Voraus-

setzung für eine weitere politische und soziale Entwicklung des Landes. In ihrer Erklärung vom 4. 9. 1978 (voller Wortlaut in AIB 10/1978) schlägt sie eine programmatische Plattform vor, die die mögliche politische Basis einer aus allen antidiktatorischen Kräften bestehenden nationalen Koalitionsregierung bilden könnte (Tudeh-Aufgabenstellung siehe Kasten). Die Tudeh-Partei hat damit der Oppositionsbewegung des Iran ihre Vorstellungen, wie das Land aus der durch das Schah-Regime verursachten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise herausgeführt werden kann, als Diskussionsgrundlage und Handlungsangebot vorgelegt.

## Tudeh-Partei: Aufgaben einer nationalen Koalitionsregierung

Nach Ansicht unserer Partei ist es notwendig, daß in der gegenwärtigen Situation zur Beendigung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise eine Regierung der nationalen Koalition an die Macht kommt, die folgende konkrete Aufgaben durchzuführen hätte:

### 1. Zur Sicherung der demokratischen Freiheiten:

- Freiheit für alle politischen Gefangenen;
- Zusicherung der freien Rückkehr für alle innerhalb der Grenzen des Landes verbannten wie für ins Ausland emigrierte Iraner;
- Auflösung der Verbrecherorganisation SAVAK (iranischer Geheimdienst; d. Red.) und ähnlicher Institutionen;
- Verhaftung und gerichtliche Verfolgung der Verbrecher und Verräter, sowie derjenigen, die als erste Garnitur des diktatorischen Regimes diese Verbrechen organisiert haben und derjenigen, die von der allgemeinen Verelendung profitiert haben;
- Liquidierung aller Gesetze aus der Zeit der Pahlawi-Dynastie, welche die in der Verfassung und in der Charta der Menschenrechte verbrieften Freiheiten verletzen oder einschränken;
- Sicherung der freien Meinungsäußerung, der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie des Rechts auf freie Bildung von Parteien und Gewerkschaften;
- Auflösung der Senats- und Unterhausparlamente sowie der vom SAVAK durchgesetzten Räte der Provinzregierungen in Städten, Kreisen und Dörfern;
- Freie allgemeine Wahlen zur Gründung einer konstituierenden Versammlung, deren Aufgabe in der Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes besteht.

### 2. Zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit:

- Vollständige Wiederinkraftsetzung des Gesetzes zur Nationalisierung der Erdölindustrie;
- Liquidierung des Konsortiums und der anderen imperialistischen

Monopole, welche die iranischen Erdölquellen ausplündern;

- Ausweisung aller amerikanischen Militärberater und Zurückbeorderung der Iranischen Streitkräfte aus dem Oman;
- Herstellung und Erweiterung der freundschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern, die die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes respektieren;
- Aufkündigung des knechtenden Militärabkommens Iran—USA;
- Herauslösung des Irans aus dem CENTO-Pakt und Anschluß an den Kreis der nichtpaktgebundenen Staaten;
- Unterstützung aller fortschrittlichen und Freiheitsbewegungen; besondere Unterstützung des brüderlichen Volkes von Palästina in seinem Kampf gegen Imperialismus und Zionismus.

### 3. Sanierung der Wirtschaft und Verbesserung des allgemeinen Lebens:

- Konfiszierung des vom Schah und seiner Familie zusammengegrabten Eigentums;
- Anstrengungen zur Rückbeorderung der von der Pahlawi-Familie gestohlenen zig-Milliarden-Dollar, die sich auf ausländischen Bankkonten befinden und Zurverfügungstellung dieser Gelder für die Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Bevölkerung;
- Beendigung der wahnwitzigen Aufrüstungspolitik und Zurverfügungstellung der Öleinnahmen zur Stärkung der Volkswirtschaft;
- Durchführung wirkungsvoller Maßnahmen zur Erlangung und Sicherung eines für Arbeiter, Bauern und alle Lohnabhängigen befriedigenden Lebensstandards;
- Sanierung der Wirtschaft in Richtung und Unterstützung der Inlandproduktion sowohl im staatlichen, als auch im privaten Sektor;
- Durchführung wirkungsvoller Maßnahmen zur Beendigung der tiefen Krise in der Landwirtschaft und Verbesserung der Situation der Bauern.

(Quelle: Zentralkomitee der Tudeh-Partei, o. O., 4. 9. 1978; Auszug)



# Einstimmung auf eine US-Intervention?

Wie aus anderen Iran-Beiträgen sehr deutlich wurde, gilt das Schah-Regime z. Z. als eine der sichersten Bastionen für die Wahrung imperialistischer Ausplünderung des reichen Landes, für die globalstrategische Macht des Monopolkapitals — in erster Linie für den militärindustriellen Komplex. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1978 drückt das so aus: „Die Vereinigten Staaten sehen keine Alternative zu ihrer fortgesetzten und klaren Unterstützung des Schahs von Iran als Garant der Beibehaltung des lebenswichtigen politischen und strategischen Gleichgewichts am Persischen Golf und im Nahen Osten“. Gerade diese Funktion des Schah-Regimes soll auf jeden Fall erhalten bleiben.

## US-Lösungsvarianten in der Hinterhand

25 Jahre lang diente die Diktatur als Methode, dann das Kriegsrecht und jetzt die Militärjunta. Wenn diese ihren Zweck und damit die Ziele des Imperialismus nicht erreicht, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie ihren Anforderungen nicht gerecht wird, hält für diesen Fall der Weltimperialismus — allen voran der US-Imperialismus — für die Wahrung seiner Interessen im Rahmen seiner Globalstrategie für den Iran noch weitere „Lösungsmöglichkeiten“ bereit:

- Es ist möglich, daß ein Militärputsch der Offiziere gegen den Schah durch den US-Geheimdienst CIA inszeniert wird (ähnlich dem Obristenputsch in Griechenland). Das Programm einer solchen Regierung würde möglicherweise pseudodemokratische Lügen beinhalten, um die Opposition zu spalten und langfristig die imperialistischen Interessen abzusichern.

- Eine andere Möglichkeit wäre die direkte militärische Intervention der USA. Diese Variante wird aktuell, a) wenn es den Volkskräften gelingt, die Staatsmacht in ihre Hände zu bekommen, b) wenn die Volksbewegung so tief in das Militär hineinwirkt, daß dieses nicht mehr als sicherer Garant imperialistischer Interessen eingeschätzt wird. Im Falle einer militärischen Intervention wäre der Imperialismus auch bereit eine Teilung des Landes in Kauf zu nehmen (vgl. Interview des Schah in: Newsweek vom 15.11.1978).

Für die Tatsache, daß ein direktes Eingreifen der USA durchaus im Pentagon erwogen wird, sprechen auch die Angaben des ehemaligen Sicherheitsbeauftragten des Schah Said Sand, der in England um politisches Asyl gebeten hat. Sand erklärte vor Journalisten, daß die CIA der USA einen Spezialplan zur Intervention ausgearbeitet hat für den Fall, daß im Iran „außergewöhnliche Umstände“ eintreten. Vor diesem Hintergrund ist die Warnung Leonid Breshnews, des Generalsekretärs der KPdSU, an die Adresse der USA bezüglich eines militärischen Eingreifens im Iran zu verstehen. Er bezeichnete die Situation im Iran als eine interne Angelegenheit, die „durch die Iraner gelöst werden muß“.

Daß die Gefahr einer militärischen Intervention der USA im Iran durchaus realistisch ist, kann man auch an der derzeitigen Kampagne in den bürgerlichen Massenmedien ablesen. Die Art und Weise der Darstellung der Ereignisse im Iran bereitet den Boden propagandistisch in der Weise vor, daß sich die Forderung nach dem militärischen Eingreifen der USA zwangsläufig ergibt.

Schlagworte wie:

- nach dem Schah kommt das Chaos,
  - Ausländer sind im Iran nicht mehr sicher,
  - ohne den Schah bekommt der Westen kein Öl,
  - das bedeutet Wirtschaftskrise aller westlichen Industrienationen, finden sich zur Zeit in allen Zeitungen und Nachrichtensendungen.
- Die „Argumente“ mögen zur Rechtfertigung des Kriegsrechts, der Militärjunta und einer eventuellen US-amerikanischen Intervention durchaus geeignet sein, mit den wahren Sachverhalten haben sie jedoch wenig zu tun.

1. Die jetzige Krise — das Chaos, wie es bürgerliche Zeitungen nennen — ist durch die antinationale proimperialistische Politik des diktatorischen Schah-Regimes der letzten 25 Jahre hervorgerufen worden. Die Volksbewegung des Iran, die gegen diese antinationale proimperialistische Politik und für die Abschaffung der Diktatur kämpft (siehe programmatische Dokumente) kämpft damit für die Beseitigung des Chaos und seiner Ursachen.

2. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, daß die Iraner generell ausländerfeindlich seien. Wie aus der Programmatik der Parteien und Interviews mit verschiedenen Persönlichkeiten der Opposition eindeutig hervorgeht, ist die gegenwärtige Bewegung im Iran eindeutig



29. 10. 1978: Sturz des Schah-Denkmal vor der Teheraner Universität

gegen die Ausplünderung des Volkes durch ausländische Monopole und gegen deren Beherrschung der wichtigsten wirtschaftlichen Positionen, womit auch ein immenser politischer Einfluß verbunden ist, gerichtet.

## In „Sorge“ um den Ölzufluß?

3. Die bürgerlichen Medien behaupten, im Falle eines Machtwechsels im Iran würde kein Öl mehr in den Westen fließen. Damit müßte eine wirtschaftliche Rezession der westlichen Länder einher gehen.

Es stimmt, daß nach einer Machtergreifung des Volkes kein Öl mehr für die Kriegsmaschinerie der aggressiven israelischen Armee fließen wird — ein bescheidener aber wirkungsvoller Beitrag auch der Volksmacht im Iran für den Frieden im Nahen Osten. Es stimmt, daß die Rassisten-Regimes ihre Herrschaft gegen die afrikanischen Unterdrückten u. a. nicht mit iranischem Öl verlängern könnten. Das entspräche ebenfalls den UN-Resolutionen.

Was die Öllieferungen an den Westen betrifft, so sind folgende Tatsachen festzuhalten:

- Alle Ölförderländer sind mehr oder weniger durch Jahrzehnte imperialistischer Herrschaft über ihre Länder infolge der „Monokultur“ auf Verkauf von Erdöl zur Finanzierung ihres Haushaltes angewiesen. Progressive Staaten wie Algerien, Libyen oder der Irak machen hier keine Ausnahme.

- Die Ölförderländer haben sich in der OPEC zusammengeschlossen, um ihre Rechte gegenüber den multinationalen Ölkonzernen geltend machen zu können, was dank des zuungunsten des Imperialismus und der Reaktion veränderten Kräfteverhältnisses möglich wurde. Der Preis des Öls wird zwischen der OPEC und dem Kartell der Konzerne ausgehandelt, resultiert also nicht aus den Preisvorstellungen eines einzelnen Landes. Es versteht sich, daß ein Regimewechsel im Iran zugunsten des Volkes die Position der OPEC-Länder gegenüber den multinationalen Ölkonzernen verbessern würde. Das wäre sogar zum Vorteil der Verbraucher in den kapitalistischen Ländern.

- Gerade diejenigen, die „ehrlich“ nach Öl schreien, wissen, daß die Ölförderung durch den Erölarbeiterstreik in jüngster Zeit unterbrochen war. Die Forderung dieser Arbeiter lautet: Abschaffung des SAVAK, Freilassung aller politischer Gefangenen und Entfernung der Ausländer aus den Schlüsselpositionen der Erdölindustrie. Hier müssen das Schah-Regime und seine imperialistischen Unterstützer, die die Forderungen nicht einzulösen bereit sind, angeprangert werden und nicht umgekehrt die Arbeiter.



# Internationaler Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika

*Daß die Bundesregierung in keiner anderen Frage internationaler Politik so verwundbar ist wie in Sachen Kollaboration mit den südafrikanischen Rassisten, machte sie aufs Neue am Vorabend des Kongresses gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika vom 11./12. November 1978 in Bonn deutlich. Mit der Vorlage einer sog. Dokumentation ließ sie ihrem Memorandum an die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom Januar 1977 (siehe AIB-Sondruck 2/1977) eine zweite Dementi-Broschüre folgen, welche die Vorwürfe bundesdeutscher Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime bestreitet und denunziatorische Angriffe gegen den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas wie die hiesige Antiapartheidbewegung richtet. Die Dokumentation des Presse- und Informationsamts der Schmidt/Genscher-Regierung unterstellte ihnen als eigentliches Anliegen, die BRD international und gerade in Afrika „unglaublich“ machen zu wollen. Zwar bewirkte sie damit in den bürgerlichen Massenmedien ein völliges Totschweigen des Bonner Kongresses, ein ähnlicher Erfolg aber dürfte ihr im internationalen Rahmen nicht beschieden sein.*

*Schon die breite Beteiligung der Befreiungsbewegungen und Frontstaaten im Süden Afrikas, besonders auch von hohen Repräsentanten der OAU und der Vereinten Nationen, sprechen hierfür. Mehr noch, wies der Generalsekretär des OAU-Befreiungskomitees Colonel Mbitha die neuerliche Vorlage eines Gegenmemorandums seitens der Bundesregierung angesichts der Eindeutigkeit der Beweislage für eine „unheilige Allianz“ Bonn-Pretoria als „Kühnheit“, als „verzweifelten Versuch, sich reinzuwaschen“, zurück. „Die BRD fährt fort mit ihrer Kollaboration mit dem faschistischen Regime“, betonte Mbitha. Ebenso als unglaublich bezeichnete der Vertreter des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid Gopi Dawadi (Nepal) die Dementi-Versuche der BRD-Verantwortlichen, deren militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika vom UN-Sicherheitsrat als „Verletzung des Waffenembargos“ untersucht werden müsse. Es gebe, so unterstrich G. Dawadi, „nur einen Weg Südafrika dazu zu zwingen, die Apartheid aufzugeben: die Aufhebung aller Verbindungen, die im nuklearen, militärischen, politischen, diplomatischen, ökonomischen, Handels- und Investitionsbereich, und allen anderen Bereichen bestehen. Es ist deshalb entscheidend, daß die Völker der Welt eine Kampagne entwickeln gegen jegliche Art der Zusammenarbeit.“*

*Zur Entwicklung einer Kampagne gerade auch in der BRD, einer der vier Hauptstützen des Apartheidsystems neben den USA, Großbritannien und Frankreich, gab der Bonner Kongreß wichtige Impulse. Initiiert von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und mitgetragen vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), Jungsozialisten, Jungdemokraten, der Vereinigung Deutscher Studentenschaften (VDS) u. a. fand sich zu dieser antiimperialistischen Manifestation das seit den Höhepunkten der Solidarität mit Vietnam und Angola/Moçambique/Guinea-Bissau im Jahre 1973 breiteste Bündnis zusammen. Das ist ein bedeutender Erfolg, wenngleich in die hier in vollem Wortlaut wiedergegebenen Hauptdokumente des Kongresses gegen die atomare Zusammenarbeit BRD-Südafrika, das von W. Geisler vorgetragene Kongreß-Referat und die Abschlußerklärung, kein konkreter Aktionsplan — ihn forderten die internationalen Repräsentanten — einfloß. Für die 500 Kongreß-Teilnehmer gilt es als erwiesen, daß BRD-Regierung, -Konzerne und -Banken Südafrika durch eine umfassende Zusammenarbeit und Stützungs politik zur Atombewaffnung, zur Ausweitung des Aggressionspotentials und zur Machterhaltung der Rassisten verhilft. Diesen Nachweis geführt, auf verstärkte Aktionen gegen diese Kollaboration und auf die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen orientiert zu haben, ist das unzweifelhafte Verdienst dieses Kongresses.*

Wolff Geisler

## Kongreßreferat



Liebe Teilnehmer dieses Kongresses, sehr geehrte Gäste, im Namen aller, die diesen Kongreß zustande gebracht haben, drücke ich die Freude, Hoffnung und Zuversicht aus, zu der Ihre Anwesenheit uns Anlaß gibt.

Vertreter der Bevölkerung in den Regionen, die von den atomaren Ambitionen der rassistischen Regierung Südafrikas unmittelbar bedroht sind, tragen zu diesem Kongreß bei. Die Befreiungsbewegungen: African National Congress (Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas — ANC; d. Red.) der durch zwei grundlegende Broschüren und Kampagnen den konkreten Kampf gegen die Belieferung Pretorias mit Atomwaffentechnologie eröffnete und der Pan Africanist Congress Azanias (Panafrikanistischer Kongreß Südafrikas — PAC; d. Red.), die SWAPO Namibias (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.), die Patriotische Front von Zimbabwe, sowie die Regierungen Angolas, Sambia, Tansanias arbeiten mit uns während dieses Kongresses zusammen. Die Organisation für Afrikanische Einheit dokumentiert ebenfalls eindrucklich, durch die Anwesenheit des Generalsekretärs des OAU-Befreiungskomitees, daß unsere Arbeit mit Befreiung in Afrika verbunden ist; das Special Committee against Apartheid der



Vereinten Nationen (UN-Sonderausschuß gegen Apartheid; d. Red.) tut ein gleiches.

Wir zweifeln nicht, daß Pretorias Aktivitäten zur Atombombe hin nicht vom Himmel gefallen sind, sondern mit Hilfe von Firmen und Regierungen z. B. in den USA und Frankreich, insbesondere aber der Bundesrepublik Deutschland, ermöglicht wurden und werden.

Am 8. 11. 1978 veröffentlichte die Bundesregierung eine Broschüre, die sie als Widerlegung der Vorwürfe gegen die Bundesrepublik bezeichnet. Sie geht darin auf die Mehrzahl der vom ANC dargelegten Sachverhalte gar nicht ein. In den 28 behandelten Fällen argumentiert sie siebenmal in unverantwortlicher Leichtgläubigkeit lediglich mit Aussagen der betroffenen Firmen. In den übrigen versucht sie, sich durch falsches Zitieren und Tatsachenentstellungen zu entlasten!

## Vielgestaltiges BRD-Engagement

Eine atomare Zusammenarbeit mit Pretoria stempelt den, der sie betreibt, zum Unterstützer einer unmenschlichen Regierung: Nur Südafrika hat gesetzlich Rassendiskriminierung zur Form des Zusammenlebens der Staatsbürger gemacht. Südafrika führte 1975/76 einen Angriffskrieg gegen Angola, massakrierte in diesem Jahr in Cassinga, in sambischen Dörfern über tausend Zivilisten, unterstützt in jeder Form Ian Smith's Mordzüge in Moçambique und Sambia, bricht die UN-Rhodesien-Sanktionen, hält völkerrechtswidrig seit Jahren ganz Namibia besetzt und kann dem Anschein nach auch nicht durch persönliche gemeinsame Vorsprache der Außenminister von fünf mächtigen Industriestaaten zur Respektierung des Völkerrechts überredet werden.

Connie Mulder, südafrikanisches Regierungsmitglied, sagte anlässlich der Niederlage in Angola schon Ende 1975 offen, daß das Vordringen nicht-rassistischer Regierungen — von Pretoria als „kommunistisch“ bezeichnet — nicht hingenommen würde: „Bis hierher und nicht weiter. Wir werden handeln, ob es einen dritten Weltkrieg verursacht oder nicht“ (Pretoria News, 21. 11. 1975).

Es ist unvorstellbar, daß besonders aus diesem Land Bundesrepublik Deutschland die in ihrem Rassenwahn unberechenbaren Herrenmenschen für einen angekündigten atomaren Amoklauf Hilfestellung bekommen. Die Gefahr ist umso größer, da das Rassistenregime mehr und mehr dem Druck der Befreiungsbewegungen und internationaler Isolierung ausgesetzt ist. Die Rassisten reden nicht nur so, die vernichten wirklich. Unvorstellbar, unfassbar, unsere Beteiligung daran. Aber wir dürfen die Tatsachen nicht feige übersehen und nicht untätig bleiben, weil das ja nicht sein kann.

Hier einige Tatsachen, die zeigen, daß das Engagement von Firmen und Regierung der Bundesrepublik für und im Apartheidstaat auch sonst vielgestaltig und umfangreich ist. Deutsche Konzerne haben 13 Mrd DM in Südafrika investiert. **Größte Kreditgeber Südafrikas** sind Banken der Bundesrepublik. 1978 wurde die Bundesrepublik erneut **größter Lieferant Südafrikas**, und diese Lieferungen werden mit Kohle und Stahl aus Südafrika bzw. Rhodesien — trotz Halden bzw. Arbeitslosen bei uns und trotz UN-Sicherheitsrats-Beschlüssen — z. T. abgegolten. Die Bundesregierung trägt durch ein **Doppelbesteuerungsabkommen**, das 1975 rückwirkend für 10 Jahre in Kraft gesetzt wurde und infolgedessen Steuerverluste für die Bundeskasse in Milliardenhöhe bedeutet, durch **Hermes-Bürgschaften** über ca. 4 Mrd DM Kosten und Risiko für die beteiligten Firmen.

Eine **militärische Zusammenarbeit** der Bundesrepublik mit Pretoria wurde von der Bundesregierung ausdrücklich dementiert. Aber aus der Bundesrepublik stammen z. B.:

● Neun Transall-Militärtransportflugzeuge, vier Exemplare des Airbus, als militärische Auftankversion, sechs Schnellboote, gebaut nach Plänen und mit Teilen aus der Bundesrepublik. Militärfahrzeuge, Militärelektronik, Milan-Raketen, Handgra-

naten, Munition, die Munitionsfabrik Spitskop Projekt, Anlagen zum Bau gepanzerter Fahrzeuge, von Schnellbooten, von Raketentreibstoff usw., usw.

● 1973 wurden 56 Starfighter der Bundeswehr an Südafrika verkauft. Sie wurden dort bisher nach unserer Kenntnis nicht von den Befreiungsbewegungen gesehen. Sie stehen wohl in unterirdischen Hangars. Die Konstruktionsnummern der Hersteller dieser Flugzeuge sind uns aber bekannt. Diese unterirdischen Hangars sind z. T. von Baufirmen aus der Bundesrepublik gebaut worden, ebenso das im Bau befindliche atombombensichere, unterirdische Befehlszentrum der Streitkräfte in Pretoria, ebenso das in atombombensicheren Anlagen untergebrachte Radarsystem Advokaat, das ganz Südafrika abschirmen soll.

● Es lassen sich 89 Niederlassungen deutscher Firmen in Südafrika benennen, die Militäraufträge ausführen. Besondere Bedeutung hat die Entwicklung und Produktion von Raketen durch seinerzeit Bölkow, Dornier und die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Südafrika. Wer behauptet, das alles sei keine militärische Zusammenarbeit, spricht eine andere Sprache.

Die Gründe für die Versuche, das Apartheid-Regime selbst mit Atombomben aufrechtzuerhalten, sind offenkundig: Ausbeutungsmöglichkeit! Daran sind alle, die dort investiert haben, interessiert.

Eine Befreiung in Namibia, Zimbabwe und Südafrika kann nach der Befreiung Angolas und Moçambiques nur ernsthaft behindert werden, wenn die Frontstaaten — bedroht durch eine ungeheuerere Gefährdung — den Nachschub für den Befreiungskampf unterbinden müßten. Atombomben in Südafrika sind gegen die solidarische Unterstützung des Befreiungskampfes aus den Frontstaaten, gegen z. B. Maputo, Daressalam, Lusaka, Luanda und Gaborone gerichtet.

Wie können Atombomben hergestellt werden? Um transportable Atombomben herstellen zu können, ist entweder die Anreicherung des Uranisotops U235 auf ca. 90% notwendig, das im Natururan nur zu 0,7% enthalten ist. Oder man gewinnt Plutonium aus dem Abbrand von Atomreaktoren. Die Betreiber des deutsch-südafrikanischen Atomgeschäfts haben erkennbar den Weg über die Anreicherung gewählt.

Es gibt drei anwendbare Verfahren für die Urananreicherung: Gasdiffusion, Ultrazentrifugierung, Trenndüsenverfahren. Südafrika hat von der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Firma STEAG/Essen das weltweit patentrechtlich geschützte Trenndüsenverfahren erhalten. Beweis:

1. In einem vertraulichen Schreiben an den Präsidenten der südafrikanischen Atomenergiebehörde (AEB) Dr. Roux erläutert der Staatssekretär im Bundesforschungsministerium Hans-





Hilger Haunschild Geheimhaltungsmaßnahmen für das „Anreicherungsverfahren“ (ANC-Dokumentation „Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika wird fortgesetzt“, August 1977, S. 32/33). In einem geheimen Brief an Dr. Roux (ANC-Dokumentation, August 1977, S. 20) teilte STEAG ein Jahr später mit, die formelle Zustimmung zur Weitergabe der Rechte an AEB beantragt zu haben.

2. Im Oktober 1973 stellte die Firma STEAG/Essex einen Antrag an die Bundesregierung auf Genehmigung zur Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsstudie von STEAG und der südafrikanischen Uranium Enrichment Corporation (UCOR) mit dem Ziel der Errichtung einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage. STEAG bezeichnete die Lizenzvergabe des Trenndüsenverfahrens als „entscheidende Voraussetzung“ für die gemeinsame Studie (Ex-Regierungsmitglied Eppler in: Cervenka/Rogers, The Nuclear Axis, London 1978, S. 70). Ein halbes Jahr später gaben STEAG und UCOR die gemeinsame Erstellung der Studie bekannt.

3. Die Bundesregierung stellte in einem offiziellen Memorandum an die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 17. 1. 1977 fest, daß es lediglich im Jahre 1973 diese Wirtschaftlichkeitsstudie gegeben habe, sonst aber keinerlei Kontakte zwischen STEAG und UCOR gegeben habe. Der Direktor der STEAG-Kernenergie, Völker, sagt dazu: „... Eine der vielen Lügen, die erzählt werden, ist, daß wir unsere Zusammenarbeit 1973 beendet hätten“. (The Nuclear Axis, S. 77)

Die Bundesregierung erklärt also selbst, daß es eine Zusammenarbeit von STEAG und UCOR bezüglich der Urananreicherung gab. Das allein muß jeden zivilisierten Menschen mit Entsetzen erfüllen und kann mit nichts, nichts, nichts erklärt oder entschuldigt werden. Regierungskommentare wie „nicht zustimmungspflichtig“ nehmen keinerlei Verantwortung weg. Wer läßt denn derartige gemeinsame Studien „nicht zustimmungspflichtig“ sein? STEAG erzählte der Presse 1975, diese Zusammenarbeit sei ungefährlich. Südafrika habe damit frühestens 1995 die Atombombe. Uns ist auch das zu früh! Außerdem begründen die Apartheid-Politiker in Pretoria die Geheimhaltung „ihres“ Verfahrens damit, daß sonst die Gefahr einer Ausbreitung von Atombomben gegeben sei.

Nach diesem Trenndüsenverfahren wurde auch 1971 eine kleine Probeanlage in Valindaba in Südafrika u. a. von STEAG, KWU und Linde gebaut. Seit September 1976 wurde mit dem Bau einer großen Anreicherungsfabrik begonnen. Sie kostet ca. 4 Mrd DM und wird größtenteils mit Lieferungen aus der Bundesrepublik, den USA und Frankreich gebaut: Sie entsteht an der Stelle, an der ebenfalls die Öl-aus-Kohle-Anlage SASOL II gebaut wird. Aus Tarnungsgründen werden die Lieferungen als für SASOL II, für das Kernkraftwerk Koeberg und die Kohle-

kraftwerke Matla, Duvha und Kriel sowie für die Eisenbahn bestimmt ausgegeben.

Aus Tarnungsgründen behauptete Pretoria, die Anlage würde erst 1986 fertig. Ja, im Februar 1978 erklärte der dafür zuständige südafrikanische Bergbauminister, die große Anlage — bis dahin gepriesenes Kernstück der industriellen Entwicklung des Landes — werde überhaupt nicht gebaut. Aber die Lieferungen laufen weiter. 1981 soll sie den Plänen zufolge fertig sein.

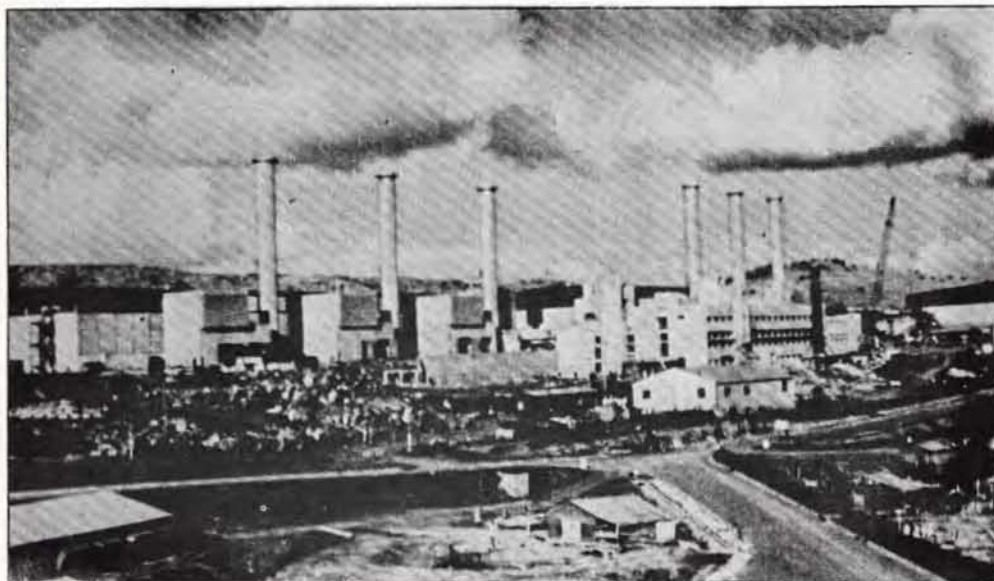
Die Anti-Apartheid-Bewegung hat Strafantrag gegen verschiedene Lieferfirmen gestellt. Obwohl als Folge davon z. B. die Staatsanwaltschaft München die Lieferung des wichtigsten Teils der Anlage, der Trennelemente durch Siemens und Messerschmidt-Bölkow-Blohm, bestätigte und ein Tarnungsvertrag über Kompressoren durch MAN-GHH-Oberhausen bekannt wurde, wurden bisher alle Verfahren niedergeschlagen.

Pretoria hat mit dem Bau einer Atombombentestvorrichtung in der Kalahari, die noch steht, die nicht demontiert wurde, gezeigt, daß es täglich Atommacht werden kann und will.

### Bruch des UN-Embargos durch Bonn und die NATO

Trotzdem verhinderten USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik mit ihrem Stimmverhalten, daß das UN-Waffenembargo vom November 1977 jede nukleare Zusammenarbeit verböte. Die USA haben kürzlich einen Vertrag über die Lieferung angereicherter Urans für Südafrikas angeblich geplante Kernreaktoren gekündigt. Möglicherweise wollen sie sich von einer bevorstehenden Kernexplosion in Südafrika offiziell distanzieren. Aber Teile für die Anreicherungsanlage werden weiter geliefert. Und diese wird nach den Angaben des Fachblattes Blick durch die Wirtschaft vom 14. 3. 1978 auch Uran auf 90 %, also bombentauglich, anreichern. Dort soll jährlich der Grundstoff für ca. 40 Atombomben gewonnen werden.

Die Lieferländer erstellen diese Anlage bewußt als militärisches Projekt: Die Kompressoren, die MAN—GHH liefert, erhalten NATO-Kodifizierungsnummern. Die Kennzeichnungen wurden bisher nur für militärische Güter bei Lieferungen in Nicht-NATO-Länder vergeben. Eine Elektronenstrahlperforierungsmaschine für Spezialarbeiten in der Urananreicherungsanlage wurde im Dezember 1977 von Steigerwald/München mit Exporterlaubnis der NATO-Behörde COCOM/Paris ausgeliefert. Als Bezieher wurde für dieses kriminelle Geschäft eine Scheinfirma genannt. Auf parlamentarische und private Anfragen war die Bundesregierung nicht bereit, die Adresse der genannten Scheinfirma mitzuteilen. Diese Lieferungen verstoßen klar ge-



Urananreicherungsanlage Valindaba; KWU-Chef Barthelt



## ANC-Liste von in militärisch-atomare Geschäfte mit Südafrika verwickelten BRD-Konzernen

Diese Liste bundesdeutscher Unternehmen, die in militärisch-atomare Geschäfte mit Südafrika verwickelt sind, legte der Afrikanische Nationalkongress (ANC) jüngst in Lusaka vor. Die benannten BRD-Firmen bzw. -Tochtergesellschaften kollaborieren mit südafrikanischen Privat- und Staatsunternehmen auf dem Gebiet der Nuklearforschung bzw. -produktion, der Entwicklung und Produktion von Waffen, von gegen die nationalen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika gerichteten Überwachungssystemen (Projekt Advokaat). Die Liste überführt die Bundesregierung, welche nach wie vor jede militärisch-atomare Zusammenarbeit BRD-Südafrika hartnäckig bestreitet, einmal mehr der Lüge.

IWKA, Karlsruhe = S. A. Compensators Ltd., Johannesburg (Waffen)  
 Rohde und Schwarz Vertriebs GmbH, München/Felten & Guilleaume, Köln/Netheler-Hinz, Hamburg/Impulstechnik, Hamburg = S. A. Electro Medical Ltd., Pretoria (Militärelektronik)  
 Linde AG, Wiesbaden = S. A., Linde Ltd., Johannesburg (Kühlanlagen für militärische Elektronik)  
 Linde AG, Wiesbaden = S. A. Linde Chem., Vanderbilpark (Uranium-Anreicherung)  
 Salzgitter Maschinen AG = Salzgitter S. A. Ltd., Johannesburg (Projekt Advokaat)  
 STEAG Aktiengesellschaft, Essen = Sambast Ltd., Johannesburg (Uranium-Anreicherung)  
 Thyssen AG, Düsseldorf = Sandock Austral Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge, Raketenboote)  
 Karl Schmidt GmbH, Neckarsulm = Karl Schmidt S. A. Ltd. Alrode/Alberton (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Werner & Pfleiderer, Stuttgart = Werner & Pfleiderer S. A. Ltd., Johannesburg (Produktion von Sprengstoff)  
 Gebr. Eberhard, Ulm = Wild Boar S. A. Ltd., Pretoria (Panzerketten)  
 Gustav Winkler GmbH, Aalen = Winklers Handkerchief Ltd., Farrow (Projekt Advokaat)  
 Pohl-Heckel-Bleichert Vereinigte Maschinenfabrik AG, Köln = P. H. B. Mechanical Handling Ltd., Johannesburg (Projekt Advokaat)  
 Kloeckner-Humboldt-Deutz AG, Köln = Plant & Equipment Projects Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 KWU, Frankfurt = Nuclear Power Consortium (Urananreicherung)  
 Hoesch Werke AG, Dortmund = Orenstein & Koppel (SA Ltd., Johannesburg (Munitionstransport)  
 Otto Duerr Anlagen für die Oberflächentechnik, Stuttgart = Otto Duerr (SA) Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Brüggemann & Brand KG, Wetter = Parachute Industries of S. A. Ltd., Johannesburg (Fallschirme)  
 Drägerwerk, Lübeck = Premier Medical and Industrial Equipment Co., Pretoria (Projekt Advokaat, Korvetten)  
 Plastik GmbH, Göttingen = Rentron Ltd., Johannesburg (Projekt Advokaat)  
 Ringsdorf-Werke GmbH, Bonn Bad Godesberg = Ringsdorf Carbon Corporation Ltd., Johannesburg (Nukleartechnologie, gepanzerter Fahrzeuge)  
 Varta AG, Bad Homburg = International Battery Corp., Rosslyn, Transval (Artillerie-Ausrüstungen)  
 Klöckner-Möller Elektrizitäts GmbH Bonn = Klöckner-Möller S. A. Ltd., Johannesburg (Militärelektronik)  
 Knorr-Bremse GmbH, München = Knorr-Bremse (SA) Ltd., Johannesburg (Projekt Advokaat)  
 Friedrich Krupp, Essen = Krupp South Africa Ltd., Johannesburg (Nukleartechnologie, Uranianreicherung, Militärelektronik, Na-

vigation, Militärflugzeuge)  
 Hans Liebherr Maschinenfabrik, Biberach = Liebherr-Africa Ltd., Springs, Transval (Raketen-Programm)  
 Lurgi-Gesellschaft für Wärmetechnik, Frankfurt = Lurgi S. A. Ltd., Johannesburg (Uranianreicherung)  
 Thyssen, Düsseldorf = Marathon Steel Ltd., Johannesburg (Gepanzerter Fahrzeuge)  
 Metallgesellschaft AG, Frankfurt = Metallgesellschaft (S. A.), Johannesburg (Uranianreicherung, Nukleartechnologie)  
 MAN, Augsburg = Meyer & Hiller Ltd., Johannesburg (Uranianreicherung, Projekt Advokaat, Militärfahrzeuge)  
 Karl Schmidt GmbH, Neckarsulm = N. F. Die Casting (Pty) Ltd., Alrode (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Siemens, München = Siemens Ltd., Pretoria (Urananreicherung, Militärelektronik, Projekt Advokaat, Raketenboote, Raketen)  
 Siemens, München = Siemens Cables Ltd., Rosslyn (Urananreicherung)  
 Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg = Silhouette Cosmetics Ltd., Pretoria (Nukleartechnologie)  
 Siemens, München = South Africa Technical Industries Ltd., Silverton (Militärelektronik)  
 Siemens, München = South Africa Technical Industries Ltd., Silverton (Militärelektronik)  
 Alfred Teves GmbH, Frankfurt = Alfred Teves Eng. S. A. Ltd., Boksburg (gepanzerter Fahrzeuge, Projekt Advokaat)  
 Otavi Minen AG, Frankfurt = Transvaal Alloys, Johannesburg (strategische Metalle)  
 Daimler-Benz AG, Stuttgart = United Car. & Diesel Distributors Ltd., Pretoria (Militärfahrzeuge)  
 VDO Luftfahrgerätekwerk, Adolf Schindling GmbH, Frankfurt = VDO South Africa Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Stolberger Zink AG, Stolberg = Vernoog Mining O. Ltd., Isando (Nukleartechnologie)  
 Vereinigte Seidenwebereien, Krefeld = Verseidag (Fallschirmseide)  
 Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg = Visiona Laboratories, Pretoria (Nukleartechnologie)  
 Volkswagen-Werk AG, Wolfsburg = Volkswagen of South Africa Ltd., Uitenhage (Militärfahrzeuge)  
 Apparate Rothenmühle Dr. Brandt & Co., Olpe/Westf. = Brandt Engineering Ltd., Johannesburg (Nukleartechnologie)  
 C. H. Boehringer Sohn Ingelheim-Celachem Ltd., Pretoria (chemische Kampfmittel)  
 E. Merck, Darmstadt = Celamerck Ltd., Pretoria (chemische Kriegsführung)  
 Kienzle Apparate Vertriebsgesellschaft bmH., Stuttgart = Central Data Systems Ltd., Johannesburg (Militärelektronik)  
 Triumph International Holding GmbH, München = Charmfit Holding, Kapstadt (Fallschirmverspannung)  
 Ferd. Mühlens, Köln = Cologne Manufacturing, Kapstadt (Marinausrüstung)  
 Varta AG, Bad Homburg = Consolidated Power Ltd., Rosslyn (Batterien für Militärfahrzeuge)  
 Kienzle, Stuttgart = Control Instruments (EDMS), Johannesburg (Militärelektronik)  
 Deutsche Babcock AG, Oberhausen = DB Thermal Ltd., Johannesburg (Uran-Anreicherungs-Anlage)  
 Degussa AG, Frankfurt/Main = Degussa, Johannesburg (Nukleartechnologie)  
 Germanischer Lloyd GmbH, Hamburg = Germanischer Lloyd Südafrika, Durban (Raketenboote)  
 Hebel-Gasbeton GmbH, Emmering = Hebel-Gasbeton Südafrika,

Roodeport (militärische Geheimprojekte)  
 Hella, Westfälische Metall-Industrie KG, Paderborn = Hella Südafrika, Uitenhage (Lampen für militärische Fahrzeuge)  
 Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf = Henkel South Africa, Durban (Raketenboote)  
 Thyssen-Henschel, Kassel = Henschel Südafrika Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Richard Hirschmann Radiotechnik, Esslingen = Richard Hirschmann Südafrika, Krugersdorp (militärische Flugtechnik)  
 Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt Höchst Südafrika Ltd., Johannesburg (Nuklear-Technologie und chemische Waffen)  
 Thyssen, Düsseldorf = Hume Ltd., Germiston (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Rosenthal Porzellan AG, Marktdreitz = Huguenot Porcelain Ltd., Pretoria (Widerstände und militärische Elektronik)  
 Farbwerke Höchst AG, Frankfurt = Hymat Heavy Media Materials Ltd., Johannesburg (Nuklear-Technologie)  
 AEG-Telefunken AG Frankfurt = AEG Power Toole, Pretoria (militärische Elektronik, Projekt Advokaat, Raketen, Schiffe)  
 Thyssen-Henschel Kassel = Austral Engineering Boksburg Transvaal (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Escher-Wyss GmbH, Ravensburg = Austral Iron Works Ltd., Boksburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Robert Bosch GmbH, Stuttgart = Auto-Electrical, Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Peter Bauer, Köln = Peter Bauer S. A. Ltd., Edenvale (Militärfahrzeuge Marke „Daimler-Benz“)  
 Baumann & Co. = Combat Gunshop Ltd., Johannesburg (chemisches Kriegsmaterial)  
 Bayer AG, Leverkusen = Bayer S. A. Ltd., Johannesburg (chemisches Kriegsmaterial)  
 Blohm & Voss AG, Hamburg = Blohm & Voss Ltd., Johannesburg (Korvetten)  
 MBW AG, München = BMW (S. A.), Pretoria (Raketen, gepanzerter Fahrzeuge)  
 Bomag, Bopparder Maschinenbaugesellschaft mbH = Bomag (South Africa) Ltd., Johannesburg (Militärflugzeuge)  
 Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln = Deutz Magirus S. S. Pietermaritzburg, (Motoren für gepanzerter Fahrzeuge)  
 Didier Werke AG, Wiesbaden = Didier Corrosion Engineering S. A. = Johannesburg (Projekt Advokaat)  
 DSD Dillinger Stahlbau GmbH, Saarouis = Dillinger Engineering and Contracting Co. S. A., Johannesburg (Urananreicherung und Raketen)  
 Robert Bosch GmbH, Stuttgart = Diesel Elektrik, Pretoria (Raketen)  
 VDO Adolf Schindling AG, Frankfurt = DRD Montagebau S. A., Yeviv (Projekt Advokaat)  
 Sigi Elektrographit GmbH, Meitingen = Elektrode Maatskappy van S. S., Koosfontein (Projekt Advokaat und Nukleartechnologie)  
 Munk und Schmidt KG, Köln = Emailit Works Ltd., Kapstadt (Projekt Advokaat)  
 Bergische Achsenfabrik Friedrich Kotz und Söhne, Wiehl = E. R. N. Quality Products Ltd., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Kugelfischer Georg Schäfer und Co., Schweinfurt = F. A. A. Bearing and Co., Johannesburg (gepanzerter Fahrzeuge)  
 Oskar Feustel, Hamburg = Oskar Feustel S. A., Durban (Raketenboote)  
 GEA-Luftkühleregesellschaft Happel GmbH und Co. KG, Bochum = GEA-Aircooled Systems, Johannesburg (Urananreicherung)

gen den Atomwaffenperrvertrag. Dabei fällt auf, daß die Bundesregierung ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag erst am 2. Mai 1975 in Kraft setzte. Knapp 4 Wochen vorher, am 6. April, hatten STEAG und UCOR die Arbeitsfähigkeit der Pilotanlage in Südafrika bekannt gegeben. Und bei Vertragsunterzeichnung 1969 (nicht Vertragshinterlegung) hatte die Bundesregierung gleichzeitig eine Zusatzklärung hinterlegt, in der sie alle Beschränkungen bezüglich des Exports von ihrer Entscheidung abhängig macht. In dieser Erklärung der Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages am 28. 11. 1969 steht: „... (15) (Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland) geht davon aus, daß jede Vertragspartei bestimmt, welche ‚Ausrüstungen und Materialien‘ für sie unter die Exportauflage des Artikels III Absatz 2 fallen. Die Bundesrepublik Deutschland wird daher lediglich solche Auslegungen und Definitionen der Begriffe ‚Ausrüstungen und Materialien‘ akzeptieren, denen sie ausdrücklich zugestimmt hat. Aber diese Erklärung ändert nicht die Verbindlichkeit des Vertrags, sie sagt nur etwas über die Wünsche der Bundesregierung aus. Die Lieferungen verstoßen ebenso gegen das UN-Sicherheitsrats-Waffenembargo vom November 1977. Denn sie sind eindeutig staatliche Hilfeleistungen beim Atombombenbau Südafrikas. Die Lieferung der Maschine von Steigerwald im Dezember 1977 z. B. — einen Monat nach Inkrafttreten des Waffenembargos — ist ein Bruch des Embargos. Das Grundgesetz läßt ebenfalls eine Beteiligung an diesem Projekt nicht zu.

Wir können in diesem Referat nicht die Unmenge der bekannten Einzelheiten aufzählen, die das militärische Engagement der

Bundesrepublik in Südafrika zeigen. Sie veranlassen zu den Fragen:

Warum arbeitete sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Hypothek von Rassismus und 2. Weltkrieg zu einem Hauptgesellschaftlicher der Rassisten vor?

Warum kommt ein deutsches Urananreicherungsverfahren zur Anwendung? Warum liefern deutsche Firmen den größten Teil der Maschinen und Materialien im Wert von 2,5 Mrd DM? Warum wurden seit 1957 geheime atomare Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Südafrika geknüpft?

Warum wurden die Urangewinnung in Palabora und Rössing, die Elektrizitätsgewinnung in Cabora Bassa, die die Voraussetzungen für die unkontrollierten Urananreicherungen in Südafrika schufen, mit Bundesgeldern finanziert? Warum finanzierte die Bundesregierung die Entwicklung des absehbar unwirtschaftlichen Trenndüsenverfahrens neben der Ultrazentrifugierung? Warum besuchte der ehemalige Atom- und Verteidigungsminister Strauß 1966, 1971, 1972, 1973, 1975, 1976, 1977 und 1978 die Rassistenregierung in Pretoria? Warum besichtigte der ehemalige Inspekteur der Bundesluftwaffe, General Rall, heimlich und unter falschem Namen die top secret-Anreicherungsanlage Valindaba?

Wofür ließ die Bundesregierung Anfang der 60er Jahre in Portugal die praktisch ungenutzte strategische Basis Beja für mehrere hundert Millionen Mark bauen?

Besteht ein Zusammenhang mit den Bestimmungen des Brüsseler Vertrages von 1954, in dem die Bundesrepublik darauf verzichtet, „auf eigenem Territorium“ Atombomben und Trägerwaffen bestimmten Ausmaßes zu produzieren und zu lagern?



Warum fertigt die Firma OTRAG in Zaire Trägerraketen aus vielen einzelnen Raketen an, deren Ausmaße die Produktion in der Bundesrepublik gerade erlauben? Warum finanzierte die Bundesregierung seit 1961 die Entwicklung dieser Triebwerke? Warum werden die Triebwerke auf einer staatlichen Anlage erprobt? Warum finanziert die Bundesregierung die Firma OTRAG über eine schwindelerregende Abschreibungskonstruktion, warum gestattet die Bundesregierung die Produktion und den Export zur Montage in Zaire?

Bis 1969 dürfte die Bundesrepublik als einziger Staat an dem Atombombenprojekt in Südafrika gearbeitet haben. Jetzt sind die USA, Frankreich, Japan und die Schweiz ebenfalls maßgeblich daran beteiligt.

### Alles „böswillige Verleumdungen“?

Die Bundesregierung hat jetzt erneut das Darstellen dieser Aktivitäten als „böswillige Verleumdungen“ bezeichnet. Sie behauptet, schon früher die „Behauptungen klar widerlegt“ zu haben. Demzufolge müssen die Regierungen in der OAU und 90 Staaten der UNO verstockt, böswillig oder zu dumm sein, diese Darstellungen zu verstehen, denn sie wiederholen ihre Verurteilungen. Und auch wir, Verantwortliche und Unterstützer dieses Kongresses, sind demnach böswillig, verstockt oder dumm.

Wir wären froh, wenn uns unsere Sinne trügen würden, wenn die Schreiben gefälscht, die Aussagen erdichtet und wir einer üblen Verleumdung aufgefressen wären. Aber nochmals: Wir

dürfen die Augen vor der Wirklichkeit nicht feige verschließen! Wir müssen aufrütteln, daß sich die Kirchen, Gewerkschaften, die Bundestagsparteien (mit Ausnahme von 11 Abgeordneten), Fernsehen und der größte Teil von Presse und Rundfunk nicht mehr schweigend verhalten können und aus falsch verstandenem Eigeninteresse, Angst und Trägheit mitschuldig werden. Es gibt keine, keine, keine Entschuldigung für dieses Projekt! Wenn wir Arbeitsplätze mit diesen Lieferungen erhalten müßten, trennte uns nichts vom Zyklon B-Fabrikanten, vom Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm Adolf Hitlers. Lassen Sie uns alle Kräfte zusammenfassen, diesen Wahnsinn beenden!

Wir fordern:

- den unverzüglichen Stopp aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage;
- die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime und die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens, das Grundlage für die wissenschaftliche Kooperation ist;
- die strikte Einhaltung des vom Weltsicherheitsrat verhängten Waffenembargos, sowie die Beendigung jeglicher sonstiger Form der militärischen Zusammenarbeit;
- die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen;
- die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die von den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannt werden.

(Quelle: Materialien des Kongresses gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika, Bonn, 11./12. 11. 1978)

## Abschlußerklärung

Die Teilnehmer des Kongresses gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika, veranstaltet von der Anti-Apartheid-Bewegung und unterstützt von Aktion Selbstbestimmung, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschul- und Studentengemeinden, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Deutsche Jungdemokraten, Gruppe Rheinische Zeitung, Kommunistischer Bund, Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, Sozialistisches Büro, Vereinigte Deutsche Studentenschaften, erklären ihre Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker Südafrikas, Namibias und Zimbabwes und mit den nationalen Befreiungsbewegungen dieser Völker.

Sie treten ein für das uneingeschränkte Recht der Völker Afrikas über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft selbst zu bestimmen.

Sie erklären ihre Solidarität mit den Opfern des unmenschlichen Apartheidsystems mit den Verfolgten, den politischen Gefangenen.

Nach Anhörung

- von Beiträgen führender Vertreter der nationalen Befreiungsbewegung Südafrikas, Namibias und Zimbabwes,
- von Vertretern der Frontstaaten,
- des Generalsekretärs des Befreiungsausschusses der OAU und des Vertreters des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid,
- von international anerkannten Experten,
- nach Analyse aller vorliegenden Dokumente,
- nach Prüfung der Einwände der Bundesregierung

stellen die Teilnehmer des Kongresses gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik — Südafrika fest:

1. Es ist erwiesen, daß die Bundesregierung, insbesondere die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Wirtschaft, Forschung und Technologie, sowie Wirtschaftsunternehmen — darunter STEAG, Ruhrkohle AG, Siemens, KWU, Linde, Degussa, Großbanken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und Forschungseinrichtungen wie die Gesellschaft für Kernforschung, Südafrika durch das Überlassen von atomarer Spitzentechnologie und die Lieferung von Ausrüstungen zu einer Urananreicherungsanlage verhelfen. Diese An-



lage entsteht derzeit in Pelindaba/Südafrika. Sie wird von Südafrika mit der Absicht erbaut, Uran für die Produktion von Atombomben anzureichern.

2. Es ist erwiesen, daß Südafrika mit Billigung der Bundesregierung auch konventionelle Waffen und militärische Ausrüstungsgüter aus der BRD erhalten hat bzw. noch erhält; darunter das Luft-See-Überwachungssystem „Advocaat“, Handgranaten und Munition, Militärfahrzeuge, sowie aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion Militärflugzeuge der Typen „Transall“ und „Airbus“ und die Panzerabwehrrakete „Milan“. Die Unterstützung manifestiert sich



auch in der Integration Südafrikas in das NATO-Kodifizierungssystem und dem Anschluß des südafrikanischen Luftüberwachungssystems an das der NATO.

Die Bundeswehr arbeitet mit den Streitkräften Südafrikas zusammen. 3. Die außerordentlich enge und infolge aktiver Förderung durch die Bundesregierung ständig expandierende wirtschaftliche Verflechtung der BRD mit Südafrika trägt zum Ausbau des aggressiven Potentials des Apartheidstaates bei.

Heute liegen die Investitionen von BRD-Unternehmen in Südafrika an dritter Stelle und die BRD hat sich in den letzten Jahren zu wichtigstem Kapitalquelle Südafrikas entwickelt. Sie ist im ersten Halbjahr 1978 wieder zum größten Handelspartner Südafrikas geworden.

Im Gegensatz zur offiziell proklamierten Trennung von Wirtschaft und Politik hat die Bundesregierung die westdeutschen Unternehmen beim Ausbau Südafrikas zum imperialistischen Subzentrum unterstützt. Das deutsch-südafrikanische Doppelbesteuerungsabkommen bringt diese Unternehmen in den Genuß der niedrigen südafrikanischen Steuern und erhöht damit noch die Extraprofite ihrer südafrikanischen Filialen. Die staatlichen Hermes-Garantien erhöhen das „Vertrauen“ der westdeutschen Unternehmen in die „Stabilität“ des repressiven Apartheid-systems.

Erst durch diese intensive Unterstützung der südafrikanischen Wirtschaft wird die logistische Grundlage für die Hochrüstung und den Bau von Atomwaffen geschaffen. Wenn durch die Tätigkeit von über 400 deutschen Unternehmen in Südafrika Pretoria einen ständig wachsenden Teil seines Rüstungsbedarfs selbst produzieren kann, dann bekommt die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem rassistischen System eine unmittelbare militärische Bedeutung.

4. Auch auf politisch-diplomatischem und kulturellem Gebiet erhält das südafrikanische Regime moralischen und psychologischen Rückhalt für seine aggressive Politik nach innen und nach außen.

Durch die feindselige Haltung Bonns gegenüber den Befreiungsbewegungen, durch seine Unterstützung einer neokolonialen Lösung in Zimbabwe und seine weitreichenden Zugeständnisse an die Rassisten in den Namibia-Verhandlungen fühlt sich Südafrika bestärkt, seine harte Linie fortzusetzen.

Mit dem Empfang des ehemaligen Ministerpräsidenten Vorster durch den Bundeskanzler Helmut Schmidt im Juni 1976 trug die Bundesregierung nur wenige Tage nach dem Massaker von Soweto dazu bei, die außenpolitisch-diplomatische Isolierung des Apartheidsystems zu durchbrechen und half damit der Vorster-Regierung, in einer ersten innenpolitischen Krise sich zu stabilisieren.

Mit dem Kulturabkommen BRD—Südafrika, das u. a. wissenschaftlichen und technischen Austausch vorsieht, wurde die vertragliche Grundlage für den Transfer von nuklearer Technologie und den Austausch von Atomspezialisten geschaffen. Das Kulturabkommen ist damit ein wichtiges Instrument Südafrikas für seine atomare Aufrüstung geworden.

Darüber hinaus ist das Abkommen eine zynische Verhöhnung des unterdrückten Volkes Südafrikas: Es verleiht der Barbarei der Apartheid vertraglich die Aura von Kultur und Zivilisiertheit und stärkt das Prestige der Rassisten.

Diese umfangreiche Zusammenarbeit unterläuft nicht nur den Kampf der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, sie behindert auch die Arbeit der progressiven Organisationen für Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Versorgung bundesdeutscher Atomkraftwerke mit südafrikanischem Uran sowie der Export nuklearer Technologien und Anlagen nach Südafrika stärkt die Atomindustrie in diesem Land und richtet sich gegen den Kampf der AKW-Bewegung. Der Kampf gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen und ihren Exporten ist damit auch ein Beitrag für den Kampf der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika gegen Apartheid und Kolonialismus.

Die Anstrengungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung in den industrialisierten Ländern Europas werden durch die militärisch-atomare Aufrüstung einer industriellen Schwellenmacht wie Südafrika untergraben.

Die Unterstützung des diktatorischen Apartheidregimes durch bundesdeutsche Unternehmen und Stellen verschärft nicht nur die Kriegsgefahr in Südafrika. Sie bedeutet aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten auch eine potentielle Bedrohung des Friedens in Europa. Die Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung mit den Gesetzen der Apartheid durch Billigtlöhne und Verweigerung gewerkschaftlicher Rechte veranlaßt immer mehr bundesdeutsche Unternehmen, Produktionsanlagen und Investitionen nach Südafrika auszulagern. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika trägt auch so zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und zur Erschwerung der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland bei. Der Kampf der Gewerkschaften in der

BRD muß daher mit dem Kampf der Befreiungsbewegungen abgestimmt werden.

Die Diskriminierung der Befreiungsbewegungen als Terroristen geht einher mit der Kriminalisierung von Dritte-Welt-, Friedens- und Anti-Atombewegungen in der BRD. Es ist kein Zufall, daß diejenigen, die Befreiungsbewegungen diskriminieren, auch für die Einschränkungen politischer Freiheiten in der BRD verantwortlich sind.

Die Teilnehmer des Kongresses gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika stellen daher fest:

● Die Bundesregierung, die genannten Unternehmen und Einrichtungen tragen eine Mitverantwortung, wenn die weiße Minderheit Südafrikas in die Lage versetzt wird, das menschenrechts- und völkerrechtswidrige System der Apartheid mit militärischer Gewalt und sogar mit Hilfe der atomaren Erpressung aufrechtzuerhalten. Südafrika hat durch seine bisherige Praxis — erinnert sei nur an das Massaker von Soweto und die militärischen Überfälle auf Angola, Botswana, Moçambique und Sambia — aber auch durch zahlreiche Absichtserklärungen unmißverständlich klar gemacht, daß es zur Verteidigung der Apartheid bereit ist, bis zum Äußersten — sogar dem Einsatz der Atombombe — zu gehen. Damit mißachtet Pretoria nicht nur die grundlegenden Menschenrechte von 20 Mio Afrikanern, sondern ist gleichzeitig eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden in Afrika und in der Welt.

● Die Bundesregierung, die genannten Unternehmen und Einrichtungen verstoßen mit ihrer Zusammenarbeit mit Südafrika auf atomarem, konventionell-militärischem, wirtschaftlichem und politisch-kulturellem Gebiet u. a. gegen:

- die UN-Charta
- die internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und des Rassismus
- den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen
- die UN-Prinzipienerklärung zur Verwirklichung des Völkerrechts
- das UN-Waffenembargo gegen Südafrika.

Die Zusammenarbeit der BRD und Südafrikas verstößt gegen die Prinzipien einer demokratischen und dem Respekt von Völker- und Menschenrecht verpflichteten Außenpolitik.

Die Teilnehmer dieses Kongresses fordern alle Demokraten unseres Landes auf, die Öffentlichkeit umfassend über die vielfältigen Verflechtungen zwischen der Bundesrepublik und dem rassistischen Minderheitsregime zu informieren und Aktionen zur Beendigung der Zusammenarbeit durchzuführen. Sie fordern dazu auf, dem Befreiungskampf im südlichen Afrika umfassende humanitäre, politische und materielle Hilfe zukommen zu lassen.

Sie fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Tatsachen, die auf diesem Kongreß dargestellt worden sind, in die parlamentarische Debatte einführt.

Sie appellieren an die Massenmedien der BRD, die öffentliche Darlegung dieser Tatsachen zu ermöglichen.

Die Teilnehmer appellieren an die Bevölkerung der Bundesrepublik, die ihr angebotenen Waren aus Südafrika zu boykottieren.

Die Teilnehmer des Kongresses fordern von der Bundesregierung:

- den unverzüglichen Stop aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage,
- die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime,
- die strikte Einhaltung des UN-Waffenembargos gegen Südafrika und die Unterstützung von Vorschlägen der UNO bei der Stärkung des Embargos,
- die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen und die Unterstützung von Vorschlägen der UNO, die auf bindende Wirtschaftssanktionen abzielen,
- die Beendigung aller Formen der politisch-diplomatischen und kulturellen Unterstützung Südafrikas und die sofortige Kündigung des Kulturabkommens,
- die Unterzeichnung der UN-Konventionen gegen die Verbrechen der Apartheid,
- die Anerkennung der Befreiungsbewegungen Südafrikas, Namibias und Zimbabwes als der jeweils legitimen Vertretung ihrer Völker.

Die Teilnehmer des Kongresses verpflichten sich, in ihren Organisationen, in Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, in Dritte-Welt- und Anti-Atomgruppen für die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen einzutreten.

**SCHLUSS MIT DER ZUSAMMENARBEIT BUNDESREPUBLIK—SÜDAFRIKA  
SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF IM  
SÜDLICHEN AFRIKA**

(Quelle: Materialien des Kongresses gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika, Bonn, 11./12. 11. 1978)



## Gespräch mit Neo Mnumzana

# Ablenkungsmanöver der Bundesregierung



Neo Mnumzana, ANC-Delegationsleiter in Bonn

AIB: Die Bundesregierung hat soeben eine Dokumentation veröffentlicht, in welcher sie versucht, die Vorwürfe zu widerlegen, die vom ANC und den Antipartheidkräften wegen ihrer militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika erhoben werden. Wie beurteilt der ANC dieses Dokument, verglichen mit dem im Januar 1977 veröffentlichten?

N. MNUMZANA: Das im letzten Jahr veröffentlichte Memorandum unterschied sich von dem jetzigen dadurch, daß es im wesentlichen aus einer strikten Zurückweisung jeglicher Kollaboration zwischen der BRD und dem Apartheidregime bestand. In diesem jüngsten Memorandum wurde der Versuch unternommen, Argumente zu finden, um unsere Anklagen zurückzuweisen.

### Fälle STEAG und Advokaat

AIB: Kann man an einem einzelnen Beispiel aus dem Bereich der nuklearen Zusammenarbeit verdeutlichen, daß die Anschuldigungen des ANC zutreffend sind und die Position der Bundesrepublik falsch?

N. MNUMZANA: Nehmen wir als Beispiel den Fall der Firma STEAG. Die Position der Bundesregierung ist es, jede Verantwortlichkeit für das abzustreiten, was westdeutsche Firmen in Südafrika tun. Sie führt an, sie habe keinerlei Kontrolle über diese Firmen. Im Falle STEAG jedoch wissen wir, daß die Bundesrepublik mittelbar einen großen Anteil ihrer Aktien besitzt, und wenn das nicht ein kontrollierender Einfluß ist, dann wissen wir nicht, was einer ist.

Von unserem Standpunkt aus ist der Aktienanteil hinreichend

groß, um STEAG zu einer staatlich kontrollierten Gesellschaft zu machen. Unsere Auffassung ist, daß die Bundesregierung einen großen Einfluß auf STEAG ausübt, eine Gesellschaft, die in Südafrika sehr aktiv ist.

AIB: Nun bestreitet die Bundesregierung aber, daß überhaupt eine Firma, auch STEAG, an der nuklearen Aufrüstung Südafrikas beteiligt ist.

N. MNUMZANA: Wir sind im Besitz eines Briefes der STEAG, nach welchem die Firma in offiziellem Kontakt zur Bundesregierung die Überlassung des Urananreicherungsverfahrens erörterte. Dieser Brief erschien bereits in unserer allerersten Publikation, die den Titel trug „Die nukleare Verschwörung“.

AIB: Ein anderer Punkt des Memorandums ist die Behauptung, daß die Lieferungen von AEG-Telefunken für das Advokaat-Überwachungssystem im südafrikanischen Marinehauptquartier Silvermine rein ziviler Natur seien. Was ist dazu zu sagen?

N. MNUMZANA: Wir sind der Ansicht, daß diese Antwort der Bundesregierung nicht ernst genommen werden kann. Denn es ist nun einmal Tatsache, daß dieses Advokaat-Überwachungssystem sich in den Händen der südafrikanischen Streitkräfte, vor allem der Marine befindet und in Silvermine installiert wurde, dem Hauptquartier der südafrikanischen Seestreitkräfte.

## Zur Sache

Widerlegung der Vorwürfe einer angeblichen nuklearen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika



Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



Behauptungen, daß die Anlage im Grunde für zivilen Gebrauch sei, werden dadurch entwertet, daß sie sich in den Händen der südafrikanischen Streitkräfte befindet. Es ist überhaupt keine Frage, daß die Anlage für militärische Zwecke verwandt wird.

AIB: Die Bundesregierung leitet ihre Dokumentation ein mit den Worten: „Den Urhebern der Kampagne kommt es nicht in erster Linie auf den Kampf gegen die Apartheid-Politik an . . . Vielmehr ist es ihr eigentliches Ziel, die Bundesregierung international unglaubwürdig zu machen, . . . in der Absicht, einen Keil zwischen die Bundesrepublik Deutschland und die Staaten Afrikas zu treiben; das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland vor allem in der Dritten Welt zu schädigen . . ., den Westen damit in seiner Gesamtheit zu treffen und gleichzeitig die ideologische und politische Position der Sowjetunion in Afrika zu stärken“.

N. MNUMZANA: Die gerade verlesene Passage könnte den Eindruck vermitteln, der Afrikanische Nationalkongreß sei besonders darauf aus, die Regierung der Bundesrepublik zu attackieren. Wir möchten die Aufmerksamkeit jedoch auf die Tatsache lenken, daß die BRD nicht das einzige Land in Europa ist, das freundschaftliche Beziehungen zu Südafrika unterhält.

### Wer bekämpft die Apartheid?

Unsere erste Gegenfrage lautet daher: Warum sollen wir besonders die BRD davon aussparen, und sie wie andere Länder wie Norwegen, Schweden, Dänemark nicht erwähnen? Es ergibt keinen Sinn, wenn die Bundesregierung uns nicht zu sagen vermag, warum wir ihr gegenüber so verfahren.

Die Bundesregierung muß einsehen, daß wir in unserer Entschlossenheit die Apartheid bekämpfen, jedem Widerstand entgegensetzen werden, der die Apartheid unterstützt. Das ist eine Sache des einfachen Menschenverstandes. Wenn man einen Feind hat, den man bekämpft, muß man natürlich jeden bekämpfen, der diesem Feind Hilfe leistet, und hierum geht es

auch in diesem Falle.

Und wenn die Bundesregierung erklärt, daß, was wir tun, nicht im Interesse des Kampfes gegen Apartheid sei, so glaube ich, daß sie einfach ein Ablenkungsmanöver unternimmt, daß sie vom Kern der Sache abzulenken versucht. In ihrer Stellungnahme gibt sie keinen Beleg dafür, daß wir nicht gegen die Apartheid kämpfen.

AIB: Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Position von Staatsminister Wischniewski, der auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Vancouver in seiner Rede materielle und humanitäre Hilfe für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, den ANC eingeschlossen, forderte? Welche Strategie wird damit verfolgt?

N. MNUMZANA: Wir haben an der Tagung der Sozialistischen Internationale teilgenommen und wir waren freudig überrascht über den Inhalt der Rede von Herrn Wischniewski, besonders über das Angebot materielle und humanitäre Unterstützung für den Befreiungskampf im südlichen Afrika zu leisten. Wir waren der Ansicht, daß dies möglicherweise der Beginn einer freundschaftlichen Beziehung zwischen der Regierung der BRD und dem Afrikanischen Nationalkongreß sein könnte.

Und dann bekamen wir einen Schock, als wir in der Bundesrepublik Deutschland ankamen und dieses Dokument sahen, das vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben wurde. Natürlich waren wir immer bemüht, vorsichtig auf Angebote der Freundschaft zu reagieren. Aufgrund der widersprüchlichen Position der Bundesregierung, wie sie sich niederschlägt in ihrer positiven Stellungnahme während jenes Kongresses einerseits und diesem äußerst feindseligen Verhalten gegenüber dem ANC andererseits, können wir jedoch nicht umhin, mißtrauisch zu sein gegenüber dem Angebot — sie meinen es wahrscheinlich nicht so. Wir fangen an den Verdacht zu hegen, daß, während viele Menschen in der Welt eingesehen haben, die Welle der Befreiung im südlichen Afrika kann nicht mehr aufgehalten werden, es zahlreiche Kräfte vor allem in Europa gibt, die versuchen, sich uns zuzuwenden. Das tun sie, weil sie nicht auf der Seite der Verlierer stehen möchten. Aber sie versuchen gleichzeitig unsere Revolution zu kontrollieren. Niemand aber, der versucht, unsere Revolution zu kontrollieren, wird dazu die Möglichkeit erhalten. Wir werden unseren Kampf fortsetzen in der Weise, wie wir es für geeignet halten. Wir sind darauf aus, irgendjemandem zu Gefallen zu sein außer dem Volk von Südafrika, indem wir seinem Wunsch gehorchen, der darin besteht, frei sein zu wollen. Und dessen sollten sich die westlichen Regierungen ganz besonders bewußt sein: Wir sind nicht käuflich.

AIB: Es gibt nach wie vor einflußreiche Kräfte in der Bundesregierung oder in der SPD, die zu „friedlichem Wandel“ und zu „friedlichen Mitteln“ raten. Wie beurteilen Sie diese Position?

N. MNUMZANA: Leute, die von friedlichem Wandel in Südafrika sprechen, sind offenkundig Feinde des Volkes von Südafrika.

### Der „friedliche Wandel“ ist passé

Der Afrikanische Nationalkongreß besteht seit 1912. Bis 1961 — eine Periode von nahezu 50 Jahren — vertraute der ANC auf Frieden. Die Erfahrung hat uns die Illusionen genommen. Denn solange wir in unserem Kampf friedlich waren, hat das Apartheidregime immer rigorosere Gesetze erlassen, die es unmöglich machten, die Interessen des Volkes von Südafrika selbst friedlich zu vertreten. Und schließlich wurde die Stimme des Volkes von Südafrika, der ANC, 1960 verboten.

Von friedlichem Wandel zu reden, beinhaltet beispielsweise, Kompromisse einzugehen, aber wir wurden zum Verstummen gebracht, wir wurden unserer Stimme beraubt — ich weiß nicht, wie wir uns verständlich machen können, um einen Kompromiß zu erzielen, der angeblich mit unseren Verhandlungen über ein besseres Südafrika einhergehen müßte.

**Vorwürfe**

Die Bundesrepublik Deutschland wird seit einigen Jahren immer wieder verdächtigt, sie arbeite mit der Republik Südafrika auf militärischem und nuklearem Gebiet zusammen. Alle Vorwürfe gipfeln in den Behauptungen:

- Die Bundesrepublik Deutschland wirke durch direkte oder indirekte Lieferung von Waffen und anderem Kriegsmaterial an der konventionellen Rüstung Südafrikas mit.
- Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika bestünde eine „nukleare Verschwörung“ mit dem Ziel, Südafrika durch deutsche wissenschaftliche und technische Unterstützung den Besitz von Atomwaffen zu verschaffen.

**Stellungnahme der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat schon mehrfach detailliert zu diesen unbegründeten Vorwürfen Stellung genommen und die gegen sie erhobenen Behauptungen klar widerlegt. Aber trotz aller Bemühungen, die Haltlosigkeit dieser Verdächtigungen deutlich zu machen, sind in neuerer Zeit solche Beschuldigungen auch von bedeutenden Organisationen wie der Organisation für Afrikanische Einheit oder den Vereinten Nationen wiederholt worden.

Die Bundesregierung bedauert diese Beschuldigung. Sie stellt demgegenüber noch einmal mit allem Nachdruck fest: Es gibt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika

- keine militärische Zusammenarbeit;
- keine nukleare Zusammenarbeit.

Alle anderslautenden Behauptungen sind böswillige Verleumdungen. Sie sind nachweislich falsch und werden in diesem Papier nochmals im Einzelnen widerlegt werden.



Und natürlich hat die südafrikanische Regierung nie gezögert, staatliche Gewalt gegen unser Volk zu gebrauchen. In Soweto haben sie Kinder umgebracht, die nicht älter waren als acht Jahre, die ältesten etwa 20. Und das einzige, was diese Kinder getan hatten, war, auf die Straße zu gehen und friedlich zu demonstrieren gegen die Apartheid, die sie als eine Sklavenerziehung betrachten. Wenn sie Kindern derartiges antun können, können sie zweifellos noch schlimmere Dinge Menschen antun, die grundlegende Veränderungen anstreben. Sie haben Männer in Haft umgebracht, sie haben auch Steve Biko ermordet oder jüngst Johannes Matsobane auf Robben Island. Und sie halten auf Robben Island Kinder in Haft, die nicht älter als 15 Jahre sind.

Wir sind der Ansicht, daß es sinnlos für uns ist, staatlicher Gewalt mit friedlichen Mitteln zu begegnen und wir haben konkrete Beweise dafür, daß der Weg, den wir mit dem bewaffneten Kampf beschritten haben, einen Unterschied macht: Wir machen endlich Fortschritte. Wenn man den Fortschritt, den wir von 1912 bis 1961 gemacht haben, vergleicht mit dem von 1961 bis 1978 — einem Zeitraum von 17 gegenüber 49 Jahren — dann wird man mir zustimmen müssen, daß wir in diesen letzten 17 Jahren erheblich mehr erreicht haben als in den vorhergehenden 49. Für uns ist dies der Beweis, daß wir den richtigen Weg beschritten haben.

AIB: Welche besondere Rolle kommt den Frontstaaten, darunter Sambia, für Euren Kampf zu? Warum erachtet es der ANC für wichtig, daß die Solidaritätsbewegung auch die Frontstaaten unterstützt?

N. MNUMZANA: Ihr wißt, daß der ANC seit dem Verbot 1961 auf zwei Ebenen operiert. Er hat einen Untergrundapparat im Lande, weil er illegal ist. Er hat auch einen äußeren Flügel zu dem Zweck, Unterstützung für den Kampf im Inneren zu mobilisieren.

Wir haben vor langer Zeit erkannt, daß der Kampf nicht ausschließlich innerhalb Südafrikas und auf sich selbst gestellt geführt werden kann, namentlich nachdem wir den bewaffneten Kampf gewählt haben. Wir benötigen Waffen und es ist leichter sie außerhalb des Landes zu bekommen als innerhalb. Es ist deshalb sehr wichtig für uns, Zugang zur Außenwelt zu haben, und die Frontstaaten gewähren uns diesen Zugang. Zunächst erlauben sie uns, uns durch ihre Länder zu bewegen, wenn wir ins Ausland gehen; einige erlauben uns sogar Siedlungsgebiete, einige gar Basen in ihren Ländern. Und natürlich ist einer der Hauptzwecke dieser Basen, die Versorgung des Kampfes im Inneren aufrecht zu erhalten.

## Die Frontstaaten stärken!

Würde nun ein Frontstaat unter Druck gesetzt, uns seine Unterstützung zu entziehen, so würde dies für uns, die wir bereits im Ausland sind, bedeuten, daß wir keine Möglichkeit mehr hätten, Nachschub für den Kampf ins Land zu bringen. Der Kampf würde wahrscheinlich zu einem Stillstand kommen. Wir würden uns in einer Situation befinden, in der wir die Buren mit ihren FN-Gewehren mit Pfeil und Bogen bekämpfen müßten. Und wir wissen natürlich, daß es ein außerordentliches Opfer ist, daß diese Frontstaaten von Anfang an beschlossen haben, unseren Kampf zu unterstützen, und wir haben sichtbare Beweise dafür, wie sehr sie aufgrund dessen zu leiden haben. Die Volksrepublik Moçambique wurde zweimal angegriffen; die Volksrepublik Angola wurde zweimal angegriffen und es gibt Nachrichten, daß sie ein drittes Mal angegriffen wird; die Republik Sambia wurde allein im letzten Monat dreimal angegriffen. Die Wirkung dieser militärischen Angriffe ist, die Regierungen zu destabilisieren, Probleme für die Regierungen dieser Länder zu schaffen, und wir wissen, daß wenn es zu viele interne Probleme gibt, sie nicht in der Lage sein werden, uns weiterhin Hilfe anzubieten. Es ist wichtig für sie, unterstützt zu werden, indem sie militärisch ausgerüstet werden, so daß sie Angriffe des faschistischen Südafrika und aus Zimbabwe zurückschlagen

können. Wir sind außerdem der Ansicht, daß ihnen alle Hilfe gegeben werden sollte, um ihre Wirtschaft zu stärken. Sie werden dann in der Lage sein, der Gefahr der Destabilisierung zu begegnen und sie werden in einer stärkeren Position sein, uns zu helfen. Es ist in unserem Interesse, daß unsere Freunde so stark sind wie möglich.

AIB: Die internationale Öffentlichkeit, die Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen und die Befreiungsbewegung Südafrikas verlangen bindende wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika. Wie schätzen Sie die Effektivität eines Embargos ein? Es gibt Kritiker, die sagen, ein Embargo werde nicht wirksam sein, das Apartheidregime niederzuzwingen.

N. MNUMZANA: Die Skeptiker der Effektivität eines Embargos müssen erkennen, daß Südafrika entscheidend von ausländischer Technologie und von ausländischem Kapital abhängig ist. Obgleich Südafrika in den letzten 20 Jahren ein Zahlungsbilanzdefizit gehabt hat, war es in der Lage eine Menge Geld in die Entwicklung einer Rüstungsindustrie zu investieren. Einer der Effekte eines Embargos wäre, den Zustrom von Kapital nach Südafrika zu stoppen, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, Technologien zu importieren, die es nicht besitzt.

Dies würde zu einer Stagnation der Wirtschaft führen, es würde große Instabilität in der Wirtschaft verursachen. Diejenigen, die von der Ökonomie der Apartheid profitieren, würden nicht mehr profitieren, und ohne das einzige, was sie von der Apartheid zu gewinnen haben, wären sie nicht derart bereitwillig zur Verteidigung der Apartheid wie dies jetzt der Fall ist. Und je weniger Menschen die Apartheid unterstützen, desto besser für uns, die sie vernichten wollen. Wir glauben daher, daß allein unter diesem Gesichtspunkt die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika eine Hilfe in unserem Kampf wäre.

AIB: Welches Verhältnis besteht zwischen der Verhängung eines solchen Boykotts und dem bewaffneten Kampf? Ist sie eine Alternative?

N. MNUMZANA: Wir betrachten die Verhängung bindender wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika nicht als eine Alternative zum bewaffneten Kampf. Der Kampf entwickelt sich im wesentlichen auf zwei Ebenen: intern und extern. Intern im Sinne, daß es das Volk von Südafrika selber ist, das die Apartheid zu bekämpfen hat. Und extern im Sinne, daß es diejenigen sind, die Handel und Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika haben, die die Apartheid stärken, unseren Feind stärken. Wenn sie also ihre Unterstützung für die Apartheid beenden, machen sie es leichter für uns, die wie im Lande den bewaffneten Kampf vorantreiben. Sie ergänzen einander also.

Andererseits kann man argumentieren, daß wenn der bewaffnete Kampf im Lande genügend Instabilität schafft, diejenigen, die Interessen im Lande haben, diese abziehen werden aus Furcht ihr Eigentum zu verlieren. Es ist also ein zweigleisiger Prozeß. Wir betrachten ökonomische Sanktionen nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum bewaffneten Kampf.

### Service Civil International (SCI) — Afrika-Kommission —

In Zusammenarbeit mit westafrikanischen Partnerorganisationen führt die Afrika-Kommission des SCI im Jahr 1979 wieder internationale Freiwilligendienste — sog. workcamps — (3–6 Wochen) in verschiedenen Ländern Westafrikas (z. B. Ghana, Togo, Sierra Leone, Obervolta) durch.

Wir verstehen das Mittel der Freiwilligenarbeit als einen aktiven Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung, Entwicklung und internationale Solidarität. Voraussetzung zur Ausreise ist die Teilnahme an 2 Vorbereitungsseminaren und die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Afrika-Kommission. Informationsmaterial und Anmeldung bis Ende Januar 1979:

SCI/Afrika-Kommission  
c/o Heiner Knura  
Gutenberg Straße 18 C.G.  
3550 Marburg/Lahn



## IMSF/AIB-Kolloquium

# BRD-Neokolonialismus und Befreiungskampf

Am 23./24. Oktober 1978 veranstalteten das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und das Antiimperialistische Informationsbulletin (AIB) in Frankfurt/M. ein internationales Kolloquium zum Thema „BRD-Neokolonialismus und antiimperialistischer Befreiungskampf“. Neben Persönlichkeiten der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik nahmen Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen, kommunistischer und Arbeiterparteien aus 19 Ländern, vornehmlich Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, teil. Für die Veranstalter hielten Prof. Josef Schleifstein, Direktor des IMSF, das Einleitungsreferat und Prof. Dieter Boris, Mitherausgeber des AIB, das Hauptreferat.

Zielsetzung der Veranstalter war es, mit dem Kolloquium einen Erfahrungsaustausch zu organisieren, in dem die ausländischen Gäste einen Einblick in die neokolonialistische Politik der BRD in der sog. Dritten Welt gewinnen und — zum anderen — die antiimperialistischen Kräfte in der BRD von den Erfahrungen derjenigen, die in ihrem alltäglichen Kampf unmittelbar mit den Aktivitäten des Neokolonialismus konfrontiert sind, lernen konnten.

### Neokolonialer Zwang zur Anpassung

**J. Schleifstein** ging in seinem Referat auf die grundlegenden Merkmale des Neokolonialismus ein, skizzierte die historischen Entwicklungsetappen des BRD-Neokolonialismus sowie die Hauptmethoden der neokolonialistischen Strategie der Bundesrepublik.

Allgemein wird unter Neokolonialismus die ökonomische, politische und militärische Praxis der imperialistischen Staaten zusammengefaßt, die Ausplünderung und Unterwerfung der Entwicklungsländer unter den Bedingungen des weitestgehend zusammengebrochenen Kolonialsystems mit neuen Methoden aufrechtzuerhalten. Im einzelnen hob J. Schleifstein drei Zielstellungen hervor: die Verhinderung einer antiimperialistischen und sozialistisch orientierten gesellschaftlichen Entwicklungsperspektive in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; die Aufrechterhaltung der Möglichkeit der internationalen Monopole zur ungehinderten Ausbeutung der materiellen und natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer; die Schwächung der sozialistischen Staaten in der auch auf die Dritte Welt übergreifenden Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

In den 50er und 60er Jahren vermochte sich das neokolonialistische Interesse der BRD nur vermittels der uneingeschränkten Anerkennung der US-imperialistischen Führungsrolle zu artikulieren. Die BRD unterstützte die US-Aggression in Indochina, die portugiesische Kolonialherrschaft und die rassistischen Regimes im Süden Afrikas. Im Schatten der US-Globalstrategie entstand ein enges Beziehungsgeflecht zu ausnahmslos allen reaktionären und faschistischen Diktaturen in der Dritten Welt. Erst Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre beginnt sich ein Wandel in dieser Strategie abzuzeichnen. Als wesentlichste Bedingungen hierfür nannte J. Schleifstein: Das veränderte inter-



nationale Kräfteverhältnis (Vietnam, Angola, Moçambique, Kräfteverhältnis in der UNO u. a.) erfordert eine umfassende Anpassung des neokolonialistischen Instrumentariums. Begünstigt wird dies durch die veränderte innenpolitische Situation infolge des Regierungsantritts der SPD/FDP-Koalition, die eher als ihre Vorgänger in der Lage ist, „mit flexibleren, klügeren, geschickteren Methoden zu operieren“.

Inzwischen ist die BRD zu einer beachtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Stärke gelangt, verbunden mit einer erweiterten relativen politischen Selbständigkeit gegenüber den USA und vor allem einer dominierenden wirtschaftlichen und politischen Position innerhalb der EG. Auch gegenüber der Dritten Welt nehmen folglich die Versuche zu, „ihre ökonomische Stärke in politischen Einfluß umzumünzen“.

### Ein parasitäres Absaugsystem

Mit den neuen Erscheinungsformen der westdeutschen neokolonialistischen Politik beschäftigte sich insbesondere das Referat von **D. Boris**. Dabei ging er vor allem auf die Position und die Praktiken westdeutscher Multis in der Dritten Welt ein. Darüber hinaus befaßte er sich mit der Strategie der Bundesregierung in der internationalen Auseinandersetzung um eine Neue Weltwirtschaftsordnung und entwickelte thesenartige Vorstellungen zur besonderen Bedeutung und Funktion der SPD-Führung und der Sozialistischen Internationale (SI) bei der Realisierung imperialistischer Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen.

U. a. zeitigen — so die These von D. Boris — jene über 17 Mrd DM, die das westdeutsche Großkapital bis heute nach offiziellen Angaben in den Ländern der Dritten Welt investiert hat, keine „positiven Entwicklungseffekte“; sie stellen keinen „Beitrag zum Abbau der Unterentwicklung“ dar, wie unternehmerfreundliche „Wissenschaft“ und Propaganda glauben machen möchten. Auch für die westdeutschen Konzerninvestitionen in Entwicklungsländern kann gezeigt werden, daß sie „einem pa-



rasitären Absaugsystem von im Entwicklungsland erzeugten Mehrwertteilen gleichen“, wobei sich dieser Profittransfer mit der Dauer der Investitionen verstärkt. Als ein Beispiel kann das VW-Zweigwerk in Brasilien genannt werden, das bis 1975 etwa dreimal soviel an Profiten der Zentrale in Wolfsburg rücküberwiesen hat wie es im Land selbst reinvestierte. Im Rahmen des sog. Nord-Süd-Dialogs ist die Bundesregierung andererseits dazu übergegangen, der Masse der arbeitenden Bevölkerung in der BRD ein „strukturpolitisches Opfer abzuverlangen“, womit der (als Zugeständnis an die Forderungen der Entwicklungsländer verstandene) Verlagerungsprozeß von Produktionsstätten in die Entwicklungswelt gemeint ist.

### Faktor internationale Sozialdemokratie

Die Thesen, die D. Boris zur Funktion der von der Sozialdemokratischen Führung repräsentierten Ideologie und Politik entwickelte, erweisen sich gerade angesichts der Ernennung Willy Brandts zum Vorsitzenden der „Nord-Süd-Kommission“ von besonderer Aktualität.

Bei derartigen, in jüngster Zeit verstärkten Aktivitäten sozialdemokratischer Führer, handelt es sich objektiv um den Versuch, einen sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich im internationalen Maßstab unter Beibehaltung kapitalistischer Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zu bewerkstelligen. Parallel dazu sind die sich häufenden Versuche, in den Ländern der Dritten Welt selbst reformistische Alternativparteien aufzubauen und an die SI anzubinden, in ihrer Absicht zu verstehen, Dritte-Weg-Modelle zu propagieren, um an Marxismus orientierten



## Naim el Ashhab Feind der arabischen Völker

Liebe Freunde und Genossen, erlaubt mir, die wichtige Frage, die Ihr hier diskutiert, im Zusammenhang mit der arabischen Welt und seiner Befreiungsbewegung anzugehen.

1. **Die Rolle des BRD-Imperialismus bei der Ausplünderung unserer arabischen Welt.** Die BRD stellt heute einen Hauptpartner in den ökonomischen Beziehungen der arabischen Welt dar. Und in dieser Hinsicht zieht sie die Aufmerksamkeit auf das rapide Wachstum dieser Beziehungen.

Die verfügbaren Daten zeigen an, daß sich die **Exporte** aus der BRD in sechs arabische Länder, namentlich Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Libyen, Algerien, Ägypten und Irak, im Laufe der Jahre 1973—1977 verdoppelten; sie stiegen von 6,313 Mrd DM auf 11,993 Mrd DM. Es ist wahr, daß die **BRD-Importe** aus diesen arabischen Staaten und insbesondere aus den vier erstgenannten Ländern in derselben Periode mit einer höheren Rate von 6,202 Mrd DM im Jahr 1973 auf 14,330 Mrd DM im Jahr 1977 stiegen.

Die Exporte aus der BRD in die arabischen Staaten umfassen verarbeitete Güter, hauptsächlich Konsumgüter, während ihre Importe aus diesen Ländern fast ausschließlich auf Rohöl begrenzt sind, und zwar hauptsächlich aus den vier erstgenannten Ölstaaten.

Wenn man die **sog. Entwicklungshilfe** betrachtet, die die BRD den Entwicklungsländern gibt, ist es in gewisser Hinsicht bezeichnend, daß im Jahr 1976 **Ägypten** 309 Mio DM erhalten hat, was 42,4 % der gesamten Summe, die der arabischen Welt gegeben wurde, entspricht.

Es ist ein klares Zeichen für die Unterstützung für Sadats Politik der „offenen Tür“, die offiziell und endgültig in dieser Periode angenommen wurde, und die einen sehr ersten Niedergang der ägyptischen Wirtschaft verursachte und alle Schutzmaßnahmen gegen die ökonomische Invasion durch die kapitalistischen Monopole, einschließlich der BRD, beseitigte.

2. Die ökonomischen Aktivitäten sind nicht die einzigen destruktiven Handlungen gegen die arabischen Völker und ihre Befreiungsbewegung, die durch den BRD-Imperialismus begangen werden. Die Tatsache, daß die **BRD eines der Hauptmitgliedsländer der NATO** ist, ist dafür ein Hinweis. Während des ganzen Kampfes unserer arabischen Befreiungsbewegung in den letzten drei Jahrzehnten für politische

Unabhängigkeit, gegen militärische Pakte, gegen imperialistische und israelische Aggression, für ökonomische Unabhängigkeit und Fortschritt war die NATO ein Hauptwerkzeug der Einmischung in diesen gerechten Kampf. Unsere arabischen Völker werden niemals die entscheidenden Ausrüstungen vergessen, die durch die BRD der US-Luftflotte während des 73er Krieges in den Nahen Osten geliefert wurden, um die israelische Kriegsmaschinerie bei der Aufrechterhaltung der Besetzung arabischer Territorien zu unterstützen.

Und da den ehemaligen Mitteln und Methoden des Imperialismus in den Entwicklungsländern die Maske vom Gesicht gerissen wurde, findet der Neokolonialismus mehr und mehr in der Sozialistischen Internationale und ihrer Führerschaft einen Rückhalt, um neue Methoden der Infiltration in diesen Entwicklungsländern zu praktizieren. In dieser Hinsicht war das Treffen, das vor einigen Monaten zwischen Willy Brandt, Kreisky, Shimon Peres und Sadat stattfand, dazu angetan, die beiden letztgenannten Teilnehmer für diese schmachvolle Mission zu instrumentalisieren, besonders unter dem Gesichtspunkt der neokolonialistischen Vorhaben im Nahen Osten und Afrika.

3. **Der BRD-Imperialismus und der Nahostkonflikt.** Kürzlich kündigten die BRD-Autoritäten ihre Unterstützung für den finsternen Handel von **Camp David** an, der vom US-Imperialismus inszeniert wurde. All dies beweist, daß der BRD-Imperialismus nicht nur mit den Verschwörungen gegen die arabische Befreiungsbewegung sympathisiert, sondern auch aktiv daran teilnimmt, diese umzusetzen. Unter dem Vorwand der Wiedergutmachung für die Nazi-Opfer bezahlte die BRD an **Israel** mehrere Milliarden DM als ein Mittel der entscheidenden Unterstützung für diejenigen, die ihren Staat als einen Wachhund für imperialistische Interessen gebrauchen. So trug die BRD aktiv zur Stärkung der israelischen Militärmaschinerie bei. So partizipierte der BRD-Imperialismus an der israelischen Aggression von 1967 und der Fortsetzung der israelischen Okkupation der arabischen Territorien seit dieser Zeit.

4. Die BRD ist der **genuine Erbe und natürliche Nachfolger des deutschen Imperialismus**, der während des Nazi-Regimes den Völkermord an den Juden begangen hat.

Wir schätzen den BRD-Imperialismus als einen der gefährlichsten Feinde unseres palästinensischen Volkes im besonderen und der arabischen Völker im allgemeinen ein.





tierte Lösungswege zurückzudrängen. Im innenpolitischen Bereich hilft die ideologische Tätigkeit der SPD-Führung schließlich, eine Identifikation der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften mit dem expansionistischen und aggressiven Kurs nach außen zu erleichtern.

Gerade die mit der verstärkten Tätigkeit der SPD-Führung im Bereich der Dritten Welt verbundenen Probleme boten Ansatzpunkte kontroverser Diskussion. Die Thesen von Boris fanden zwar keinen generellen Widerspruch. Allerdings hoben insbesondere Vertreter aus Lateinamerika — so **E. Rodriguez** (Mitglied des Politbüros der KP Uruguays) und **J. Fuchs** (Ökonom, Argentinien) — die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien im Kampf gegen Faschismus und Neokolonialismus einerseits, die Unzulässigkeit einer Darstellung der internationalen Sozialdemokratie als Hauptgegner der nationalen Befreiungsbewegung andererseits hervor. **N. Ashhab** (Journalist, Jordanien) unterstrich, daß die Dritte-Welt-Aktivitäten der Sozialistischen Internationale ein verhältnismäßig neues Phänomen seien, das die „Wachsamkeit“ der fortschrittlichen Kräfte erfordere. Auch die Ausführungen von **P. Keunemann** (Generalsekretär der KP Sri Lankas) über die Rolle der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung verdeutlichten dies. Die Aktivitäten derartiger Stiftungen seien eingefügt in eine Diversions- und Destabilisierungstaktik des Westens gegen fortschrittliche Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt.

Auf die unrühmliche Rolle politischer Stiftungen wies auch **K. Nauyala** (Zentralkomitee der SWAPO) am Beispiel der CSU-eigenen Hans-Seidl-Stiftung und ihrer politisch-finanziellen Intervention zugunsten der neokolonialistischen Demokratischen Turnhallenallianz in Namibia hin (siehe Kasten). Sattsam be-

## Kapuka N. Nauyala **Rolle der BRD in Namibia**

Die Bundesrepublik Deutschland spielt eine gefährliche Rolle bei den Versuchen der Imperialisten und des Monopolkapitals, Namibia eine neokolonialistische Lösung aufzuzwingen.

Bei ihrer neonazistischen, expansionistischen Politik geben sich die reaktionären Kräfte in der BRD alle Mühe, Namibia zu kolonialisieren. Mit den Rechtsparteien, der CDU und der CSU, als Speerspitze haben diese Kräfte nicht nur eine starke Basis und starke Verbindungen mit den namibischen Marionetten und mit den Nazis in Namibia errichtet. Sie haben auch eine massive Kampagne für einen Geldfonds und für die Rekrutierung von Söldnern als Unterstützung für ihre Handlanger in Namibia, die sog. Demokratische Turnhallen Allianz, die Namibische Nationale Front usw. eröffnet, um sie in den Kampf gegen die SWAPO zu führen. Im Verlauf dieses Jahres haben dieselben Kräfte die beiden einzigen wichtigen Zeitungen in Namibia aufgekauft, die Allgemeine Zeitung und den Windhoek Advertiser. Sie haben Flugzeuge, Helikopter und Fahrzeuge importiert und sie den Marionetten des rassistischen Südafrika für ihre reaktionäre Propagandakampagne gegen die SWAPO zur Verfügung gestellt.

Im Zusammenhang damit stehen Besuche und Missionen aus jüngster Zeit, die von Reaktionären in Namibia und im gegenseitigen Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland unternommen wurden. Die jüngsten waren die beiden getrennten aber gleichartigen Besuche in der Bundesrepublik durch die Marionetten der Demokratischen Turnhallenallianz, der Namibischen Nationalen Front, und des Reaktionärs Andreas Shipanga, von denen berichtet wurde, sie seien mit hochgestellten Regierungsvertretern und Parteienvertretern, mit Repräsentanten der Geschäfts- und Finanzwelt und mit Vertretern von Banken zusammengetroffen und hätten mit ihnen Diskussionen geführt, wie auch mit Vertretern von Söldner-Rekrutierungs-Agenturen.

Ein weiterer gefährlicher und bedauerlicher Faktor liegt darin, daß die Regierung der BRD nicht etwa die deutschsprachige Bevölkerung von Namibia dazu auffordert und darin bestärkt, den echten Kampf für Namibias nationale Befreiung zu unterstützen, sondern vielmehr in dieser Richtung kaum etwas getan hat.

Die BRD hatte sogar Inhabern von bundesdeutschen Pässen gestattet, in der südafrikanischen Armee zu dienen und gegen die SWAPO zu kämpfen. Als wahre Vertreterin des namibischen Volkes hat die SWAPO von ihrer Gründung an **alle** (ich wiederhole: **alle**) Teile des

namibischen Volkes aufgerufen, sich dem Kampf gegen die faschistische, rassistische und unterdrückerische Verwaltung des Apartheidstaates Südafrika in Namibia anzuschließen. Die SWAPO bleibt weiterhin diesen Prinzipien verpflichtet, und dabei gibt es auch keine Ausnahme für die deutsche Bevölkerung in Namibia.

Die BRD ist — in völligem Widerspruch zu den Wünschen des namibischen Volkes und den Forderungen der UNO — das einzige Land, welches weiterhin ein Konsulat in Windhoek/Namibia unterhält, auch wenn die BRD-Behörden behaupten, das Konsulat geschlossen zu haben. Und, trotz der Erlasse des UN-Rates für Namibia über Namibias Naturreichtümer, haben die gefräßigen BRD-Kapitalisten ihre Investitionen in Namibia nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt. Die SWAPO betrachtet eine derartige Ausbeutung der namibischen Naturschätze als illegal und als ein Verbrechen gegen das Volk von Namibia, da diese monopolkapitalistischen Gesellschaften und Institutionen unsere Ressourcen stehlen und ausplündern, und weiterhin billige afrikanische Arbeitskräfte benutzen, wobei die Entlohnung in Übereinstimmung mit den Apartheidgesetzen geschieht.

### Ein Verbrechen gegen das namibische Volk

Die SWAPO ist der Auffassung, daß die Imperialisten, Kapitalisten und die rechten Politiker in der BRD einen schweren Fehler machen, wenn sie die politische Reife und Intelligenz des namibischen Volkes unterschätzen. Zum Beispiel versucht die BRD weiterhin vorzutäuschen, daß sie keine Waffen an das rassistische Regime in Pretoria liefert. Das ist unwahr.

Die BRD transferiert auch weiterhin in massiver Weise technisches und technologisches Know how an die Rassisten, wodurch diese befähigt wurden, in Südafrika komplizierte Waffen, Munition und andere Kriegsinstrumente herzustellen. Die BRD hat ihre expansionistische Politik auch durch das nukleare Komplott und durch ihre Zusammenarbeit mit dem rassistischen Südafrika gegen die Völker des südlichen Afrika demonstriert. Dieses nukleare Zusammenspiel und die OTRAG-Raketen-Basis in Zaire stellen eine Bedrohung für den internationalen Frieden, die Sicherheit nicht nur auf dem Subkontinent südliches Afrika, sondern der ganzen Welt dar.



kannt ist auch der 1975/76 unter maßgeblicher Beteiligung der Friedrich-Ebert-Stiftung gegen die SWAPO lancierte Spaltungsversuch.

Daß gerade im **südlichen Afrika** die imperialistische Suche nach neokolonialistischen Lösungen in der gegenwärtigen Situation besonders intensiv ist, veranschaulichten neben Nauyala die Diskussionsbeiträge von **R. Maguni** (Direktor von Radio Moçambique) und **R. September** (Revolutionsrat des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika). Hier geht es, wie Maguni ausführte, für den Imperialismus darum, „eine Formel zu finden, die eine Kompromißlösung für die gegenwärtige Lage im südlichen Afrika möglich macht,“ um durch ein Auswechseln der herrschenden Cliquen eine neokoloniale Situation zu schaffen. Vor allem als Reaktion auf die umfassende Krise des imperialistischen Herrschaftsmechanismus im südlichen Afrika und die Krise innerhalb der Republik Südafrika wertete R. September die fieberhafte Suche nach neokolonialen Lösungen im südlichen Afrika. Im wesentlichen geht es für den Imperialismus dabei darum, den Subkontinent sowohl als unschätzbares Reservoir an materiellen und menschlichen Ressourcen als auch als strategischen Brückenkopf im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie zu erhalten. Von daher erklärt sich auch die nach wie vor offene ökonomische und militärische Unterstützung des Westens für die Rassenregimes (siehe das Atomkomplott BRD—Südafrika), obwohl sein Vertrauen in deren Fähigkeit, revolutionäre Veränderungen zu unterdrück-

ken, durch die Siege in Angola und Moçambique sowie durch den Soweto-Aufstand grundsätzlich erschüttert ist.

Speziell mit der Rolle der BRD in den neokolonialen Konfliktlösungsstrategien im **Nahen Osten** beschäftigten sich **Hans Lebrecht** (Journalist, Israel) und **Naim el Ashhab**. H. Lebrecht ordnete die Beziehungen der BRD mit Israel dem imperialistischen Ausbau des israelischen Staates zum aggressiven Brückenkopf gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker unter. Als eine neokoloniale Hauptmacht bei der Ausplünderung der arabischen Welt wurde die BRD im Diskussionsbeitrag von N. Ashhab dargestellt (siehe Kasten).

Einen besonderen Schwerpunkt der neokolonialen Expansion der BRD bildet **Lateinamerika**, was E. Rodriguez mit einigen Kennziffern verdeutlichte (siehe Kasten). Hier manifestiert sich besonders deutlich — darauf wies **A. Alcorta** (stellvertretender Vorsitzender der KP Paraguays) hin —, daß der Kapitalexport „ein machtvolles Instrument zur Beherrschung und Ausbeutung, zur Deformierung der Wirtschaft“ der Entwicklungsländer ist. In Paraguay z. B. befinden sich 85 % des Außenhandels in Händen der Auslandsmonopole. Mehr als 30 % aller Devisen, die über den Außenhandel erwirtschaftet werden, gehen in Form von Dividenden, Zinsen, Tilgungen und Kapitaltransfers wieder an das Ausland zurück. „Für jeden Dollar, den der Imperialismus in Paraguay investiert, erhält er vier zurück.“ Bezeichnend für das Paktieren des westdeutschen Großkapitals mit reaktionären Regimes sind auch seine Beziehungen zu Chile. Wie diese Beziehungen nach dem Sturz Salvador Allendes intensiviert wurden, zeigte **I. Ljubetić** (Historiker, Chile) an zahlreichen Beispielen.

Auch in Argentinien sind die Auswirkungen der Durchdringung des Landes durch das Auslandskapital (das zu 7 % aus der BRD kommt) deutlich spürbar. Die ausländischen Monopole verschärfen, wie J. Fuchs zeigte, die Abhängigkeit vom Kapitalgüterimport, die ungleichmäßige Entwicklung der Industrie und des Arbeitskräftepotentials, die technologische Abhängigkeit, die finanzielle Abhängigkeit sowie die Abhängigkeit der Landwirtschaft, die gerade in jüngster Zeit eines der bedeutendsten Ausbeutungsfelder für das internationale Monopolkapital geworden ist. Dies alles sind Momente, die dazu beigetragen haben, daß sich Lateinamerika heute insgesamt in einer Strukturkrise befindet, was von **M. Paredes** (Honduras) herausgearbeitet wurde.

## E. Rodriguez **Konkurrent**

Es erscheint wichtig, daran zu erinnern, daß es neben anderen qualitativen Veränderungen dieses Jahrzehnts von nicht geringer Bedeutung ist, daß in der kapitalistischen Welt **drei imperialistischen Zentren entstanden** sind: die **USA, Westeuropa und Japan**. Wer von Lateinamerika spricht, darf aber nicht aus dem Blick verlieren, daß trotz dieses qualitativen Wandels der Yankee-Imperialismus nach wie vor der schlimmste Feind unserer Völker und Gendarm des Weltimperialismus ist. Im folgenden geht es daher nicht darum, die Rolle, welche die neuen imperialistischen Zentren in Lateinamerika, dem traditionellen „Hinterhof“ der USA spielen können, zu übertreiben. Doch gilt es darauf hinzuweisen, daß auch auf unserem Kontinent sich das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Zentren verschiebt, und — wie könnte es anders sein — in ernststen Widersprüchen und Rivalitäten zum Ausdruck kommt.

Niemals wird man genug über die Rolle des US-Imperialismus und seiner Monopole in unserem Land forschen und schreiben können. Wenn wir all dies heute als bekannt voraussetzen, so deshalb, weil wir meinen, daß es hier von unmittelbarem Interesse sein könnte, die Frage nach der **Rolle der BRD** im Rahmen der imperialistischen Beherrschung Lateinamerikas zu stellen.

Die westdeutschen Auslandsinvestitionen insgesamt erreichten in den 60er Jahren kaum 700 Mio Dollar. Bekanntlich ist in den 70er Jahren hier ein Wandel eingetreten, insbesondere nach der großen Krise der Jahre 1973/74. Die Summe der Investitionen aus der BRD erhöhte sich von 7,2 Mrd Dollar 1971 auf 20 Mrd Dollar 1977.

Nehmen wir zum Beispiel den Vierjahreszeitraum von 1974—1977. Die **USA** investierten in Form von privaten Direktinvestitionen 19,558 Mrd. Und zum ersten Mal werden sie von Westeuropa weit überholt, das in seiner Gesamtheit 24 Mrd Dollar investiert. Dies vor allem wegen des enormen Wachstums des BRD-Kapitalexports, der allein 8,9 Mrd Dollar ausmacht.

Für uns Lateinamerikaner zieht ein besonderes Merkmal dieser Investitionen die Aufmerksamkeit auf sich. Wenn wir die Kapitalinvestitionen zwischen den imperialistischen Staaten unberücksichtigt lassen, die sich in etwa — trotz der bekannten Niveauunterschiede — ausgleichen, so sehen wir, daß die BRD vorzugsweise in Lateinamerika investiert, relativ gesehen sogar mehr als die USA selbst. Nehmen wir die Gesamtinvestitionen der USA und der BRD in den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika, so sehen wir, daß — während die USA 1967 58,4 % ihrer Investitionen in Lateinamerika tätigten — der entsprechende Anteil bei der BRD 77,5 % beträgt, gegenüber nur 22,5 % für Afrika und Asien zusammen. Noch ein interessantes Merkmal: Die Investitionen der BRD sind zu 79 % in der verarbeitenden Industrie Lateinamerikas konzentriert, während der US-Anteil hier nur 50 % erreichte.

## **Aufklärung ist wichtig, aber nicht genug**

Das Kolloquium zeigte die Vielfalt der mit dem Thema verbundenen Probleme auf, die in diesem Bericht nur schlaglichtartig angerissen werden konnten und der weiteren Diskussion bedürfen. Dem dient u. a. auch die in AIB 7—8/1978 begonnene Serie **BRD-Neokolonialismus**. Die wichtigsten Materialien des Kolloquiums werden voraussichtlich im Frühjahr 1979 in Taschenbuchform veröffentlicht werden.

Daß dies alles für die Veranstalter kein bloß akademisches Anliegen ist, verdeutlichte nicht nur die von **Prof. E. Wulff** (Mitherausgeber des AIB) auf der Veranstaltung gezogene Bilanz der westdeutschen Solidaritätsbewegung (Ausschnitte siehe Kasten). Auch in Ihrem Schlußwort der Tagung unterstrichen die Veranstalter: „Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland zu einer der stärksten imperialistischen Mächte mit neokolonialer Expansion . . . geworden ist, ist großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes überhaupt nicht bewußt. Auch der Formwandel imperialistischer Politik erschwert es vielen Menschen hier, in der neokolonialen Expansion das gleiche räuberische Wesen zu erkennen, das schon für die klassische Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus kennzeichnend war. Die Aufklärung über den Charakter und das Wesen neokolonialer Ausbeutung und Erpressung ist deshalb eine wichtige Aufgabe in unserem Lande.“ Und natürlich bedarf sie der Umsetzung in antiimperialistische Solidaritätsaktivität und in entwicklungspolitische Alternativvorstellungen.



Liebe Freunde!

Die Solidaritätsbewegung mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hat in der BRD noch keine sehr lange Geschichte. So wurde z. B. der Unabhängigkeitskampf Algeriens bei uns noch von relativ wenigen, zumeist isoliert voneinander arbeitenden Gruppen unterstützt. Erst die US-Aggression in Vietnam brachte eine zahlenmäßige bedeutende, politisch breit gefächerte Solidaritätsbewegung hervor, die einen besonders starken Widerhall in den Universitäten fand, jedoch auch in der Friedensbewegung und in Teilen der Arbeiterbewegung — hier besonders bei den bis 1968 noch in die Illegalität gezwungenen Kommunisten — verwurzelt war.

Die Solidaritätsarbeit mit Vietnam hat dann ihrerseits dazu beigetragen, daß viele — besonders junge — Menschen, wenn sie ihr moralisches Engagement auch intellektuell verarbeiten wollten, auf den Zusammenhang imperialistischer und neokolonialer Ausbeutung mit dem kapitalistischen System stießen und die US-Aggression in Vietnam als einen Teil einer weltweiten Auseinandersetzung zu begreifen lernten. So bildeten sich Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zahlreiche Gruppen, die Solidarität mit verschiedenen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt übten, aber auch Gruppen, die sich theoretisch und publizistisch mit dem Imperialismus und seinen Strategien auseinandersetzten. Die meisten dieser Gruppen hatten aber immer noch sehr wenig Verbindung untereinander, zum Teil waren sie selbständig, zum Teil von Jugend-Organisationen der Parteien (SPD, FDP, DKP) oder von Gewerkschaften getragen.

### ASK gegen neokoloniale Ausbeutung

In dieser Situation beschlossen einige Persönlichkeiten, die in solchen Gruppen gewirkt hatten, den Versuch einer Koordinierung der anti-imperialistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik zu machen und gründeten im Frühjahr 1973 das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK). Dieses Komitee, das zunächst außer Einzelpersonlichkeiten und Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen auch die Deutschen Jungdemokraten, die Sozialistische Jugend-Falken und die Naturfreunde-Jugend, die SDAJ, DKP, Hochschulgruppen wie den Verband Deutscher Studentenschaften, den MSB Spartakus und den Sozialistischen Hochschulbund sowie christliche Organisationen wie die Christliche Friedenskonferenz umfaßte, stellte an die schon existierenden antiimperialistischen Gruppierungen keine bürokratischen Führungsansprüche; es wollte diese auch nicht zu seinen eigenen Unterorganisationen machen, sondern bot eine bundesweite Plattform für örtliche oder von den jeweiligen politischen Gruppen initiierte antiimperialistische Aktivitäten an, die eine bessere Koordination der Arbeit jedes einzelnen Initiators bzw. Gruppierungen erlaubte.

Die Gründung eines solchen Komitees setzte aber auch eine politische Plattform voraus. Diese Plattform lehnt sich stark an die Prinzipien der UNO-Resolution über Liquidation des Kolonialismus vom 14. 12. 1960 an, berücksichtigt aber vor allem — neben dem Kampf gegen die traditionellen Formen des Kolonialismus — die neokoloniale Ausbeutung und Machtausübung der imperialistischen Mächte. Sie weist auch deutlich hin auf den Zusammenhang zwischen den neokolonialen Ausbeutungsstrategien auch der Bundesregierung und der großen Konzerne unseres Landes auf der einen Seite und deren Rückwirkung auf die Lage der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit in der BRD auf der andern Seite. Diese Zusammenhänge darzutun war für unsere Arbeit — neben der unmittelbaren Solidaritätsarbeit mit den Befreiungsbewegungen, die natürlich an erster Stelle stand — besonders wichtig, um den Menschen in unserm Lande begreiflich zu machen, daß antiimperialistische Solidarität nicht bloß ein moralisches Gebot ist, sondern langfristig auch zur Verbesserung der Lage der Menschen in unserm Lande beitragen muß.

Inhaltlich begann unsere Arbeit mit einem Hearing über die Situation im Nahen Osten, einem — wegen der nazistischen Vergangenheit unseres Landes besonders heiklen Kapitel der Solidaritätsarbeit. Unser Komitee stellte sich dabei auf den Standpunkt der UNO-Resolution vom November 1967, der den Abzug der israelischen Besatzungstrup-

pen aus allen besetzten arabischen Gebieten verlangt, aber — unter dieser Bedingung — auch das Lebensrecht Israels als Staat in seinen Grenzen garantieren will. Diese Haltung hat unser Komitee bis heute ebenso unbeirrt beibehalten, wie es für die Rechte der Palästinenser auf einen eigenen Staat u. a. eintritt und die PLO als ihre einzig legitime Vertretung ansieht.

Schon wenige Monate nach der Gründung des ASK putschten in Chile, mit Unterstützung des CIA und internationaler Konzerne, die faschistischen Generale. So wurde die Solidarität mit Chile über Jahre zum Haupt-Schwerpunkt unserer Arbeit: und sie ist es bis heute noch (siehe dazu AIB 9/1978). Neben Chile ist — nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus und der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonien — das südliche Afrika zum zweiten Schwerpunkt unserer Arbeit aufgerückt. Hier werden in den nächsten Jahren folgenschwere Entscheidungen fallen.

Wir können, trotz der Erfolge der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, trotz der immer breiter werdenden Opposition gegen das Rassisten-Regime in Pretoria nicht damit rechnen, daß der Apartheidstaat bloß ein Atavismus, ein historisches Relikt ist, das von selber auseinanderfallen wird, um allenfalls „moderneren“ Formen der Ausbeutung wie dem Neokolonialismus Platz zu machen. Wenn dies im südlichen Afrika geschähe, wäre dies schon schlimm genug, und das ist sicher auch eine strategische Rückzugsposition der Rassisten. Das klassische koloniale Regime in Pretoria kann aber darüber hinaus einen Kristallisationskern abgeben für eine Entwicklung in Afrika, die 150 bis 100 Jahre zurückführt: über eine zunehmende Auslöschung auch der formalen Unabhängigkeiten afrikanischer Staaten zu zunächst faktischen und später auch offiziellisierten Protektoraten westlicher Schutzmächte. Die französische Afrika-Politik, die von der Bundesrepublik so eifrig unterstützt wird, ist ein Beleg dafür, daß die NATO-Staaten durchaus in der Lage sind, die weitere billige Ausbeutung von Rohstoffen in Afrika und die Erhaltung ihrer strategischen Basen dort mit Hilfe einer neuen Kanonenboot-Politik durchzusetzen: Wenn es nicht anders geht, vielleicht auch mit einer Wiedergeburt des klassischen Kolonialismus.

### Ermutigung für den Kampf im eigenen Land

Im ganzen können wir aber, trotz der Gegenoffensive des Imperialismus auf militärischer, politischer und ideologischer Front, trotz einiger schmerzlicher Rückschläge zuversichtlich sein: Im Weltmaßstab verschiebt sich das Gewicht der Kräfte zunehmend zugunsten des Fortschritts. Die vollständige Befreiung Vietnams hat hier ein Zeichen gesetzt, die Freiheit für Guinea-Bissau, Mosambique und Angola, und schließlich der Fehlschlag des Imperialismus, Angola doch noch in neokoloniale Abhängigkeit zurückzuzwingen. Wie in Vietnam hat auch in Afrika die internationale Solidarität, dort vor allem diejenige unserer kubanischen Freunde, ihre Probe bestanden.

Diese Entwicklung macht es für uns auch etwas leichter, die zunehmenden Probleme und Schwierigkeiten der Arbeit in unserem eigenen Lande zu meistern: die politische Entwicklung nach rechts in allen Bundestagsparteien, im Fernsehen und in der Presse, die Berufsverbote, die antikommunistische Hexenjagd, die schon lange nicht mehr nur Kommunisten, sondern auch diejenigen trifft, die es noch riskieren, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Kampf für demokratische Freiheiten und antiimperialistische Solidarität aber sind zwei Seiten der gleichen Sache, sie gehören zusammen. Wer dies begreift, der wird auch in der Einheit der antiimperialistischen und demokratischen Kräfte in unserm Land als notwendige Aufgabe sehen.

Liebe Freunde,

die Solidaritätsbewegung mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in der BRD versucht — glaube ich — nach ihren Möglichkeiten ihr Bestes zu tun. Die anstehenden Aufgaben kann aber eine nationale Solidaritätsbewegung alleine nicht bewältigen, und schon gar nicht eine Solidaritätsbewegung, deren Kräfte, wie die der unsern, äußerst begrenzt sind. Jeder braucht hier des anderen Hilfe. Auch deshalb: Hoch die internationale Solidarität.



# Akte von Madrid

*Die vom 9.—12. November 1978 in Madrid veranstaltete Weltkonferenz der Solidarität mit Chile vereinte Teilnehmer aus 100 Ländern unterschiedlichster politisch-weltanschaulicher Couleur. Neben höchsten Repräsentanten des chilenischen Widerstandes wie Hortensia Bussi de Allende, Carlos Altamirano und Luis Corvalan waren kirchliche, gewerkschaftliche, christdemokratische und sozialdemokratische Kräfte auffallend stark vertreten. Pinochet bezeichnet die Konferenz dennoch als „Manöver des internationalen Marxismus“. Wie die von uns im vollen Wortlaut dokumentierte Schlußerklärung, die Akte von Madrid, illustriert, konnte sein Regime die Weltöffentlichkeit mit diversen Vortäuschungen einer „Liberalisierung“ nicht irreführen. Gerade das Thema der 2 500 Verschwundenen und die jüngsten Angriffe des faschistischen Regimes auf die chilenische Arbeiterbewegung (Verbot quasilegaler Gewerkschaftsverbände) standen im Blickpunkt der Beratungen.*

Vor nur 40 Jahren war die Welt von einem Kriegsbrand erfaßt, der alles umschloß. 50 Mio Tote und die Verwüstung dutzender von Ländern waren Teil des Preises, der gezahlt werden mußte, um zu verhindern, daß sich die Barbarei und der Totalitarismus der gesamten Menschheit bemächtigte. Ohne Zweifel verschaffte der 1945 geschlossene Frieden jenen keine Erholungspause, die sich die Schaffung einer Welt zum Ziel gesetzt haben, in der die Vernunft, die Gerechtigkeit und die Achtung der Quellen der Inspiration für das Zusammenleben der Menschen und der Völker sind.

In diesen Jahren gab und gibt es ein um das andere Mal an verschiedenen Orten der Erde Versuche, die Gewalt, den Terror, die Abhängigkeit und die Ausbeutung als Instrumente zur Unterjochung von Ländern und Kontinenten zu benutzen. Man versucht, unter allen Umständen zu verhindern, daß der schöpferische Geist der Völker auf dem Weg zur Errichtung der gerechtesten, demokratischsten und freiesten Ordnungen voranschreitet. Der Kampf zwischen den einen und den anderen Kräften hat lange gedauert und wird lange dauern. Heute erreicht er eine neue und immer gewaltigere Dimension, in dem Maße, in dem sich die Völker ihres Rechts bewußt werden, Gestalter ihrer Zukunft zu sein. Diese Konfrontation hat keine Grenzen, aber das zentrale Ziel der Konferenz verpflichtet uns, unsere Ansicht zu präzisieren.

Im Süden Lateinamerikas hat sich ein Land von 10 Mio Einwohnern in einen Brennpunkt verwandelt, der — wenn die Absichten derer die Oberhand gewinnen, die sich verschworen haben, es seiner Freiheit und seiner Errungenschaften zu berauben — an weiteren Punkten der Welt Versuche auslösen kann, andere Nationen zu zertreten. Chile und das seit dem 11. September 1973 bestehende Drama sind kein isolierter Fall oder lediglich die Folge einer inneren Krise in der Geschichte dieses Landes. Dort kam eines der Ziele der Strategie des Imperialismus zum Ausdruck, die darauf gerichtet ist, auf einem ganzen Kontinent seine Herrschaft zu erhalten.

Obwohl durch den Widerstand und die Solidarität gezügelt, sind die chilenische Diktatur und Pinochet heute weiter im Dienste der Interessen einer Minderheit an der Macht und schaffen materielle und politische Bedingungen für die Institutionalisierung des Regimes. In diesem Zusammenhang ereignen sich gerade jetzt ernste Vorkommnisse. Mit der Erfindung, die verschwundenen Gefangenen für mutmaßlich tot zu erklären, bereitet die diktatorische Regierung auf der Suche nach einer Lösung des Problems neue Morde vor; sie verschärft die Unterdrückung der Gewerkschaftsföderationen und -syndikate, indem sie ihre repräsentativsten Organisationen auflöst und verfolgt, denen etwa 1/2 Mio Werktätige angeschlossen sind; sie senkt die Kaufkraft der Bevölkerung auf ein unglaublich niedriges Niveau und verurteilt eine ganze Generation zum Hunger und dessen verhängnisvollen Folgen; sie schränkt drastisch die öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen, Bildung, Ernährung, Transport, Wohnungswesen sowie wissenschaftliche und technische Forschung ein; die Arbeitslosigkeit nimmt in nie gekanntem Ausmaße zu. Zusammengefaßt, sie betreibt die schonungsloseste Aggression gegen das chilenische Volk als eine notwendige Grundvoraussetzung, um ihr ökonomisches und politisches Ziel zu erreichen. Aber Chile ist nicht auf den Knien und nicht geschlagen.

Trotz seiner Tausenden von Toten und verschleppten Menschen und der Tausenden von politischen Gefangenen, die noch eingekerkert sind

oder vom greulichsten Unterdrückungs- und Terrorapparat der Geschichte gequält werden und die durch die Solidarität gerettet werden müssen, wächst der Kampf in seinem Inhalt und in seiner Breite. Die Werktätigen erheben mit Kraft ihre Forderungen, Juristen und Fachleute stellen sich in der öffentlichen Diskussion gegen den Mummenschanz einer faschistischen Verfassung, die Frauen und die Gesamtheit des Volkes organisieren sich in Verteidigung des Lebens ihrer verschwundenen Familienangehörigen, die Jugend zeigt immer eindeutiger ihre Auflehnung.

Dieser Kampf fordert von der Welt und den Demokraten eine Antwort. Diese Antwort muß sich in entsprechend konkreten Fakten ausdrücken und nicht in Deklamationen, die den objektiven Bedingungen nicht gerecht werden. Der Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie einerseits und die ökonomische Unterstützung der Diktaturen andererseits sind unversöhnliche und entgegengesetzte Verhaltensweisen. Die Verteidigung der Menschenrechte muß notwendigerweise die Verteidigung der politischen, sozialen und ökonomischen Rechte einschließen. Diese sind die unentbehrlichsten Grundlagen der Selbstbestimmung der Völker und ihrer Möglichkeit für ein freies und würdiges Leben.

Angesichts dessen gibt es eine Frage, die wir nicht verschweigen können: Wofür hat die faschistische Junta die 3 Mrd Dollar verwendet, die ihr in diesen fünf Jahren von Regierungen, internationalen Kreditinstituten und Privatbanken übergeben wurden? Es gibt nur eine Antwort: Sie wurden in den Kauf von Waffen investiert, die wesentliche Elemente der Unterdrückung sind, und sie wurden von zwei oder drei einheimischen und den allmächtigen multinationalen Finanzgruppen verschlungen. Wir verurteilen energisch jene Regierungen und Institutionen, die mit diesen Mitteln das Pinochet-Regime unterstützen, es in eine Bedrohung für den Frieden des Kontinents verwandeln und den Kampf der chilenischen Demokraten verlängern und erschweren.

Deshalb fordern wir die Beendigung der Bereitstellung von Waffen und finanziellen Mitteln für die Militärjunta und die Beibehaltung der von der internationalen Gemeinschaft geschaffenen Instrumente zur Überwachung und zum Schutz der Menschenrechte in Chile, speziell die Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen; wir fordern die sofortige Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen sowie die Bestrafung der Schuldigen an der Ermordung des ehemaligen chilenischen Ministers Orlando Letelier.

Wir müssen darauf hinweisen, daß sich diese Politik nicht nur auf Lateinamerika beschränkt. Es erübrigt sich daher, Beispiele für die Entwicklung jeder einzelnen dieser Erfahrungen anzuführen. Die rückschrittlichen, menschenfeindlichen Kräfte verfolgen ihre Politik auch in den anderen Teilen der Welt. Der Kampf des chilenischen Volkes und derer, die sich mit ihm solidarisieren, ist der Kampf aller Völker der Welt, die für ihre Befreiung kämpfen und für das Recht, in Übereinstimmung mit ihrer eigenen Situation die Wege zu wählen, die sie zu einem besseren Schicksal führen.

Diese Weltkonferenz hat die Aufgabe, die Verpflichtung zur konkreten Aktion auf sich zu nehmen, um alle Initiativen, die in ihrem Verlauf einmütig beschlossen wurden, in Gang zu bringen. Auf diese Weise antworten wir angemessen auf den Kampf der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, der Gewerkschaftsorganisationen, der Jugend, der Frauen und der chilenischen Kirche. Es sind hier Kräfte anwesend, die aktiv die Erfüllung der von den Vereinten Nationen und auf zahlreichen internationalen Treffen angenommenen Resolutionen in Bewegung setzen müssen.

Wir haben in unseren Ländern Hunderttausende von der Diktatur Verfolgte aufgenommen. In der Mehrheit der Fälle haben wir sie getröstet und ihnen geholfen, diese schwierige Erfahrung zu bewältigen. Aber wir spüren, daß unsere Verpflichtungen größer sind. Erfüllen wir in vollem Maße die übernommene Verantwortung, ihnen Asyl zu gewähren und unterstützen wir eindeutig das Recht aller dieser Menschen, in ihrem eigenen Vaterland zu leben.

Die Weltkonferenz der Solidarität mit Chile wird dafür sorgen, daß ihre Stimme kraftvoll in alle Länder der Welt gelangt, in allen Sprachen und auf allen Tribünen gehört wird. Der Sieg all derjenigen, die in Chile für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, wird unser aller Sieg sein, der Männer, Frauen und Jugendlichen, die jede Stunde, jeden Tag in den verschiedensten Teilen der Welt für diese und höhere Ziele kämpfen.

(Quelle: ASK-Pressemitteilung, Frankfurt/M., Nr. 25/15. 11. 1978)



*Zu einer bedeutsamen Differenzierung kam es innerhalb der antidiktatorischen Kräfte. An Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen und linken Kräften in der Frage über die aktuelle Verhandlungsbereitschaft und die Regierungspolitik nach Somoza spaltete sich die Breite Oppositionelle Front (FAO). Entgegen dem Maßnahmenprogramm der Sandinistas (FSLN) für die Zeit nach Somoza, das wir in vollem Wortlaut dokumentieren, favorisieren die bürgerlichen Oppositionsgruppen die Errichtung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems, fordern sie nicht die völlige Auflösung der Nationalgarde oder eine Nationalisierung des Besitzes Somozas. Das Nichtausschließen einer Verhandlungsbereinkunft mit den Somozas seitens des bürgerlichen Flügels forderte den energischen Widerstand der Gruppe der 12, der FSLN, der Nikaraguanischen Sozialistischen Partei und der Gewerkschaftszentrale CNT heraus. Sie traten aus der FAO aus und schlossen sich in der Bewegung des Vereinten Volkes (MPU) zusammen.*

## Sandinistische Front **Regierungs-Programm**

Nach der Eroberung der Macht wird die FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung) an der Spitze des Volkes folgende Maßnahmen ergreifen:

### **1. Wir werden alle Besitzungen der Somozas zurückgewinnen.**

Sofort werden alle Ländereien der Somozas, die Viehfarmen und Kaffeepflanzungen, die Zucker- und Tabakpflanzungen, die Mais- und Reisfelder beschlagnahmt, alle diese riesigen unrechtmäßig erlangten Landstriche, die oft noch nicht einmal bearbeitet werden. Ebenso werden all ihre Fabriken, Pfründe, Zuckersiedereien, Zementfabriken, Kalkbrüche und Webereien beschlagnahmt, sowie all ihre Kreditgesellschaften, Bauungsgesellschaften und Banken und alle anderen Arten von Unternehmen. Das Volk wird dann all diesen Besitz zu seinem eigenen Nutzen arbeiten lassen; und die Arbeiter und Angestellten werden an der Kontrolle und Leitung der Betriebe teilhaben.

### **2. Wir werden eine Agrarrevolution durchführen.**

Alle Ländereien der Somozas, die ihrer hohen Militärs und ihrer Komplizen von Raub und Ausplünderung werden wir enteignen, um sie den Bauernfamilien zu übergeben, die kein Land haben und all jenen, die das Land bearbeiten sollen, zu übergeben. Und es wird in Nikaragua keine riesigen Latifundien mehr geben, keine eingezäunten Ländereien, die niemand bebaut, sondern das ganze Land wird bearbeitet werden. Und niemand wird mehr mit den Pacht- und Bodenpreisen der Ländereien spekulieren können.

### **3. Das Volk wird die Arbeitsbedingungen auf dem Land verbessern.**

Die Sandinistische Front wird mit der toten Zeit (Zeit der Beschäftigungslosigkeit der Landarbeiter; d. Red.) auf dem Lande Schluß machen, denn wir werden dafür sorgen, daß es zu jeder Jahreszeit Arbeit gibt. Und die Kaffee-, Zuckerrohr-, Tabak- und Baumwollpflücker, die Zuckerrohrschneider und alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, werden eine gute und gerechte Bezahlung bekommen. Niemand wird mehr mit den Maßen und Gewichten betrogen, und die Erntearbeiter werden nicht an Vergiftung durch Pflanzenschutzmittel sterben. Es wird Schluß gemacht mit den Lagern, in denen die Erntearbeiter hausen, vielmehr werden ihre Wohnungen während der Ernte anständig sein. Es wird überwacht werden, daß sie gutes Essen bekommen und daß man sie nicht wie Vieh auf die Plantagen transportiert, sondern wie menschliche Wesen.

### **4. Die Arbeitsbedingungen in den Minen werden sich ändern.**

Da alle Bergwerke, die sich im Besitz ausländischer Gesellschaften befinden, in die Hände des Volkes übergehen, werden die Minenarbeiter sie mitverwalten. Sie werden auch besondere Arbeitszeiten, gerechte Löhne und alle Sozialleistungen bekommen, sowie gute Wohnungen. Schulen für sie selbst und ihre Kinder, Erholungsstätten und Krankenhäuser. Allen Arbeitern, die Opfer der unbarmherzigen Minenausbeutung wurden und die heute kranke Bettler sind, wird sofort Unterstützung zuteil werden.

### **5. Die Arbeitsbedingungen in den Städten werden sich ändern.**

Die Sandinistische Regierung wird von Anfang an die Arbeitslosigkeit bekämpfen, um allen Nikaraguanern eine würdige Arbeit geben zu können. Es wird Tarife für Mindestlöhne geben und es werden die organisierten Arbeiter selbst sein, die die strikte Einhaltung der Arbeitsgesetze, der Arbeitszeit in den Fabriken, Bildungseinrichtungen, Werksstätten, Krankenhäusern und Verkehrsgesellschaften, der zuverlässigen Bezahlung von Überstunden, der Ferien und aller anderen Leistungen überwachen werden. Und die Arbeiter werden überwachen, daß die Arbeit stets unter Bedingungen stattfindet, die die

Würde des Menschen respektieren. Alle repressiven Gesetze gegen die Rechte der Arbeiter werden abgeschafft.

### **6. Die Lehrer werden eine neue Behandlung erfahren.**

Die Lehrer werden sichere Stellen haben, die Intrigen bei der Ernennung und der Versetzung aufhören, ihre Löhne gerecht gestaffelt, und sie werden gute Renten erhalten. Ihre Löhne werden pünktlich bezahlt, und es werden ihnen Möglichkeiten geboten, sich ständig fortzubilden.

### **7. Die Angestellten werden eine neue Behandlung erfahren.**

Die Beamten, die Bank-, Büro und Geschäftsangestellten werden auch neue Lohnsätze sowie bessere soziale Leistungen erhalten. Und niemand wird den Beamten mehr Zwangsbeiträge von ihren Löhnen abziehen oder sie zwingen, Gebühren für Geschenke zu bezahlen oder an Kundgebungen teilzunehmen.

### **8. Freie gewerkschaftliche Organisation für alle Arbeiter.**

Die Arbeiter in Stadt und Land, die Handwerker sowie die Angestellten und Lehrer erhalten eine Garantie für ihr Recht, sich ungehindert gewerkschaftlich zu organisieren. Im Gegenteil wird die sandinistische Regierung die Bildung von Gewerkschaften fördern, damit die Arbeiter ihre Rechte und Errungenschaften verteidigen können.

### **9. Die Lebenshaltungskosten werden nicht mehr ständig steigen.**

Die sandinistische Regierung wird die Preise aller unentbehrlichen Konsumgüter kontrollieren: Lebensmittel, Kleidung und Medikamente. Kein Händler wird die Preise erhöhen oder mit diesen Gütern spekulieren können. Spekulanten und Hamsterer werden verfolgt und bestraft.

### **10. Das Transportwesen wird würdig und wirksam sein.**

Die Sandinistische Front wird sofort den korrupten hohen Militärs und Unternehmern die Buslinien abnehmen, und die organisierten Fahrgäste selbst werden diese Linien kontrollieren. Es wird genügend Busse geben, die Fahrpreise werden nicht mehr willkürlich erhöht werden können, und es wird auch darauf geachtet, daß die Busse pünktlich sind und kein Reisender gedemütigt wird. Der Transport auf dem Lago Grande, dem Rio Escondido, dem Rio San Juan und auf den anderen Flüssen Nikaraguas wird radikal verändert und auf modernen und sicheren Schiffen erfolgen. Die Behandlung der Passagiere wird würdig sein; sie werden nicht mehr mit der Fracht reisen müssen.

### **11. Fließend Wasser und elektrisches Licht werden überall installiert.**

Wir werden alle hart arbeiten, damit auch in die Bauernhäuser, die abgelegenen Orte, in alle Dörfer und alle Viertel von Managua Kanalisation, Trinkwasserleitungen und elektrisches Licht kommen. Die Preise für Wasser und Strom werden zugunsten des Volkes und nicht wie jetzt gegen das Volk gestaltet. Ehrliche und fähige Leute werden die entsprechenden Betriebe leiten.

### **12. Menschenwürdige Wohnungen werden ein Recht des Volkes sein.**

Die sandinistische Regierung wird sich um den Bau billiger und guter Häuser für die Arbeiter, Angestellten, Bürokräfte und Lehrer bemühen. Es wird keine Häuser mehr geben, die Käfigen oder Streichholzschachteln gleichen. Und wir werden alle daran arbeiten, daß die Wohnviertel Sportplätze bekommen, Parks, in denen Kinder spielen können, asphaltierte und beleuchtete Straßen und Kinderkrippen werden eingerichtet, damit die Mütter, die arbeiten gehen, ihre Kinder dort lassen können. Wir werden darum kämpfen, die Slums und illegalen Siedlungen abzubauen, und alle, die in den Vierteln leben,



werden organisiert sein und über alles bestimmen, was mit ihrem Viertel zu tun hat. Die sandinistische Regierung wird die Mieten für die Häuser kontrollieren und man wird niemandem die Miete erhöhen können. Auch wird kein Mieter mehr auf die Straße gesetzt werden können.

### **13. Gesundheit und Wohlergehen werden Rechte des Volkes sein.**

Die sandinistische Regierung wird von Anfang an mit den Bewohnern der Stadtviertel und Dörfer zusammenarbeiten, um die Abfallhaufen, die stehenden Pfützen, die offenen Kloaken, die alle Ursache vieler Krankheiten sind, zu beseitigen. Und mit der Anstrengung aller werden Tuberkulose und Malaria für immer aus Nicaragua verschwinden. Die Kinder werden nicht mehr an Kinderlähmung, Ruhr und Bronchitis sterben, Krankheiten, die man unter Kontrolle bringen wird und die jetzt nur existieren, weil die Diktatur Somozas uns ihnen aus Fahrlässigkeit aussetzt. Die ärztliche Betreuung in den Krankenhäusern wird sich vollständig verändern. Die Krankenhäuser werden nicht mehr wie Märkte aussehen, sondern man wird neue Hospitäler und Kliniken bauen sowie Gesundheitszentren auf dem Land. Und es werden Gesundheitsbrigaden organisiert, die zu allen ländlichen Orten gehen. Die Sozialversicherung wird nicht länger eine elende, verhaßte Institution sein wie heute, sondern eine menschliche Sozialversicherung, die nicht nur den Versicherten versorgt, sondern seine ganze Familie. Niemand wird sich mehr an den Beiträgen der Versicherten bereichern, und die Zahlungsforderungen aus Alters- und Invalidenrenten sowie aus Lebensversicherungen werden pünktlich erfüllt. Die Sozialversicherung wird Sport-, Erholung- und Kulturzentren eröffnen sowie Kinderkrippen und Kindergärten.

### **14. Die Bildung wird für alle da sein.**

Die Sandinistische Front wird sich von Anfang an dem Kampf gegen den Analphabetismus widmen, damit alle Nikaraguaner lesen und schreiben können und damit alle, auch die Erwachsenen, eine Schule besuchen können, um sich für die Arbeit zu befähigen und fortzubilden. Der größte Haushaltsposten wird der der Erziehung sein, welche kostenlos und obligatorisch für alle sein wird, einschließlich der Sekundarstufe, und alle Grundschulen und höheren Schulen werden öffentlich sein. Die sandinistische Regierung wird mit dem Volk dafür kämpfen, daß überall Schulen errichtet werden, gute Schulen, und daß die Kinder nicht mehr zusammen auf dem Fußboden sitzen müssen.

### **15. Das Gebiet an der Atlantikküste wird eingegliedert und unterstützt werden.**

Die Sandinistische Front wird für die Atlantikküste Nicaraguas ein Notprogramm durchführen ebenso wie für das Gebiet des Rio San Juan. Diese Gebiete werden wirklich in den Rest des Landes integriert und sich mit dem Rest des Landes zusammen weiterentwickeln. Alle Küstenbewohner, Misquitos und Zumos, alle unsere Brüder vom Atlantik werden unter der sandinistischen Regierung arbeiten, um Schulen, Krankenhäuser, Wohnungsbauprogramme und einen funktionierenden Transport auf dem Land- und Wasserweg zu erhalten. Und man wird aufgrund der natürlichen Reichtümer dieses Gebiets, Holz, Fischerei, Bergwerke und Landwirtschaft, ständige Arbeitsplätze schaffen.

### **16. Unsere natürlichen Reichtümer werden verteidigt.**

Alle Bergwerke werden nationalisiert. Die Holzindustrie wird nationalisiert, und die Wälder werden nicht mehr erbarmungslos abgeholzt, sondern man wird in den verwüsteten Gebieten intensive Aufforstung betreiben und die Flüsse und Quellen schützen. Die kommerzielle Fischerei der ausländischen Gesellschaften auf den Meeren wird nicht mehr geduldet, sondern in die Hand des Volkes übergehen, und die Fischer auf den Flüssen, Seen und Meeresküsten, die von ihrer Arbeit leben, werden geschützt und unterstützt, damit sie sich in Kooperativen organisieren.

### **17. Die Banken werden dem Fortschritt des Volkes dienen.**

Alle Mittel der Banken und Finanzierungsgesellschaften werden in den Dienst der Entwicklung Nicaraguas und des Wohlergehens seines Volkes gestellt werden. Die Ersparnisse der Nikaraguaner werden in Projekte investiert, die dem nationalen Wohl dienen. Dollarflucht wird verboten. Die sandinistische Regierung wird auf der Hut sein, daß wir uns nicht weiter unnötig bei ausländischen Regierungen und Banken verschulden. Und kein Darlehen wird zur Bereicherung einer Person dienen.

### **18. Das organisierte Verbrechen wird für immer verschwinden.**

Der Mädchenhandel, die Prostitution, die Spielhäuser und Würfeltische, alle „verbotenen“ Spiele, die roten Zonen und alle Geschäfte der Militärs und der Komplizen Somozas sowie der Bezirkskommandanten, werden von der Sandinistischen Front hinweggefegt. Der

Drogenhandel in den Händen der Militärs, die Diebesbanden und Todesschwadronen, die von der Polizei selbst gedeckt werden, werden aus Nicaragua verschwinden. Der Schmuggel, der von der Diktatur gedeckter Schwarzhandel, der Betrug mit den Steuern, der Raub am Staatshaushalt, die Bestechungsgelder bei den öffentlichen Ausschreibungen, alles, was der Somozismus an Tricks und Ränken aufzuweisen hat, wird von der Sandinistischen Front hinweggefegt werden. Und alle, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, werden sich vor den sandinistischen Gerichten verantworten müssen.

### **19. Die Kriminalität wird bekämpft werden.**

Wir werden die Kinderkriminalität bekämpfen, denn wir werden alle Kinder in den Schulen haben. Und die Gefängnisse werden nicht mehr voll von Jugendlichen sein, die man zum Verbrechen und zur Sucht getrieben hat, noch werden überhaupt junge Leute da sein, denn sie werden die Möglichkeit zur Bildung und zur Arbeit haben. Und wir werden alle daran arbeiten, daß die Zentren der Sucht und die Schulen der Kriminalität aufhören zu existieren.

### **20. Die Folter und der politische Mord werden verschwinden.**

Es wird keine Folter mehr geben, unsere Brüder werden nicht mehr verschwinden, und man wird keine Patrioten mehr ermorden. Und alle Folterer, Mörder und die Richter, die sie deckten, indem sie so taten als seien sie taub, die korrupten Politiker, die ihre Verbrechen vertuschten, alle werden sich vor der sandinistischen Justiz verantworten müssen.

### **21. Wir werden demokratische Freiheiten genießen.**

Jeder wird das Recht haben, seine Meinung zu äußern, wie er will, und niemand wird wegen seiner Ideen verfolgt. Alle Nikaraguaner werden das Recht haben, sich politisch zu organisieren, und das Recht, einer Gewerkschaft, einer Genossenschaft und kommunalen Vereinigung anzugehören. Auch wird niemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Religion verfolgt werden. Vielmehr wird die Sandinistische Front auffordern, bei der Aufgabe, das Land umzuwandeln, mitzuarbeiten. Alle politisch Verbannten und alle, die einmal auf der Suche nach besseren Möglichkeiten ausgewandert sind, werden von der sandinistischen Regierung aufgerufen, in die Heimat zurückzukehren.

### **22. Wir werden darum kämpfen, die Diskriminierung der Frau zu beenden.**

Die Frau wird dem Mann gleichgestellt. Man wird darum kämpfen, die Prostitution und die Knechtschaft abzuschaffen. Die Mütter werden vollen Schutz vom Staat erhalten, und alle Frauen werden ermutigt, sich zu organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen.

### **23. Freie Beziehungen mit der ganzen Welt**

Nicaragua wird Beziehungen zu allen Ländern der Welt unterhalten in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten, die sich für die Entwicklung des Landes ergeben, und wir werden jede ausländische Einmischung beenden. Die sandinistische Regierung wird keine Vereinbarungen anerkennen, die vom Somozismus oder vor dem Somozismus unterschrieben wurden und gegen unsere Unabhängigkeit, Souveränität und Würde verstoßen.

### **24. Eine demokratische Volksarmee**

Die sandinistische Regierung wird eine neue nationale Armee aufbauen, die die Interessen Nicaraguas und des Volkes wirklich verteidigen wird.

Die Soldaten und Offiziere der Nationalgarde, die mit der Sandinistischen Front im Kampf gegen die Tyrannei zusammenarbeiten wollen und in unsere Reihen eintreten oder sich unseren Kräften ergeben, werden das Recht haben, dieser neuen patriotischen Volksarmee anzugehören. Die Mitglieder dieser Volksarmee werden als Männer respektiert und die Soldaten weder demütigender Behandlung ausgesetzt noch diskriminiert und ausgebeutet.

### **25. Die Helden und Märtyrer werden im Herzen des Volkes weiterleben.**

Die im Kampf gegen die Tyrannei Gefallenen, unsere Helden und unsere Märtyrer, werden für immer in der Erinnerung des Volkes leben, und ihr Beispiel wird kommenden Generationen als Leitbild dienen. Ihre Kinder werden auf Kosten des Staates erzogen und die Schulen, Straßen, Plätze und Stadien ihre Namen tragen. Freies Vaterland oder Tod!

Für die Nationale Leitung der  
SANDINISTISCHEN FRONT FÜR DIE  
NATIONALE BEFREIUNG

Daniel Ortega Saavedra, Victor M. Tirado López, Humberto Ortega Saavedra

Irgend ein Ort in Nicaragua, 1978

(Quelle: Lucha Sandinista, Nicaragua, Nr. 3/1978, S. 7-10)



Jürgen Ostrowsky

## „Ungeheurer Wandel“ in Moçambique



Unter dem Titel „Moçambique arbeitet für den Traum der Gleichheit“ schrieb der Guardian, Manchester, am 10. Juli 1978: „Augusto Chigeda weiß nicht viel vom Marxismus oder über den ‚neuen afrikanischen Menschen‘, von dessen Schaffung in Moçambique die Rede ist . . . Aber ohne recht in der Lage zu sein, es zu erklären, begreift Mr. Chigeda, 33, daß eine neue Kraft in sein Leben getreten ist, ein Anstoß, der einen ungeheuren Wandel in sein Gemeinschaftsdorf in Zentral-Moçambique bringt, der unter portugiesischer Herrschaft unvorstellbar gewesen wäre“.

Drei Jahre nach der Unabhängigkeit Moçambiques und ein Jahr nach dem historischen III. Kongreß der FRELIMO sind Teile der liberalen Presse zunehmend bereit die sich allmählich einstellenden Erfolge in der Verbesserung der Lebensbedingungen und die mit ihnen verbundenen grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen auch ohne die gewohnten Ausfälle zu registrieren. Die öffentliche Meinung in der BRD wird dagegen eher von Tiraden von der Machart des Nazi-Propagandaoffiziers Franz Josef Strauß geprägt, für den alle fünf Frontstaaten durch „Unfähigkeit, Mißwirtschaft, Schlamperei, Korruption und Willkür“ in die „Pleite“ manövriert worden sind.<sup>1</sup>

### Katastrophale Ausgangslage

Wie die gesamte Entwicklung Moçambiques in der Phase der volksdemokratischen Revolution seit der Unabhängigkeit derjenigen der Volksrepublik Angola in vielem ähnelt, so glichen sich auch die Ausgangsbedingungen. Staatspräsident Samora Machel umriß sie in seiner Botschaft an die Nation am Unabhängigkeitstag illusionslos und drastisch: „Zu diesem Zeitpunkt, da wir unsere Unabhängigkeit proklamieren, müssen wir uns sorgsam davor hüten, von emotional euphorischen Stimmungen davongetragen zu werden, vor allem, was die Analyse unserer ökonomischen und sozialen Lage angeht. Es mindert in keiner Weise die Größe unseres Kampfes sowie unseres Volkes und unseres Landes, zugeben zu müssen, daß die wirtschaftliche und finanzielle Situation infolge uneingeschränkter Ausplünderung, der vom Kolonialismus aufgezwungenen finanziellen Bedingungen und der wahllosen Ausplünderung unserer Reichtümer katastrophal ist.“<sup>2</sup>

● Zu den Kriegsfolgen kam die Flucht von Zehntausenden von Portugiesen und damit praktisch aller ausgebildeten Fachkräfte, Techniker, Ärzte, Verwaltungsfachleute usw.

● Die Deformation der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes hatte sich u. a. auch in der Landflucht Hunderttausender niedergeschlagen, die in die beiden Großstädte Beira und Maputo (vorher: Lourenço Marques) geströmt waren und dort eine industrielle Reservearmee und ein marginalisiertes Subproletariat gebildet hatten.

● Die wirtschaftliche Abhängigkeit namentlich von Südafrika, aber auch von Rhodesien schlug sich in erheblichen Verlusten nieder, nachdem die VR Moçambique am 3. März 1976 die Grenzen nach Rhodesien geschlossen und die Zahl der in Südafrika arbeitenden Moçambiquaner von 118 000 auf inzwischen weniger als 35 000 reduziert hatte.<sup>3</sup>

● Sabotageakte, Spekulationsgeschäfte, nichterfüllte Lieferungen, Devisenschmuggel usw. schädigten Moçambiques Wirtschaft um beträchtliche Summen.

● Das Territorium der VR Moçambique ist unausgesetzt Ziel von Terrorangriffen des Smith-Regimes, denen bereits mehr als 2 000 Menschen zum Opfer fielen, und die große Verwüstungen anrichteten; allein zwischen Mai 1976 und Juni 1977 fanden 143 derartige Überfälle statt, bei denen 1 432 Zivilisten ermordet und 527 verwundet worden waren, wie Samora Machel im Juni 1977 bekanntgab.<sup>4</sup>

● Zu alledem kamen im Jahre 1977 und 1978 verheerende Unwetter; allein eine Sambesi-Überschwemmung im letzten Jahre machte über 200 000 Menschen obdachlos und verursachte Schäden, die auf über 100 Mio DM geschätzt wurden.

Umso bemerkenswerter sind die Erfolge, die seit der Unabhängigkeit auf vielen Gebieten erzielt wurden, zumal auf jenen, die bereits in der Unabhängigkeitsadresse (s. o.) als vordringlich deklariert worden waren. Dementsprechend war die erste Etappe nach der Unabhängigkeit wesentlich davon gekennzeichnet, das herrschende Chaos zu bewältigen und Grundlagen für die nächsten Schritte zu schaffen, die mit dem Programm festgelegt wurden, das der III. Kongreß im Februar 1977 verabschiedete.<sup>5</sup> Eine Präzisierung hatte bereits die 8. Tagung des Zentralkomitees der FRELIMO im Februar 1976 mit der Losung gegeben: „Allgemeine politische und organisatorische Offensive an der Produktionsfront!“, womit die Bedeutung des ökonomischen Sektors im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Behebung der unmittelbaren Notlagen zusammengefaßt wurde.

Inzwischen hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln weitgehend stabilisiert — nicht zuletzt dank der Einrichtung von rund 200 Volksläden im ganzen Lande. In einigen Produktionszweigen — u. a. in der Erdölverarbeitung, der Zementindustrie und der Düngemittelproduktion,



Branchen, die für Bau- und Landwirtschaft wichtig sind — wurden Zuwachsraten erarbeitet, die es als realistisch erscheinen lassen, daß Ende der 70er Jahre wieder die Produktionszahlen von 1973 erreicht werden können.

Während jedoch die Erfolge im Produktionssektor bei allem Einsatz aufgrund der verheerenden Bedingungen insgesamt noch sehr mühsam erkämpft werden, demonstrieren die Entwicklungen auf anderen Gebieten die Potenzen, die durch die revolutionären Maßnahmen der FRELIMO freigesetzt worden sind.

Über 90 % der Bevölkerung Moçambiques waren 1974 Analphabeten. Seither haben Zehntausende Lesen und Schreiben gelernt, das Erziehungswesen wurde verstaatlicht. Um der Priorität gerecht zu werden, welche die FRELIMO der Ausbildung im Lesen und Schreiben beimißt, ist geplant, 3 400 Lehrer hierfür in einer 1978 gestarteten Kapagne auszubilden. Seit der Unabhängigkeit wurden bereits über 2 000 Lehrer ausgebildet und etwa 12 000 gingen durch Wiederholungskurse. Die Schülerzahlen in den Grundschulen stiegen von 690 000 1974 auf 1,3 Mio im Jahre 1977, die Zahl der Sekundarschulen innerhalb von zwei Jahren von 43 auf 103. Neue Schulbücher, die der Realität Moçambiques gerecht werden und diejenigen aus der Kolonialzeit ersetzen, werden entworfen und gedruckt. „Man braucht nur nachts durch die Straßen von Maputo zu gehen und sehen, wie die Arbeiter aus den Abendschulen strömen, um einen Eindruck zu erhalten, welch ungeheurer Drang nach Bildung besteht“, faßt das Magazin Africa einen Bericht zusammen.<sup>6</sup>

Im ebenfalls verstaatlichten Gesundheitswesen wurden ähnlich dramatische Fortschritte erzielt. Erstmals in der Geschichte Moçambiques wurde eine landesweite Impfkampagne gegen Pocken und Masern durchgeführt, die über die Hälfte der Bevölkerung erfaßte. 1978 wurde in Moçambique im Gegensatz zu seinen Nachbarländern kein einziger Fall von Pocken registriert. Das Schwergewicht liegt auf der vorbeugenden Gesundheitsversorgung; sie wird vor allem gewährleistet durch ein Sy-

stem in sechsmonatigen Kursen ausgebildeter Frauen und Männer, die insbesondere in den ländlichen Gemeinden die medizinische Versorgung aufrecht erhalten.

Da Miethäuser, Grund und Boden verstaatlicht sind, sanken die Mieten auf Bruchteile dessen, was sie in der Kolonialzeit betrug. Sie gehören, wie Samora Machel anläßlich der Eröffnung der ersten Volksversammlung der VR Moçambique am 31. August 1977 stolz betonte, zu „den niedrigsten auf dem afrikanischen Kontinent“. 7 Tausende von vormals obdachlosen Familien konnten zudem in von den geflohenen Portugiesen verlassene Häuser einziehen und damit die Lage in den Slums verbessern helfen.

## Radikale Veränderungen

Diese Erfolge sind Ergebnisse des Umgestaltungsprozesses, den der Sieg der Befreiungsbewegung 1975 einleitete. Die damit initiierte Phase der volksdemokratischen Revolution beinhaltet, „die Grundlagen für den Sozialismus (zu) schaffen, . . . die Produktionsverhältnisse in unserem Land radikal (zu) verändern und unsere Wirtschaft (zu) entwickeln“.<sup>8</sup>

Diese Orientierung impliziert, wie der südafrikanische Marxist Joe Slovo in einer Analyse festhält, eine Reihe von Grunderfordernissen wie: Existenz einer relativ entwickelten modernen industriellen Basis; Errichtung eines neuen Staates mit Kontrolle über die Produktionsmittel, der nur im Kampf gegen innere und äußere Feinde geschaffen werden kann, die sich dem Transformationsprozeß widersetzen; Führung dieses Kampfes nur durch eine revolutionäre Vorhutpartei, die vom wissenschaftlichen Sozialismus geleitet wird; Überwindung der Abhängigkeit von der kapitalistischen Weltwirtschaft, um diese Errungenschaften dauerhaft zu stabilisieren.<sup>9</sup>

Die Verstaatlichung zunächst von verlassenen Fabriken, Farmen, Hotels, Geschäften usw. sowie von Unternehmen, deren Besitzer illegaler Praktiken überführt worden waren, schließlich bestimmter Schlüsselindustrien wie der Erdölraffinerien, war bereits am 24. Juli 1975 begonnen worden. Inzwischen wurden das Bankenwesen und die Kohlengruben ebenfalls verstaatlicht. Zur Schaffung der ökonomischen Basis des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus beschloß die erste nationale Planungskonferenz der FRELIMO im März 1978 den Aufbau einer Schwerindustrie in den 80er Jahren. Die Landwirtschaft soll die Basis hierfür schaffen, was wiederum voraussetzt, daß deren Rückständigkeit überwunden wird. Dies betrifft zum einen das extreme Stadt-Land-Entwicklungsgefälle, zum anderen die niedrige Produktivität des größten Teils der in der Landwirtschaft tätigen Moçambiquaner, nämlich derjenigen, die in der Subsistenzwirtschaft tätig sind. Die Instrumente, mit denen die Entwicklung betrieben wird, stellen zum einen die Gemeinschaftsdörfer dar, zum anderen die Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen und Staatsfarmen.

Von 1975 bis 1978 wurden etwa 1 500 Gemeinschaftsdörfer („aldeias comunais“) gegründet, in denen bereits mehrere hunderttausend Moçambiquaner gemeinsam leben und arbeiten. Die weitest entwickelten verfügen über Schulen, Krankenversorgungsstationen, Kindertagesstätten und Handelskooperativen; die Bebauung des Landes erfolgt kollektiv; einige besitzen auch elektrische Stromversorgung. Eine 1978 gebildete nationale Kommission soll die Gründung und Organisation derartiger Kommunen anleiten und beraten. Obwohl vielfach Fehler gemacht wurden — z. B. die Ansiedlung solcher Gemeinden in schwer erreichbaren Gegenden, die den Transport von Gütern erschwerte — liegt die Attraktivität dieser neuartigen Ansiedlungen auf der Hand.

Vielfach aus der Bildung solcher Kommunen entwickelte sich die Gründung von landwirtschaftlichen Kooperativen — umgekehrt wurden etliche Gemeinschaftssiedlungen von Kooperativen gegründet. Zu Beginn des Jahres 1978 gab es in sieben der zehn Landesprovinzen insgesamt 134 landwirtschaftliche Kooperativen mit etwa 15 000 Mitgliedern.



Moçambique auf Wacht!



# Samora Machel

## Mißbrauchte Loyalität der Frontstaaten

Für den Imperialismus sind die „Apartheid“ in Südafrika, der Kolonialismus in Namibia und die Herrschaft der Siedler in Zimbabwe historisch verloren.

Die taktische Zweckmäßigkeit, die Notwendigkeit des täglichen Überlebens des Kapitalismus bestimmt die Unvermeidlichkeit seiner Allianz mit diesen Regimes. Im südlichen Afrika erlebt der Imperialismus überdies ein Dilemma. Es handelt sich um den Widerspruch zwischen seinen taktischen Allianzen und dem strategischen Ziel, die politische und ökonomische Vorherrschaft zu erhalten und auszubauen.

Wir kennen dieses Problem gut aus der Zeit der kolonialen Vorherrschaft in unserem Land. Der Imperialismus erlebte den Widerspruch, einerseits den portugiesischen Kolonialismus konsequent auf militärischem und ökonomischen Gebiet zu unterstützen, andererseits auf diplomatischem Gebiet der Form halber eine permanente Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, um nicht durch den unvermeidlichen Sturz des Kolonialismus mitgerissen zu werden.

Wir beobachten gegenwärtig den Versuch des Imperialismus, die Formel zu finden, die ihm eine Kompromißlösung für die aktuelle Lage im südlichen Afrika erlaubt. Der Kraft der westlichen Propagandamaschine konzentriert sich auf der Ebene der öffentlichen Meinung darauf, die Situation in unserer Zone auf das Problem der Vorherrschaft der weißen Minderheiten zu reduzieren. Der Imperialismus arbeitet darauf hin, daß Namibia und Zimbabwe — über einen Prozeß der Vereinfachung und durch Analogie zu Südafrika — als Länder angesehen werden, in denen das, was zur Diskussion stünde, lediglich das Minderheiten-Regime sei. Der koloniale und illegale Charakter der gegenwärtigen Regimes in Namibia und Zimbabwe wird so verschleiert. Der bewaffnete Befreiungskampf wird im kapitalistischen Westen behandelt wie die Fahne des Rassenkrieges in diesem Teil der Welt, wie ein Konflikt, in dem sich weiße und schwarze Extremisten gegenüberstehen.

### Westmächte für die Befreiung Zimbabwes?

Der Imperialismus erhält auf diese Weise seine öffentliche Meinung vorbereitet, um eine eventuelle direkte Intervention zu einem beliebigen Zeitpunkt zu rechtfertigen. Der Imperialismus profiliert sich als fester Gegner der rassistischen Minderheitsregimes aber als Beschützer des Lebens der Siedler und ihrer Güter, als Garant einer ruhigen Lösung. Und so stellt der Imperialismus die Koexistenz zwischen der Befreiung der Völker von Südafrika und der Aufrechterhaltung der bestehenden ökonomischen und sozialen Struktur von Ausbeutung und Demütigung als möglich hin. Wir müssen begreifen, daß der Manövrierraum des Imperialismus durch unsere eigenen Fehler erweitert wird. Unsere fundamentalen Irrtümer gehen auf den traditionellen guten Willen und die traditionelle afrikanische Ehrlichkeit zurück. Seit 500 Jahren empfangen wir in Afrika Leute, die oft mit dem Ziel zu herrschen und auszubeuten kamen, als Brüder, als Ehrenmänner.

Mit derselben Haltung empfangen wir in den letzten Jahren britische, dann nordamerikanische Führer, die uns ihre Lösungsvorschläge für das südliche Afrika, insbesondere für Zimbabwe, brachten. Die „Frontstaaten“ und allgemein der afrikanische Kontinent empfangen diese Führer und Vorschläge mit Ehrlichkeit und in gutem Glauben. Im konkreten Fall von Zimbabwe ist das Regime derartig unmenschlich und verhaßt, daß wir uns überzeugen ließen, daß wir wirklich einen gemeinsamen Feind hätten. Wir waren überzeugt, daß für uns alle das Haupthindernis für die Befreiung von Zimbabwe Smith und sein illegales Regime sei. Wir dachten, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika auf unserer Seite stehen könnten bei der Unterstützung für die Sache der Befreiung des Volkes von Zimbabwe und bei der Entfernung des illegalen Regimes von Smith.

Unsere Offenheit, die Loyalität, mit der die „Frontstaaten“ Briten und Amerikaner zu beraten suchten, erlaubte dem Imperialismus, seine Strategie zu perfektionieren, erlaubte dem Imperialismus die Manöver, mit denen er bisher das Regime von Smith halten konnte. Für den Imperialismus war es nicht das Hauptziel seiner Aktion, Smith zu beseitigen. Für den Imperialismus ist es das Hauptziel, die Befreiungsbewegung zu zerstören, jedwede Organisationsform zu zerstören, die dem Volk erlauben würde, sich zu befreien. (. . .)



Als unsere Wirtschaft in der Übergangskrise steckte, als die ausländischen Techniker unsere Produktionsstätten verließen, als die bedeutendsten Landbesitzer das Vieh töteten, die Maschinen sabotierten und die Felder nicht bestellten, als unser Volk den wütenden Attacken der Siedler gegenüber stand, wandten wir die Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft an und schlossen die Grenzen zu dem illegalen Regime. Für unser Volk, das mit dem nationalen Wiederaufbau beschäftigt war, bedeutete diese Entscheidung ein gewichtiges ökonomisches und finanzielles Opfer.

Ununterbrochen überfallen und heimgesucht von der mörderischen Brutalität des Rassisten-Regimes blieben wir fest und entschlossen bei der Hilfe für das Volk von Zimbabwe. Heute, da unsere Verteidigungskraft gestärkt ist, ist unsere Festigkeit noch größer, unsere Entschlossenheit noch unbeugsamer.

Der Internationalismus unseres Volkes, geschmiedet und entwickelt im bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung, gründet sich auf feste Prinzipien, lebet in unserer täglichen Praxis und ist ein wesensmäßiges Element unserer Kultur, der moçambiquanischen Persönlichkeit. Geboren im bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung, unterstützt die Volksrepublik Moçambique als freies und souveränes Land heute und auch in Zukunft den heroischen Kampf des Volkes von Zimbabwe für seine Befreiung.

### Stütze im bewaffneten Befreiungskampf

Wir lehnen die Vorstellung entschieden ab, daß der Weg des bewaffneten Kampfes und der Weg von Verhandlungen Alternativen oder Gegensätze im Prozeß der nationalen Befreiung seien. Wir lieben den Krieg nicht, aber wir glauben, daß wenn der Widerspruch antagonistisch und unlösbar ist, nur der Krieg den Frieden bringt. Unser Volk pflegt zu sagen: „Um Tee zu trinken, muß man Wasser erhitzen und nah beim Herd sein.“

Gespräche sind ein wichtiger Faktor für den Sieg, aber nicht der entscheidende Faktor. Wir sind uns darüber im Klaren, daß die Verhandlungen unter diesen Umständen immer ein Ergebnis des siegreichen bewaffneten Kampfes sind. Die Volksrepublik Moçambique geht davon aus, daß der bewaffnete Kampf der wichtigste und entscheidende Faktor des Sieges ist.

Die Volksrepublik Moçambique unterstützt das Volk von Zimbabwe in seinem gerechten Kampf für die Befreiung des Vaterlandes. Die Volksrepublik Moçambique unterstützt entschlossen die Patriotische Front, den legitimen Repräsentanten der Bestrebungen des Volkes von Zimbabwe.

Zimbabwe wird unabhängig sein.

Das Volk von Zimbabwe wird siegen.

Afrika wird triumphieren.

Der Kampf geht weiter.

(Quelle: Noticias, Maputo, 16. 9. 1978)



Parallel hierzu wurden Staatsfarmen gebildet oder große derartige Farmen in Staatsbesitz übernommen, wie z. B. die im Juli unter Sabotagevorwurf übernommene Sena Zuckerrohr-Plantage; auf ihnen wird vor allem produziert, was für die Lebensmittelversorgung der Städte notwendig ist. Sie umfassen vor allem den größten Teil des Landes der ehemaligen portugiesischen Siedler und kontrollieren heute 80 % der Produktion von Reis, Gemüse und Zitrusfrüchten.

Mit der Einführung und Entwicklung dieser neuen Organisationsformen im landwirtschaftlichen Bereich wurde ein tiefgreifender revolutionärer Strukturwandel in Gang gesetzt, der in den Dokumenten des III. Kongresses präzise beschrieben wird.

### Avantgarderolle der FRELIMO-Partei

In Auswertung der Erfahrungen des eigenen Kampfes und in Anwendung allgemeingültiger Prinzipien des revolutionären Kampfes verankerte die FRELIMO in den Entscheidungen ihres III. Kongresses grundlegende Orientierungen: die Konstituierung der FRELIMO zur Avantgardepartei des Proletariats im Bündnis mit der Bauernschaft anstelle der Front, welche sie bis dahin darstellte; die Schaffung eines neuen Staatsapparates und seiner Organe; die Schaffung von Instrumenten der Planung und der demokratischen Beteiligung bzw. der Selbstbestimmung der werktätigen Massen namentlich im Produktionsbereich.

Gemäß ihrer Definition der Arbeiterklasse als der führenden Kraft des revolutionären Prozesses orientierte die FRELIMO bei der Umstrukturierung der Partei darauf, in erster Linie Angehörige dieser Klasse als Mitglieder zu gewinnen. Bereits die Zusammensetzung der Delegierten zum III. Kongreß spiegelte diese Intention wider: Unter ihnen befanden sich zu 40 % Arbeiter. Während der Kampagne im Jahre 1978 wurden Tausende Arbeiter, Bauern und Soldaten sowie Intellektuelle in die Partei aufgenommen und organisierten sich in Hunderten von Parteizellen, die vielfach die Dynamisierungsgruppen ersetzen, die in der ersten Etappe nach der Revolution bei der Abwehr der Konterrevolution und bei der Rekonstruktionsarbeit die Hauptarbeit geleistet hatten.

Noch 1977 wurden auf lokaler, Distrikt-, Stadt- und Provinzebene die Wahlen zu den jeweiligen Versammlungen durchgeführt, die von den Wahlen zur Volksversammlung abgeschlossen wurden. Auch ihre Zusammensetzung kennzeichnet mit einem Anteil von 31 % den hohen Stellenwert, welcher der Arbeiterklasse beigemessen wird; der Anteil der Frauen bewegt sich zwischen 12 % und immerhin 28 % (auf der Ebene der Ortsversammlungen). Hauptaufgabe dieser Versammlungen ist neben anderem die Wahl von Exekutivorganen für die Verwaltung und Leitung zahlreicher Aufgabengebiete, die damit an die Stelle der traditionellen staatlichen Institutionen treten. Eine gesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus die Werktätigen einbezieht, Mitbestimmungsformen auf betrieblicher Ebene (Produktionsräte z. B.) und der beschleunigte Ausbau demokratischer Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände)<sup>10</sup> sind die weiteren Elemente des Aufbaus einer neuen Gesellschaft in Moçambique.

Die Geschichte der FRELIMO ist stark geprägt von Auseinandersetzungen zwischen den Kräften, die eine revolutionäre Perspektive als notwendiges Ergebnis der Kampferfahrungen anstrebten und jenen, die diesen Weg nicht zu beschreiten bereit waren. Diese Auseinandersetzungen sind weder beendet, noch ist die Entwicklung in Moçambique unproblematisch: Die Auseinandersetzungen um den Kurs der landwirtschaftlichen Entwicklung und die Entlassung des bisherigen Landwirtschaftsministers zeigt dies; das Ziel, in den 80er Jahren eine Schwerindustrie aufzubauen in einem Lande, das bislang kaum Voraussetzungen hierfür hat, beinhaltet weitere Probleme. Die entscheidende Gefährdung kommt indes von außen.

Moçambique befreite sich nicht zuletzt dank der internationalistischen Hilfe der afrikanischen Länder, der sozialistischen Staaten und der internationalen Solidaritätsbewegung. Die Volksrepublik Moçambique unterstützt heute ihrerseits die Befreiungsbewegungen in Südafrika, Namibia und Zimbabwe. Gerade letztere Unterstützung verlangt dem Land immense Opfer ab. „Aber ausschlaggebend für uns war, unsere internationalistische Pflicht zu erfüllen und unnachgiebig die gerechte Sache des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu verteidigen“.<sup>11</sup>



Demonstration in Maputo nach der Schließung der Grenze zu Rhodesien 1976

Moçambique befindet sich im Krieg mit dem rhodesischen Smith-Regime und ist zudem auf eine prekäre Koexistenz mit dem benachbarten Südafrika angewiesen. Brutale Aggressionen und Massaker, Sabotageversuche, internationale Propagandakampagnen sind Bestandteile des Versuchs der rassistischen Regimes und ihrer imperialistischen Verbündeten, Moçambique — ebenso wie Angola — zu destabilisieren und eine konterrevolutionäre Entwicklung einzuleiten. In Rhodesien werden Söldner unter Leitung des portugiesischen Industriellen Jardim ausgebildet, der schon 1974 den Versuch unternommen hatte, durch einen Putsch den Sieg der FRELIMO zu verhindern.<sup>12</sup> Ein weiterer wesentlicher Grund für die Attacken und für das Zusammenspiel mit reaktionären Kräften auch in Afrika gegen Moçambique ist die Beispielwirkung, die von revolutionären Entwicklungen wie dieser oder der in Angola ausgeht.

Gestützt auf fortgesetzte internationalistische Hilfe wird die VR Moçambique den Angriffen der Reaktion gegenüber bestehen können. Allerdings: „Es ist ein dringendes Gebot, daß sich die internationale Solidarität in einer konkreteren und aktiveren Art und Weise manifestiert. Das moçambiquanische Volk braucht dringend materielle Hilfe, um die schweren Konsequenzen zu überstehen, auf die wir schon hingewiesen haben“!<sup>13</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Nach: Bayernkurier, München, 1. 4. 1978
- 2) Mozambique Revolution, Nr. 61, Independence Issue, S. 22
- 3) Vgl. auch: Frankfurter Rundschau, 23. 8. 1978
- 4) S. Machel, Der offene Krieg des Smith-Regimes, in: AIB 9/1977, S. 25
- 5) Bericht an den III. Kongreß und Programm der FRELIMO in: AIB 4 und 5/1977
- 6) Angaben und Zitat nach: Africa, London, Nr. 82, S. 64 f
- 7) Nach: African Communist, London, Nr. 1/1978, S. 36
- 8) Bericht an den III. Kongreß, in: AIB 4/1977, S. 11
- 9) J. Slovo, Lessons Of The Mozambican Revolution, in: African Communist, Nr. 2/1978, S. 35
- 10) Vgl. Hierzu: Neues Deutschland, Berlin, 15. 3. 1978; L'Economiste du tiers monde, Paris, Mai 1978, S. 14/15
- 11) S. Machel, a. a. O., S. 24
- 12) Vgl. hierzu: AIB 11—12/1974
- 13) S. Machel, a. a. O., S. 26



Eine erste entschiedene Absage an die Vereinbarungen von Camp David hatte bereits die 3. Gipfelkonferenz der Arabischen Front der Standhaftigkeit vom September 1978 in Damaskus formuliert (Dokumente siehe AIB 11—12/1978). Ende Oktober erweiterte sich die Gegenfront um das progressive Ölland Irak, als sich die verfehdeten baathistischen Regimes Syriens und des Irak auf eine gemeinsame Aktionscharta gegen die „verräterischen Vereinbarungen“ zwischen Ägypten, Israel und den USA einigen konnten. Auf dieser Grundlage wurde die Einberufung der 9. Arabischen Gipfelkonferenz nach Bagdad zu Anfang November möglich, an der lediglich Ägypten nicht teilnahm. Sie erbrachte in Gestalt der hier dokumentierten Abschlusserklärung ein gesamtarabisches Nein zur Separatfriedenspolitik Sadats, eine Rückendeckung für die antiimperialistischen Kräfte der Standhaftigkeitsfront. Wenngleich Saudi Arabien eine ausdrückliche Verurteilung der USA und unmittelbare Boykottmaßnahmen gegen Ägypten zu blockieren vermochte, so mußte doch deren Androhung im Falle des Zustandekommens eines ägyptisch-israelischen Separatfriedensvertrages als schallende Ohrfeige für die US-Nahoststrategie gelten. Bedeutungsvolle Ergebnisse des Bagdader Gipfels sind ferner die Einigung auf einen gemeinsamen Militärplan gegen jegliche israelische Aggressionsvorhaben und auf einen jährlichen Fonds in Höhe von 3,5 Mrd Dollar für die arabischen Frontparteien Syrien (1,8 Mrd Dollar), Jordanien (1,2 Mrd Dollar), PLO (300 Mio Dollar) und die Palästinenser der okkupierten Gebiete (100 Mio Dollar), nicht aber für Ägypten. Insbesondere Syrien und die PLO gehen gestärkt aus dem Bagdader Gipfel hervor.

## 9. Arabische Gipfelkonferenz Deklaration von Bagdad



Auf Initiative der Regierung der Republik Irak und auf Einladung von Präsident Marschall Ahmed Hassan al-Bakr fand vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad die 9. Arabische Gipfelkonferenz statt. Die Beratungen der Gipfelkonferenz offenbarten ein starkes Gefühl nationaler Verantwortung und ein gemeinsames Bekenntnis zur Einheit der arabischen Haltung gegenüber den Gefahren und Herausforderungen, mit denen die arabische Nation konfrontiert ist — insbesondere nach den Entwicklungen im Anschluß an die Unterzeichnung der beiden Abkommen von Camp David durch die ägyptische Regierung —, sowie mit ihren Auswirkungen auf den arabischen Kampf mit dem Ziel, der zionistischen Aggression gegen die arabische Nation entgegenzutreten.

Ausgehend von den Prinzipien, zu denen sich die arabische Nation bekennt, auf der Grundlage der Einheit des arabischen Schicksals und in Fortführung der Tradition der gemeinsamen arabischen Aktion bekräftigt die Konferenz die folgenden Grundprinzipien:

**1. Die Palästinafrage** ist eine arabische Schicksalsfrage und bildet das Kernproblem des Kampfes gegen den zionistischen Gegner. Diese Frage betrifft alle Söhne der arabischen Nation und der Länder, aus denen sie besteht, da sie am Kampf beteiligt und bereit sind, alle erforderlichen materiellen und moralischen Opfer zu bringen.

Der Kampf für die Rückgewinnung der arabischen Rechte in Palästina und in den besetzten arabischen Territorien ist eine

panarabische Verantwortung, und **alle** Araber sollten sich daran beteiligen, jeder von seiner Position aus und mit den ihm zur Verfügung stehenden militärischen, wirtschaftlichen, politischen und anderen Mitteln. Der Kampf gegen den zionistischen Feind geht über den Kampf der Staaten hinaus, deren Gebiete 1967 besetzt wurden, und erstreckt sich auf die gesamte arabische Nation. Der Grund dafür liegt in der Gefahr, die der zionistische Gegner in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die gesamte arabische Nation und ihre wichtigsten nationalen Interessen, ihre Zivilisation und ihr Geschick darstellt — eine Tatsache, die alle arabischen Staaten verpflichtet, ihre Verantwortung für die Beteiligung an diesem Kampf mit ihrem ganzen Potential wahrzunehmen.

**2. Alle arabischen Staaten** sollten auf jede Art den palästinensischen Widerstandskampf in seinen verschiedenen Formen unterstützen, indem sie **der Palästinensischen Befreiungsorganisation** — die als einzige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes betrachtet wird — sowohl innerhalb als auch außerhalb der besetzten Gebiete **Hilfe und Beistand leisten** mit dem Ziel, die Befreiung zu verwirklichen und die nationalen Rechte des Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung und auf Gründung eines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium, zurückzugewinnen. Alle arabischen Staaten verpflichten sich ferner, die nationale Einheit der Palästinenser zu schützen und sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der palästinensischen Aktion zu



enthalten.

3. Bekräftigung der in den Resolutionen der Arabischen Gipfelkonferenzen, insbesondere der 6. und 7. Gipfelkonferenz in Algier bzw. Rabat, enthaltenen Verpflichtungen.

4. Entsprechend den bisherigen Ausführungen gehört es zu den Grundprinzipien, die nicht verletzt oder abgeschwächt werden dürfen, daß es keiner arabischen Partei gestattet ist, die Regelung der palästinensischen Frage im besonderen und des arabisch-zionistischen Kampfes im allgemeinen einseitig in die Hand zu nehmen.

5. Es wird keine Regelung akzeptiert, die nicht mit einem Beschluß einer zu diesem Zweck einberufenen Arabischen Gipfelkonferenz verbunden ist.

Auf der Arabischen Gipfelkonferenz wurden die beiden Abkommen erörtert, die die ägyptische Regierung in **Camp David** unterzeichnet hat. Sie werden als Verletzung der Rechte der palästinensischen Volkes und der arabischen Nation auf Palästina und die besetzten arabischen Gebiete betrachtet. Es wird der Standpunkt vertreten, daß sie außerhalb des kollektiven arabischen Rahmens abgeschlossen wurden, im Widerspruch zu den auf höchster Ebene getroffenen arabischen Beschlüssen stehen — vor allem den Resolutionen der Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat, der Charta der Arabischen Liga und den UNO-Resolutionen über die Palästinafrage — und nicht zu dem gerechten Frieden führen, den die arabische Nation anstrebt. Deshalb wurde auf der Gipfelkonferenz **beschlossen, diese beiden Abkommen nicht zu billigen und ihre Konsequenzen** auf politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und anderer Ebene **nicht anzuerkennen**.

Auf der Gipfelkonferenz wurde entschieden, die Regierung der Arabischen Republik Ägypten aufzufordern, von diesen beiden Abkommen abzugehen und keinen Waffenstillstandsvertrag mit dem zionistischen Feind zu unterzeichnen. Gleichzeitig wurden die Hoffnung geäußert, daß sie in die Reihen der gemeinsamen arabischen Aktion zurückkehren und darauf verzichten wird, in der Frage des arabisch-zionistischen Kampfes einseitige Aktionen zu unternehmen. In diesem Zusammenhang wurde auf der Gipfelkonferenz eine Reihe von Beschlüssen angenommen, um der neuen Phase gerecht zu werden und die Ziele und Interessen der arabischen Nation zu schützen — in der Überzeugung, daß die arabische Nation wie während ihrer ganzen Geschichte in der Lage ist, mit kritischen Situationen und jeglichen Herausforderungen fertigzuwerden, weil sie Recht, Gerechtigkeit und ihre nationale Existenz verteidigt.

Auf der Gipfelkonferenz wurde die Notwendigkeit gemeinsamer allarabischer Anstrengungen betont, um das strategische Ungleichgewicht zu überwinden, das durch das Ausscheiden Ägyptens aus dem Bereich der Konfrontation entstanden ist. Auf der Gipfelkonferenz wurde beschlossen, daß die Staaten, die bereit und fähig dazu sind, durch effektive Anstrengungen ihre Teilnahme koordinieren. Auf der Gipfelkonferenz wurde auch die Notwendigkeit bestätigt, an den arabischen Boykottbestimmungen festzuhalten und sie strikt anzuwenden. Auf der Gipfelkonferenz wurden Mittel und Wege geprüft, um die arabische Nachrichtengebung für das Ausland zu verbessern und so der gerechten arabischen Sache zu dienen. Auf der Gipfelkonferenz wurde beschlossen, jährlich Gipfelkonferenzen abzuhalten. Der 9. November eines jeden Jahres wurde als Termin für die Einberufung einer solchen Konferenz festgelegt.

Die Prüfung der arabischen und der internationalen Situation auf der Gipfelkonferenz brachte die Bestätigung für die Verpflichtung der arabischen Nation zu einem gerechten Frieden auf der Grundlage eines vollen „israelischen“ Abzugs von allen arabischen Territorien, die 1967 besetzt wurden, einschließlich des arabischen Jerusalem, und zum Schutz der unveränderlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung seines nationalen Territoriums.

Auf der Gipfelkonferenz wurde beschlossen, umfassendste internationale Aktivitäten einzuleiten, um die Rechte des palästi-

nensischen Volkes und der arabischen Nation darzulegen. Allen Ländern, die auf der Seite der arabischen Rechte und der gerechten Sache stehen, wurde höchster Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Auf der Gipfelkonferenz wurden die Syrische Arabische Republik und ihre tapfere Armee, das Haschemitische Königreich Jordanien und seine tapfere Armee gewürdigt. Es wurde auch Stolz über den Kampf des palästinensischen Volkes und die Standhaftigkeit dieses Volkes innerhalb der besetzten Gebiete zum Ausdruck gebracht.

Auf der Gipfelkonferenz wurde die nationale Charta für Aktionseinheit begrüßt, die unlängst zwischen den beiden Bruderstaaten **Syrien und Irak** vereinbart wurde. Sie ist ein bedeutender Erfolg auf dem Wege der arabischen Solidarität.

Auf der Gipfelkonferenz wurde auch große Anerkennung für die Initiative der brüderlichen Regierung Iraks unter der Führung von Präsident Marschall Ahmed Hassan al-Bakr zum Ausdruck gebracht, die die Einberufung der arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad gefordert hatte, um die arabischen Reihen zu schließen und gemeinsame arabische Anstrengungen zu organisieren, um so mit den Gefahren fertigzuwerden, denen sich die Nation im Augenblick gegenübersteht. Es wurden auch die wertvollen Anstrengungen gewürdigt, die Präsident Ahmed Hassan al-Bakr unternommen hat, um den Erfolg der Gipfelkonferenz zu sichern.

Auf der Gipfelkonferenz wurde auch eine Reihe von Resolutionen und Maßnahmen angenommen, um der neuen Etappe gerecht zu werden und die Ziele und Interessen der arabischen Nation zu schützen — in der Überzeugung, daß die arabische Nation durch ihr moralisches und materielles Potential und auf der Grundlage ihrer Solidarität in der Lage ist, mit allen schwierigen Situationen und allen Herausforderungen fertigzuwerden — wie es in der gesamten Geschichte immer der Fall gewesen ist —, da sie Recht, Gerechtigkeit und ihre nationale Existenz verteidigt.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 47/1978)



ASK-Postkartenserie "Solidarität hilft siegen". 12 farbige Hochglanzpostkarten von Künstlern aus Chile, Südafrika, Palästina und Vietnam. Preis: 8,- DM. Bestellungen an: ASK, Eichwaldstr. 32, 6 Frankfurt/M.



# Prämienangebot für die Werbung neuer AIB-Abonnenten

Ihre Werbung neuer Abonnenten ist uns eine große Hilfe. Wir bieten Ihnen dafür eine Reihe von Buch- und Schallplattenprämien an.

Voraussetzung für die Zusendung der Prämie an Sie ist allerdings, daß die Abonnement-Gebühren für 1 Jahr überwiesen wurden, beide Namen und Anschriften vollständig eingetragen sind und die Unterschrift nicht vergessen wurde.

Anschrift: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

## ● Für einen Abonnenten:

G. Bröner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution. Analyse und Dokumentenanhang  
 H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser  
 H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!  
 P. Schütt, Vietnam – 30 Tage danach  
 Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität  
 E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)  
 E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch  
 Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika – Bonn 1975  
 J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer  
 Tage mit Ho Chi Minh. Erinnerungen von Kampfgefährten  
 R. Wünsche, D. Weidemann u. a., Die Staaten Afrikas und Asiens  
 R. Maslowski, Deutsches Geld und Dritte Welt. Beispiel Brasilien  
 Arbeitskreis Festival, Kuba und die Festivalbewegung

## ● Für zwei Abonnenten:

Ruth Werner, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien  
 M. Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe  
 S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers  
 K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika  
 E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents  
 S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern  
 A. Iskenderow, Die nationale Befreiungsbewegung. Probleme, Gesetzmäßigkeiten, Perspektiven  
 M. Jürgens/Th. Metscher (Hg.), Kunst und Kultur des demokratischen Chile  
 G. Stuby/E. Wulff (Hg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile  
 Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika  
 Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile  
 J. Ostrowsky/W. Geisler, Südafrika

## ● Für drei Abonnenten:

H. Stütz, Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft  
 B. Kübler (Hg.), Cuba Libre. Fotos K. Rose. Texte A. Guha, F. Niess, D. Roos  
 Chile-Kunstmappe des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees



## HIER AUSFÜLLEN

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Buchwunsch: \_\_\_\_\_



## Bundesdeutsche Entwicklungspolitik



Während die Fachliteratur über allgemeine Fragen der Unterentwicklung und Entwicklung in den letzten Jahren ins nahezu Unüberschaubare gewachsen ist, besteht ein auffälliger Mangel an konkreten Untersuchungen bzw. Einführungen zur westdeutschen Dritte Welt-Politik.

Um ein vom Standpunkt der traditionellen bürgerlichen Entwicklungsländerwissenschaft geschriebenes Standardwerk handelt es sich bei **D. Keschull/K. Fasbender/A. Naini, Entwicklungspolitik. Eine Einführung, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Westdeutscher Verlag, Opladen 1976, 300 S., 29,— DM.**

Die Autoren (Mitarbeiter des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs, Keschull ist zudem Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim BMZ) sind darum bemüht, entwicklungspolitische Fragestellungen allgemeiner Natur in Zusammenhang mit der konkreten Entwicklungspolitik der BRD darzustellen. Sie gehen dabei von der Prämisse aus, daß sich im Laufe der 2. Entwicklungsdekade die „Gefahr“ eines endgültigen Zusammenbruchs der Entwicklungshilfeidee“ (S. 18, zit. nach der Auflage 1975) abzeichnet, der die kapitalistischen Industrieländer mit einer „flexibleren Haltung“ (S. 19) als bisher begegnen müßten.

Als „Patentlösung“ zur Überwindung der Unterentwicklung wird eine Wirtschaftsplanung als „Dritter Weg“ zwischen den Extremen der freien Marktwirtschaft und der bis ins kleinste regulierten Zentralverwaltungswirtschaft“ empfohlen. (S. 160), womit eine Funktionalisierung von Planungsmethoden für die Förderung eines kapitalistischen Entwicklungswegs gemeint ist. Unterstrichen wird diese Orientierung durch die Apologetik der ausländischen Privatinvestitionen in der Dritten Welt.

Ein Zeugnis für die eingeschränkte Kritikfähigkeit der Autoren ist auch ihre Auseinandersetzung mit dem Neokolonialismusproblem, die den Abschluß des Buches bildet. Neokolonialismus verstehen sie ausschließlich als Status-quo-Politik der westlichen Metropolen im Bündnis mit den privilegierten Gruppen innerhalb der Entwicklungsländer (S. 230), nicht jedoch als System der Anpassung imperialistischer Politik an die neuen Existenzbedingungen des zusammengebrochenen Kolonialsystems. Von dieser Position aus bleibt die Kritik an der entwicklungspolitischen Praxis notwendigerweise im Symptomhaften stecken (Probleme des Zinsniveaus, der Lieferverbindung, der Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik durch vordergründige außenpolitische Zielsetzungen). Die Zielstellungen der BRD in der Dritten Welt begreifen die Verfasser als Resultate pluralistischer Motive (im wesentlichen politischer, wirtschaftlicher und humanitärer Interessen und Motive, S. 67 ff.), ohne nach den bestimmenden Determinanten zu fragen, die in den Reproduktions- und Verwertungsinteressen des westdeutschen Kapitalismus begründet liegen.

**K. Bodemer, Entwicklungshilfe-Politik für wen? Ideologie und Vergabepaxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade, Weltforum-Verlag, München 1974, 486 S., 68,— DM.**

In Bodemers methodischem Ansatz spielt das eben zitierte Pluralismustheorem die entscheidende Rolle. Er ist bemüht, die nach außen in relativer Einheitlichkeit erscheinende entwicklungspolitische Konzeption der BRD als „Ergebnis eines zumeist langwierigen interministeriellen bzw. zwischenstaatlichen bargaining- (Verhandlungsmacht; d. Red.) Prozesses“ darzustellen, das einen Kompromiß von Ressort- und Gruppeninteressen zum Ausdruck bringt, die in das „multifunktionale Aufgabensystem Entwicklungshilfe“ eingehen (S. 359). Gleichwohl hat Bodemer die bislang detaillierteste Untersuchung der westdeutschen Entwicklungspolitik vorgelegt, die erstmals Verschlußakten des BMWI (das bis in die 70er Jahre über die wichtige Kapitalhilfekompetenz verfügte) in die Analyse einbezogen hat. Bodemer behandelt schwerpunktmäßig die Konzeption westdeutscher Entwicklungspolitik und -ideologie von den ersten Anfängen bis zur Herausbildung des Epplerschen Reformismus sowie die Konsequenzen des Konzeptionswandels für die Vergabepolitik der BRD. Besondere Akzente setzt er auf die spezifisch westdeutsche Variante der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg (Hallstein-Doktrin) und die mit der Herausbildung der Bonner Entwicklungspolitik verknüpften ökonomischen Expansionsinteressen (Exportförderung, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Beeinflussung der Entwicklungsländer qua Entwicklungshilfe). Als wesentliche Konstante westdeutscher Entwicklungspolitik und ihrer ideologisch-konzeptionellen Varianten sieht der Verfasser einen fast durchgängigen, auf einseitige Gebervorteile gerichteten außen- und außenwirtschaftspolitischen Interessenstandpunkt. Dies wird nachgewiesen an „der zögernden, auf die staatliche Absicherung privatwirtschaftlicher Aktivitäten beschränkten Hilfebereitschaft in den Anfangsjahren, der Gewichtung der Hilfearten (Bevorzugung von Kapitalhilfe), dem durchweg propagierten Vorrang der Privatinitiative, den verschiedenen Spielarten außen- und außenwirtschaftspolitischen Zielverlautbarungen im Gefolge der Hallstein-Doktrin und der Lieferbindungspolitik; ebenso (an) der Bevorzugung der bilateralen Vergabe, der geographischen Aufteilung der Mittel und der Konditionsgestaltung (S. 360). Auch die Partnerschaftsideologie wird in diesem Zusammenhang zum Ausdruck eines „einseitigen Interessenstandpunkts.“ Unter diesem Aspekt kann die von Eppler betriebene Teilrevision der Entwicklungspolitik keinesfalls als die von ihren Verfechtern propagierte grundlegende Wende gelten (S. 366). Sie bewirkte allenfalls, daß „die von den Westdeutschen seit je bevorzugte Definition ihrer Außen- und Entwicklungspolitik von den eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen her voll zum Zuge kommen“ konnte (S. 369). Mit seiner Prognose, daß die reformistischen Ambitionen Eppers mit dem verengten ökonomischen Manövrierspielraums der BRD scheitern müßten, hat Bodemer rechtbehalten.

**iz3w (Hrsg.), Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, Freiburg 1978, 320 S., 8,80 DM.**

Wenngleich sich die iz3w-Autoren vom Anspruch her kritischer geben (insbesondere was den Entwicklungsbegriff und die Rolle der internationalen Konzerne betrifft), gelingt ihnen keine stringente, weiterführende Darstellung des neokolonialistischen Systems der Bundesrepublik. Bemerkenswert ist sicher das Bemühen, die Fragwürdigkeit entwicklungspolitischer Anstrengungen an Hand einer konkreten Kritik von Projekten der „Entwicklungshilfe“ nachzuweisen. In der Veröffentlichung werden im Einzelnen Projekte aus den Bereichen Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Agrarsektor, Militärhilfe, der gewerblichen Wirtschaft und der Infrastruktur kritisch abgehandelt. Äußerst fragwürdig ist es jedoch, wenn dies als Alternative zu imperialismustheoretischen Fragestellungen ausgegeben wird (so S. 223 ff.), um im Anschluß die gängige These von der „Multifunktionalität der „Entwicklungspolitik“ auszubreiten. Den bereits genannten Interessen, die auf die Entwicklungspolitik der BRD einwirken, wird hier noch ein „entwicklungspolitisches Interesse der Bundesregierung“ hinzugefügt, was immer man darunter verstehen mag. Die Originalität, die der reißerische Titel suggerieren könnte, sucht man vergebens.

**R. Falk**



## Zimbabwe

Wie in Namibia so scheint der brutale Überfall des Smith-Regimes auf ein Flüchtlingslager der Patriotischen Front/ZAPU in Sambia, bei dem Ende Oktober mehrere hundert Menschen ums Leben kamen, eine weichenstellende Funktion für die von den Westmächten angestrebte Allparteienkonferenz über Rhodesien gewonnen zu haben. Die Marionettenregierung Smith/Muzorewa/Sithole/Chirau hat die ursprünglich bis zum 31.12.1978 vorgesehenen „Unabhängigkeitswahlen“ inzwischen auf April 1979 hinausgeschoben. Der weißen Minderheit standen die schwarzen Kollaborateure neben der bisher garantierten Sperrminorität in dem zu wählenden Parlament auch wichtige Ministerposten in der „Unabhängigkeitsregierung“ zu. Die von Salisbury verbreiteten Propagandathesen über ein angebliches Abbröckeln der Streitkräfte der Patriotischen Front scheinen eher für das Marionettenbündnis selbst zuzutreffen: Anfang November trat der Chirau-Gefolgsmann und Häuptling des Matabele-Stammes, Kayisa Ndiweni, von seinen Funktionen zurück und forderte Joshua Nkomo zur Rückkehr nach Zimbabwe auf.

## Uganda—Tansania

Ende Oktober d. J. drangen ugandische Truppen in den sog. Kagera-Zipfel an der Nordgrenze Tansanias ein und hielten bis in die zweite Novemberhälfte hinein ein Territorium von ca. 1 800 qkm besetzt. Die das OAU-Prinzip von der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Afrika grob verletzende Provokation ist durch eine seit 1972 währende Feindseligkeit des ugandischen Staatschefs Idi Amin gegen das Nachbarland motiviert. Tansania hatte dem von Amin gestürzten Milton Obote, der einen sozialistisch orientierten Kurs verfolgte, politisches Asyl gewährt. Die fortschrittlichen Kräfte in Afrika verweisen jedoch auf weiterreichende Implikationen des Aggressionsaktes. Samora Machel erklärte für die Regierung der Volksrepublik Mosambique: „Der Konflikt zwischen Uganda und Tansania ist kein Grenzkonflikt. Noch handelt es sich um einen Expansionskrieg Ugandas gegen Tansania. Es ist eine vorgeplante Aktion, um die Situation in Tansania zu destabilisieren, wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesem Lande zu schaffen, indem man die zu Tansanias Entwicklung notwendigen menschlichen und materialen Ressourcen in der nationalen Verteidigung bindet. Ugandas Aktion ist eine vorgeplante Aktion mit dem vergeblichen Ziel, Tansania zur Aufgabe der gerechten Prinzipien der Unterstützung des Befreiungskampfes zu bringen. Das ugandische Regime ist ein direkter Agent dieser imperialistischer Aggressionen. Es ist das gleiche Regime, das den Marionettentruppen Sitholes und Muzorewas Zuflucht, Waffen und militärische Ausbildung gibt.“

## Korea

Die Bildung eines gemeinsamen Militärkommandos USA-Südkorea im November d. J. hat die Kolonialmanier der Washingtoner Koreapolitik und den Marionettencharakter des Pak-Regimes verfestigt. Als „Symbol des festen Bündnisses“ würdigte es US-Verteidigungsminister Brown in Seoul. Noch im Februar 1976 hatte Präsident J. Carter angekündigt, die USA müßten alle amerikanischen Truppen unverzüglich aus Südkorea abziehen, womit er die UN-Resolution Nr. 3390 vom Oktober 1975 (Wortlaut in AIB 7—8/1976) entsprach. Nach Carters Amtsantritt war nur noch von Bodentruppenreduzierung die Rede, die von einer beträchtlichen Erweiterung der Luftstreitkräfte und nun einem gemeinsamen Oberkommando mehr als ausgeglichen wurde. Gemeinsame Großmanöver fanden bereits im März und November d. J. statt. Das Pak-Regime wird von den USA in noch größerem Maßstab aufgerüstet: Für die nächsten Jahre soll es US-Waffen in Höhe von 8 Mrd Dollar erhalten. Wie in einer Erklärung des Außenministeriums der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik Anfang November 1978 festgestellt wurde, haben „die USA den südkoreanischen Marionetten bereits eine große Menge nuklearer Waffen, anderer Waffen und militärischer Ausrüstungen unter dem Vorwand von ‚Kompensationsmaßnahmen‘, die den ‚Truppenabzug‘ ausgleichen sollen, übergeben. Sie haben beschlossen, ihnen in den kommenden Jahren weitere Angriffswaffen, einschließlich der modernsten Raketentypen, die Kernsprengköpfe tragen können, verschiedene Arten von Jagdflugzeugen, Panzern, Aufklärungsgeräte sowie selbstfahrende Haubitzen auszuhändigen.“

## Argentinien—Chile



Seit über einem halben Jahr sind drei kleine Inseln, Picton, Nueva und Lennox, mit einer Fläche von 300 qkm ein gefährlicher Streit- und Verhandlungspunkt zwischen Argentinien und Chile. Obwohl sie 1977 vom Internationalen Gerichtshof Chile zugesprochen wurden, gab sich Argentinien mit dem Spruch nicht zufrieden, sondern versuchte durch militärische Drohgebärden eine Revision zu erzwingen. Nicht nur strategisch, da die Inseln den Seeweg vom Atlantik in den Pazifischen Ozean kontrollieren, sind sie ein Zankapfel. Durch den Besitz der Inseln würde auch Chile zu einer atlantischen Macht. Ferner ist der Besitz der Inseln wirtschaftlich wichtig, da sie auch den Zugang zur Antarktis ermöglichen und damit eine beträchtliche Ausweitung der Fischereizone. Wie die Kommunistischen Parteien Chiles und Argentiniens übereinstimmend feststellten, läge eine Kriegseskalation vorab im Interesse der internationalen Öl- und Rüstungskonzerne. Ihnen nämlich würden große Waffenlieferungen und neue Expansionsmöglichkeiten an der Atlantik- und Pazifikküste winken. Die faschistischen Armeekreise könnten ihrerseits eine Woge des Chauvinismus für neue Schläge gegen die demokratische Bewegung nutzen.

## Bolivien

Nur vier Monate währte die Amtszeit des Putschgenerals Pereda (vgl. AIB 9/1978), dann ergriff Generalstabschef Padilla selbst die Macht. Diese Maßnahme stieß auf die Zustimmung der Opposition, so der bolivianischen Arbeiterzentrale COB, Studentenorganisationen und des progressiven Parteienbündnisses FUDP unter Führung von Siles Zuazo, in der neben der Nationalen Revolutionären Bewegung, den Liberalen auch die Kommunistische Partei und kleinere Parteien organisiert sind. Besonders provoziert worden waren Opposition und Offiziere durch die Ankündigung Peredas, nicht schon Mitte 1979, sondern erst Ende 1980 Wahlen ausschreiben zu lassen, da das Land 1979 noch nicht reif für Wahlen sei. Heute konzentrieren sich alle Hoffnungen auf eine Demokratisierung Boliviens, wofür es einige Anzeichen gibt. So ist der neue Innenminister selbst an einem mißglückten Putsch gegen Banzer beteiligt gewesen und ein großer Teil des hinter Padilla stehenden jüngeren Offizierskorps hatte ebenfalls unter Banzer schon eine Demokratisierung und einen Rückzug des Militärs von der politischen Macht gefordert.

## Kuba—USA

Nun mußte Jimmy Carter doch zugestehen, daß die in der zweiten Novemberhälfte zu einer neuen „Kuba-Krise“ hochgeschaukelten Behauptungen, in Kuba seien MIG 23 Überschallflugzeuge mit Ausrüstung für atomare Kriegsführung stationiert, nicht der Wirklichkeit entsprechen. Dahinter standen zwei Anliegen Washingtons: Zum einen durch die Anhäufung neuen Konfliktstoffs den Abschluß des Abkommens zur Begrenzung strategischer Angriffswaffen (SALT II) mit der Sowjetunion zu hintertreiben. Zum anderen eine Verschärfung der antikubanischen Gangart zu rechtfertigen. Denn zur gleichen Zeit, da man die antikubanische Kampagne neu entfachte, führten die USA wiederholt „Aufklärungsflüge“ über der Insel durch. Ergänzend fand unter der Bezeichnung „Gulf ex-79“ das größte Manöver US-amerikanischer und britischer See- und Luftstreitkräfte seit 1962 im Golf von Mexiko und in der Karibik, nur 50 Meilen von Kubas Küste entfernt, statt. Aber nicht nur Kuba gilt diese dreiwöchige militärische Demonstration der Stärke. Zugleich soll den sich mit Hilfe der USA an der Macht haltenden Diktaturen des lateinamerikanischen Kontinents die militärische und politische Präsenz der USA symbolisiert werden.



# UNESCO: Bonn wider Medien-, „Dekolonisierung“

Überall in den bürgerlichen Zeitungen konnte man es lesen: „Die freie Presse hat einen Sieg errungen.“ Wogegen hat sie eigentlich gekämpft?

Der 20. Vollversammlung der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) lag der Entwurf einer „Deklaration über Grundprinzipien der Massenmedien zur Festigung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und des Kampfes gegen Rassismus, Apartheid und Kriegshetze“ vor, in dem drei Passagen enthalten waren, die durch einen konzentrierten Angriff der Regierungen der Europäischen Gemeinschaft unter der Führung der BRD und der für sie berichtenden Medien zu Fall gebracht wurden:

1. Die Deklaration wollte die Informationsmedien zu „korrekter, objektiver, ausgewogener und vollständiger Berichterstattung“ anhalten.
2. Die Mitgliedsstaaten der UNESCO wurden aufgefordert, darüber zu wachen, daß die Medien ihres Landes diese Richtlinien einhalten. Schließlich sollten
3. die Informationsmedien dazu **verpflichtet** werden, in ihrer Berichterstattung einen Beitrag zum Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Kriegshetze zu leisten.

Vernünftige Forderungen, sollte man meinen, die im Interesse der Mehrheit der Völker liegen und darüber hinaus dem Grundgesetz der BRD entsprechen, das z. B. Kriegs- und Rassenhetze unter Strafe stellt. Warum dann dieses Geschrei: „Der Welt droht Zensur“ (Bonner Rundschau) oder „Gefährliche Idee“ (Frankfurter Rundschau)?

## Pluralitätsapostel Genscher

Wären diese Essentials tatsächlich in der politischen Praxis wirksam geworden, hätte es einschneidende Veränderungen in der Berichterstattung der Presse in den kapitalistischen Ländern geben müssen (etwa über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker der Dritten Welt); denn nach dem bürgerlichen Verständnis von Pressefreiheit ist in ihr auch die Freiheit zu Lüge und Unwahrheit enthalten. Ja, es gibt im Rahmen der westdeutschen Presselandschaft sogar Zeitungen etwa des Kalibers Springer (es sind nicht die auflagenschwächsten), zu deren Prinzip es nachgerade gehört, die Wahrheit zu unterdrücken, und dies auf die vielfältigste Art und Weise: durch Falschmeldungen, Teilinformation, Totschweigen, Lüge.

Daß es so etwas gibt, hat auch Bundesaußenminister Genscher zugeben müssen: „... so verkenne ich keineswegs, daß jede Freiheit schlecht gebraucht oder sogar mißbraucht werden kann. Dies gilt auch für die Freiheit der Presse“, sagte er in Paris. Na also, denkt man sich, nun muß er sich doch einsetzen für diesen Entwurf, denn er ist offensichtlich gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit. Doch weit gefehlt. Genscher ist der entschiedenste Gegner dieser Deklaration, weil er ein viel besseres Rezept hat: „Gegen verfälschte Information gibt es nur ein Mittel: die Pluralität der Information. Die Vielfalt der Informationen und die Vielfalt der Informationsmedien — dies ist der beste und der einzige Schutz gegen verfälschte Berichterstattung und manipulierte Meinungsmache. Nur Pluralität macht objektive Meinungsbildung möglich.“

Lotet man Genschers Konzept einmal aus, läuft es darauf hin-



aus, daß nur durch das Nebeneinander von falscher und richtiger, von unvollständiger und sorgfältiger Information die Wahrheit gefunden werden kann. Nur dadurch also, daß manche Zeitungen permanent die Unwahrheit schreiben, kann man überhaupt merken, daß andere es nicht tun. Was bedeutet das Genscher-Konzept eigentlich für den durchschnittlichen Zeitungskonsumenten, der nur eine Zeitung am Tag liest und das Pech hat, gerade die zu lesen, die die „Freiheit der Presse mißbraucht?“ Wo bleibt sein Menschenrecht auf vollständige und umfassende Information? Oder, was soll man tun, wenn **alle** großen bürgerlichen Zeitungen und auch das Fernsehen unvollständig informieren? Wie gerade eben geschehen bei der Berichterstattung über diese 20. Vollversammlung der UNESCO, die über die Verantwortung der Presse Beschlüsse zu fassen hatte. Keine der großen Tageszeitungen hat es fertiggebracht, den vollständigen Text wenigstens der Überschrift der beschlossenen Deklaration zu drucken. Statt dessen die immer wiederkehrende Meldung: „Sieg für die Pressefreiheit.“ Welche Freiheit sie wohl meinen?

## Die „Dekolonisierung der Information“

Trotzdem ist mit der Verabschiedung der Deklaration — auch wenn einige Forderungen amputiert worden sind — ein Schritt auf dem Wege zu einer grundlegenden Demokratisierung der weltweiten Informationsordnung getan worden. Denn es liegt jetzt erstmals ein UN-Dokument vor, dessen Inhalt für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte — vor allem in der Dritten Welt — ein hilfreiches Instrument darstellen kann. Die Notwendigkeit der „Dekolonialisierung der Information“ war bereits auf der 5. Gipfelkonferenz nichtpaktgebundener Länder, die 1976 in Colombo stattgefunden hatte, unterstrichen worden. In der dort verabschiedeten Deklaration heißt es u. a.: „Eine neue internationale Ordnung für den Bereich der Information und der Massenmedien ist genauso wichtig wie eine neue internationale Wirtschaftsordnung.“ So wie die Länder der Dritten Welt beginnen, sich von der ökonomischen Abhängigkeit des Imperialismus zu befreien, so werden sie sich auch zwangsläufig aus dessen ideologischer Umklammerung lösen. Die in Paris verabschiedete Deklaration kann ihnen dabei von Nutzen sein.